

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis vierteljährlich: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile über deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile 20 Pf. (zulässig 2 Zeilenbreite Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengehänge und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 24. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Dem Internationalen Kongress!

Der Chemnitzer Parteitag hatte beschlossen, auf dem nächsten Kongress der Internationale als besonderen Punkt der Tagesordnung das Problem des Imperialismus vorzuschlagen. So stürmisch geht jetzt die Entwicklung, daß bereits einen Monat später der Beschluß überholt war und die Internationale sofort zusammentreten mußte, nicht um theoretisch Stellung zu nehmen, sondern um praktisch einzugreifen.

Als das Internationale Bureau in Brüssel zusammentrat und in seinem Manifest die Arbeiterarmeen Europas zum Kampfe gegen die Kriegsgefahr aufrief, konnte es zugleich darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie aller Länder bereits mobil gemacht hatte, vor allem die kleine, aber tapfere Schar unserer Genossen auf dem Balkan selbst. Wie einst Bebel und Liebknecht in der vielleicht stolze Tat ihres Lebens gegen den Krieg von 1870 protestiert, wie die alte Internationale flammenden Protest erhoben hatte, als der Kampf, der unter der Losung der nationalen Einigung unternommen, zu einem Eroberungskriege geworden war, so ließen sich auch unsere Genossen dort unten trotz aller Erregung von der Erfüllung ihrer hohen Pflicht nicht abhalten.

Sie haben recht daran getan. Nichts törichter, als der Einwand, dieser Balkankrieg sei notwendig gewesen, also ein Protest, weil der Erfolg vergeblich, deshalb überflüssig. Welch kindisches Verfeimen der sozialdemokratischen Aufgaben! Alles, was geschieht, ist natürlich notwendig. Aber diese Notwendigkeit ist nicht die unsere, sondern die des Kapitalismus. Die sozialen Kräfte, die zu dem Kriege führten, sind nicht Kräfte des Proletariats, sondern die seiner Gegner. Gerade in unablässigem Kampfe gegen diese Kräfte wechselt und entwickelt sich die Kraft des Proletariats, bis schließlich seine Kraft die andere überwiegt und für die Gestaltung des geschichtlichen Geschehens die bestimmende wird. Daß wir ein Ereignis als Notwendigkeit des Kapitalismus erkennen, entbindet uns nicht von dessen Bekämpfung. Denn wir haben das proletarische Interesse nicht erst für die Zukunft zu vertreten, sondern wir erkämpfen diese Zukunft durch unseren Kampf in der Gegenwart und in jedem Einzelfall. Gerade indem wir den kapitalistischen Forderungen und Interessen die proletarischen rücksichtslos gegenüberstellen, unbekümmert um den momentanen Erfolg, lenken wir die Diagonale des sozialen Kräfteprogramms, die die Richtung der Geschichte weist, zugunsten proletarischer Interessen jeweils so weit ab, als die Stärke des Proletariats es möglich macht, und stärken uns für künftige Kämpfe. Nur in diesen und durch diese Kämpfe können wir das Bewußtsein des Proletariats für seine geschichtliche Aufgabe erwecken.

Nichts leichter gerade für uns Deutsche, denen das unvollständige Stück nationaler Einheit, das wir besitzen, auch erst in den großen Kriegen gegen Oesterreich und Frankreich geworden ist, als den nationalen Einigungskampf der Balkanstaaten zu begreifen, den historischen Fortschritt zu erkennen, der sich auf den Schlachtfeldern von Kirkilisse, Vüle Burgas und Kumanowo vollzogen hat. Den historischen Fortschritt, der die Befreiung von der türkischen Feudal- und Militärherrschaft bedeutet, die zugleich den slavischen Nationen als Abwurfung des Joches nationaler Fremdherrschaft erscheinen mußte, den wollten auch und in erster Reihe gerade unsere Genossen. Aber der kapitalistisch-dynastischen Lösung des Krieges gegen die Türkei setzten sie die sozialistisch-revolutionäre der vereinigten Balkanrepublik entgegen. Und wie sich das Auftreten Bebels und Liebknechts in der Folge als segensreich erwiesen hat, wie es verhindert hat, daß das chauvinistische Gift die Gehirne der Arbeiter Deutschlands und Frankreichs vergiftet, wie es den schweren Kampf unserer Genossen jenseits des Rheins gegen den Nationalismus erleichtert und so in der brüderlichen Solidarität der Arbeiter beider Länder den wichtigsten Friedensfaktor vorbereitet hat, ebenso wird die Haltung der Sozialdemokratie des Balkans in der sich anbahnenden Neugestaltung aller Verhältnisse von größter Bedeutung sein. Denn die ungeheueren Schwierigkeiten, die bei der Wifchung der Nationalitäten und Konfessionen, bei der verschiedenen Entwicklungsstufe der sozialen Verhältnisse der Lösung durch den Balkanbund harren, sie können nur überwunden werden durch eine Demokratie und Selbstverwaltung, die den einzelnen Nationalitäten ihr Recht auf Selbstbestimmung gibt und den Boden ebnet für die Austragung der sozialen Kämpfe. Und die Lösung der freien und geeinten Balkanrepublik, die unsere Genossen vor der Katastrophe aufgestellt, die sie mit solchem Mute, während die Katastrophe hereinbrach, verteidigt haben, sie wird ihre volle Bedeutung erst nach der Katastrophe erlangen, und der Beweis wird erbracht werden, daß durch sie unsere Genossen zu Trägern des nationalen wie des sozialen Fortschritts auf dem Balkan werden. Deshalb hat auch die Haltung unserer Genossen mit Recht die begeisterte Zustimmung und den Dank der Internationale gefunden.

Aber der Balkankrieg ist nicht nur eine Frage der Balkanvölker, leider nicht. Er bedeutet die Niederwerfung der Türkei, er ist zugleich wie jeder Krieg auch für den Sieger eine Schwächung. Und im Zeitalter der imperialistischen Gegensätze ist jeder Punkt einer verminderten Widerstandskraft zugleich ein möglicher Angriffspunkt für die großen kapitalistischen Staaten.

Der europäische Kapitalismus hat nicht nur die Revolution in der Türkei, in Persien und China erzeugt, er ist auch die Ursache, daß diese Revolutionen ihr Werk der Neuordnung und Neugestaltung nicht vollenden können, daß die revolutionären Staaten zu Krisenherden werden, die revolutionären Wirren zu Gelegenheiten für Angriffskriege und Eroberungszüge. Deshalb hat das Internationale Bureau die internationale Aktion gegen den Krieg eingeleitet. Und was die bedeutungsvollen internationalen Massensammlungen begonnen, soll als die stärkste und wirkungsvollste Manifestation des Friedenswillens der Welt der Zusammentritt eines außerordentlichen Kongresses der sozialistischen Parteien vollenden.

Und in der Tat, die außerordentliche Situation verlangte das außerordentliche Mittel. Nur Toren können wännen, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes und des Friedens zwischen den Balkanstaaten und der Türkei die Krise beenden könnte. Wir wissen, gerade jetzt, nach Beendigung des südslawischen Nationalkrieges, beginnt erst recht die Gefahr des imperialistischen Machtkampfes. Die Eier Oesterreichs und Italiens nach der albanischen Küste will die endgültige Erledigung der Balkanfrage verhindern, Serbien den Ausweg an die Adria sperren, und in einem autonomen Albanien einen neuen Krisenherd schaffen. Wir Sozialdemokraten haben von Anfang an uns gegen die eigennütige und gefährliche Einnischung der Großmächte gerichtet und gefordert, den Balkanvölkern ihren Balkan zu lassen. Wir sind Feinde jeder Unterdrückung und wünschen, daß auch die Albaner in ihrer nationalen Verwallung Autonomie erhalten mögen, wie die anderen Balkannationalitäten auch. Aber für Wahrheit halten wir es, daß die Völker Europas in den Krieg geführt werden sollen, nur um Albanien für den künftigen Raub Oesterreichs oder Italiens als Beutestück zu erhalten. Denn nur deshalb soll Albanien aus dem künftigen Balkanbund ausgeschlossen werden. Deshalb halten wir auch für eine törichte Verblendung die deutsche Politik, die dieses Verlangen unterstützt und damit die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Italien und Oesterreich um den Besitz der von beiden heiß begehrten albanischen Küste näher rückt.

Aber diese Gefahren aus dem europäischen Wetterwinkel werden noch übertroffen durch die, welche den Frieden Westeuropas durch das Problem der asiatischen Türkei bedrohen. Denn der Zusammenbruch der Türkei in Europa wird auch in Vorderasien nicht ohne Rückwirkung bleiben. Auch dort sind die stärksten nationalen und sozialen Gegensätze vorhanden, bilden die Türken eine Minorität, deren Herrschaft von je schwer ertragen worden ist. Da sind die Armenier, deren Stammesgenossen zum Teil bereits unter russischer Herrschaft stehen. Die armenischen Bauern leiden sehr unter der Bedrückung der türkischen Willkürherrschaft, die sie mit ihren Steuererpressungen drangaliert und doch nicht stark genug und oft auch nicht willens ist, sie vor den blutigen Ueberfällen der wilden Kurdenstämme zu schützen. Russischer Einfluß wühlt schon lange unter ihnen und schon während der mazedonischen und albanischen Kämpfe stand Armenien vor dem Aufstand. Wird jetzt der Jarrismus das türkische Armenien nicht als reife Frucht ansehen und seine „Befreierrolle“ an den Armeniern erproben? Und noch gefährlicher für die türkische Herrschaft sind die Araber, die alten Gegner, deren die Türkei nie ganz Herr geworden sind, die das türkische Kalifat stets als freche Usurpation ihres eigenen Rechts betrachtet haben. Ist nicht jetzt ihre Zeit endlich gekommen? Ein Aufstand der Araber aber, welche Gelegenheit für den englischen Imperialismus, sein letztes großes Ziel zu verwirklichen, den Landweg von Ägypten bis Indien englischem Einfluß zu sichern, das Kalifat für seinen Vasallen, den ägyptischen Khedive zu erlangen und damit für seine Herrschaft über die 100 Millionen britischer mohammedanischer Untertanen die stärkste moralische Stütze zu gewinnen! Frankreich und Deutschland aber haben Hunderte von Millionen im asiatischen Gebiet angelegt. Werden sie ruhig zusehen, wenn innere Kämpfe und äußere Angriffe den Bestand der asiatischen Türkei bedrohen?

Großes steht für die kapitalistischen Mächte auf dem Spiel und mit feindseligem Mißtrauen stehen die Herrschenden einander gegenüber. Der Ring, dessen Anfangsglieder die Annexion Bosniens, die Eroberung von Marokko und Tripolis, der Balkankrieg bilden, ist noch lange nicht geschlossen. Die Kriegsgefahr, die einst im fernsten Osten und Westen begonnen hat, ist immer näher gerückt, seit Jahren erneuert sie sich für uns in stets steigender Schärfe. Und nur eine Kraft gibt es, die den Frieden unbedingt will, die Kraft des international geeinten, zu gemeinsamem Kampf zusammengeschlossenen Proletariats.

Diese Kraft zu demonstrieren, das ist die Aufgabe der Tagung von Basel. An sich ein imponierendes Schauspiel, dieses Weltparlament der Arbeit, das gemeinsam in brüderlicher Solidarität berät zu einer Zeit, wo die Herrscher der kapitalistischen Staaten Europa in waffenstarrnde Heerlager zerteilt haben, wird gerade jetzt die gewaltige Manifestation des Willens zum Frieden aller Völker nicht unbeachtet bleiben können. Denn wenn der Balkankrieg eines gelehrt hat, so dies: In einem modernen Krieg hängt fast alles von der Begeisterung, von dem Kampfeswillen des einfachen Soldaten ab. Ohne die innerliche Zustimmung der Massen, ohne ihre Aufopferungsbereitschaft ist die moderne Schlacht verloren. Deshalb haben die Balkanvölker gesiegt, weil sie glaubten, für die Freiheit zu kämpfen. Deshalb wurde die Türkei geschlagen, weil der arme, ausgebeutete anatolische Bauer nicht wußte, wofür er kämpfte, weil er für die Erhaltung türkischer Zustände nicht das Leben einsetzen konnte. Wir Proletarier aller Länder aber wollen keinen Krieg um kapitalistischer Zwecke willen, keinen Krieg, der uns nicht die Freiheit brächte, sondern nur ungeheure Opfer und ungeheure Lasten, der ein fürchterliches Verhängnis wäre, eine gräßliche Unterbrechung unserer Kulturarbeit und unseres Befreiungskampfes.

Diese Ueberzeugung der Arbeiterklasse aller Länder wird die Tagung in Basel klar zum Ausdruck bringen. Eine Warnung für die Herrschenden, die von den Trägern der Bajonette kommt, von denen, die in den Schlachten sterben sollen. Aber nicht zum Sterben Bereite grüßen Herrscher, die sie in den Tod schicken; sondern Lebensfreudige, die leben wollen für ihren Kampf, für ihre Ziele, erheben Einspruch, daß über dieses Leben verfügen sollen die, denen es nicht gehört. Wir wollen leben und wollen kämpfen! Aber leben und kämpfen unser eigenes Leben, unseren eigenen Kampf!

Der Internationale Kongress wird warnen und wir hoffen, daß diese Warnung nicht überhört werden, daß diese Friedensarbeit vom Erfolg gekrönt sein wird. In diesem Sinne grüßen wir im Namen des Proletariats Deutschlands das Weltparlament der Arbeit!

Das Spiel mit dem Feuer.

In der Tschataldschalinie donnern wieder die Kanonen, aber zu umfassenden und ernstlichen Kämpfen ist es noch nicht gekommen. Die offiziellen Kundgebungen der Türkei wie der Balkanstaaten atmen zwar Kampfesmut und Zuberst, daneben sind aber sicher Bestrebungen im Gange, die den Abschluß eines Waffenstillstandes auf Grund gemilderteter Bedingungen herbeiführen sollen. Der Hinweis der Türkei auf ihre neuen Verstärkungen kann ebenso wie die Meldung, daß serbische und griechische Hilfstruppen die Bulgaren an der Tschataldschalinie verstärken sollen, als ein Mandorl gedeckelt werden, das beiden Parteien bei den Verhandlungen möglichst viel Trümmer in die Hand geben soll.

Wenn somit das Kriegsfeuer auf dem eigentlichen Balkan sich allmählich dem Verlöschen zuneigt, glimmt und schwelt die Gefahr eines europäischen Krieges drohender denn je. Dabei tritt die Verlogenheit und Unehrlichkeit der privilegierten Diplomatie Europas so recht handgreiflich in Erscheinung. In den offiziellen Notizen Oesterreichs, Russlands usw. klingt es friedlich und versöhnlich. Die mit Informationen gespeiste und je nach Bedarf inspirierte Presse der einzelnen Länder aber schlägt andere Töne an. Und neben dem Treiben der offiziellen Prehmeute machen die Mobilisierungsmaßnahmen Russlands und Oesterreichs die Situation erst recht ernst und bedrohlich. Die unehrliche und von allen möglichen unkontrollierbaren Einflüssen abhängige Haltung der russischen Regierung gibt Oesterreich Anlaß, auch seinerseits mit dem Säbel zu rufen, vor allem aber auch mit Deutschlands Waffenbrüderschaft zu renommieren, denn auf etwas anderes läuft der Besuch des österreichischen Thronfolgers und dessen Generalstabschefs in Berlin nicht hinaus. Jetzt dreht sich der Streit nicht mehr allein um den österreichisch-serbischen Konflikt, sondern auch Rumänien sucht im Trüben zu fischen und aus dem allgemeinen Wirrwarr Vorteile zu erschaffen, so die strategisch wichtige Donaufestung Silistria. Dabei pendelt es zwischen Dreibund und Tripelallianz hin und her und erhöht dadurch die allgemeine Unsicherheit.

In dieser gewitterschwülen Zeit, in der die herrschenden Schichten der einzelnen Länder, macht- und profitgierig einander gegenüber stehen, muß die Arbeiterschaft doppelt auf ihrem Posten sein und ihren eigenen Weg gehen. Mögen Fürsten, Diplomaten und Generalstabschefs die Köpfe zusammenstecken und konspirieren und demonstrieren. Mögen sie sich dem Glauben hingeben, daß die Arbeiter sich um des elenden Hafennestes Durazzo willen zur Schlachtbank schleppen lassen. Wir wissen, daß in Millionen Köpfen und Herzen der Abscheu gegen einen Rassenmord, dessen Endziel nur Sonderinteressen, nicht aber großen Kulturfragen gilt, Wurzel geschlagen hat, und Menschen mit solchen Köpfen und Herzen sind kein willensloses Kanonensutter.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Sofia, 23. November. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) An kompetenter Stelle wird berichtet, daß die Verhandlungen über den Waffenstillstand fort-dauern. Für den Fall, daß sie ergebnislos verlaufen, besteht die Absicht, mit allen verfügbaren Truppen der mazedonischen, griechischen und serbischen Armee die Tschataldschalinie zu forcieren. Nach erfolgter Vereinigung würden die drei Armeen eventuell doch in Konstantinopel einziehen.

Verhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien.

Bukarest, 23. November. Gestern traf im hiesigen Ministerium des Äußern die amtliche Mitteilung aus Sofia ein, daß der Präsident der Sobranje Danew nach Bukarest kommen werde. Seine Ankunft verzögert sich, da er an den Waffenstillstandsverhandlungen in Tschataldscha teilnimmt; man erwartet ihn für die nächste Woche. Der Entschluß der bulgarischen Regierung, den Präsidenten Danew nach Bukarest zu entsenden, ruft hier allgemeine Befriedigung hervor. Man hofft von den bevorstehenden rumänisch-bulgarischen Verhandlungen eine Festigung des guten Verhältnisses beider Staaten, auf das man hier stets Wert legte, insbesondere aber, seit Take Joneşcu dem Ministerium angehört, da dieser zu jenen rumänischen Staatsmännern zählt, die möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Bulgarien zur Grundlage ihrer Politik gemacht haben.

Die alte Internationale in Basel.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Nach 48 Jahren wird die alte schweizerische Rheinstadt Basel zum zweitenmal Kongreßstadt der sozialdemokratischen Internationale. Aber welcher gewaltige Unterschied zwischen damals und heute! Damals noch die ersten Kindheitstage der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit nur wenigen und meist unbedeutenden politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen; mit einer unbedeutenden Presse von wenigen meist unansehnlich kleinen Blättern und vielfach noch unklarem sozialistischem Inhalt; mit nur geringem Einfluß im politischen Leben und bloß wenigen Vertretern in den Parlamenten. Dieser bescheidene Stand der Arbeiterbewegung hatte seine Hauptursache in dem damals auch noch schwachen Stande der Industrie in den meisten Ländern, deren wirtschaftliche Entwicklung noch rückständig war.

Heute dagegen blickt die sozialistische Internationale mit Stolz und Machtbewußtsein auf ein vielmillionenförmiges Heer von politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Proletariats; auf eine bedeutende in Millionen von Exemplaren verbreitete Presse; auf eine zum Teil starke parlamentarische und einflussreiche Vertretung; auf eine das ganze Kulturleben der Gegenwart beherrschende, anregende und belebende Stellung und hat sie einen reichen Kranz von wirtschaftlichen und ideellen Einrichtungen aller Art, die eine solide Grundlage und innere Befestigung bilden und den steten weiteren Fortschritt der Bewegung garantieren und fördern.

Der Kongreß der alten Internationale von 1869 in Basel — der vierte, den sie veranstaltete — fand von Sonntag, den 5. bis Samstag abend, den 12. September 1869, im „Café National“ statt und war von 78 Delegierten aus 9 Ländern, nämlich der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Belgien, Oesterreich, Italien, Spanien, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika besucht. In erster Ordnung ist nur noch einer der damaligen Kongreßdelegierten am Leben, nämlich Genosse Hermann Greulich in Zürich, dessen 70. Geburtstag wir vor einigen Monaten feierten. Bemerkenswert ist, daß in den beiden Kantonen Basel-

Asquith über die Lage.

London, 23. November. Einem ausführlicheren Berichte zufolge jagte Premierminister Asquith gestern auf dem liberalen Parteitage in Nottingham über die auswärtsige Lage unter anderem: Ich versuchte vor vierzehn Tagen in der Guildhall die Haltung Englands und, wie ich damals glaubte und auch heute glaube, die Haltung der übrigen Mächte angesichts des Krieges klar und genau zu bezeichnen. Diese Haltung hat sich, soviel ich weiß, in keiner Weise verändert. Wir alle wünschen dringend, weiteres Blutvergießen zwischen den kriegführenden Parteien zu verhindern. Wir wünschen noch dringender, das Gebiet möglicher Konflikte zu beschränken und zu umgrenzen. Die Mächte arbeiten zu diesem Zwecke zusammen, und ich wiederhole heute und freue mich, es tun zu können, daß während wir und die anderen an unseren Freundschaften und Verständigungen mit unerminderter Beständigkeit festhalten, wir alle überzeugt sind, daß in dieser gemeinsamen Politik aller keine Uneinigkeit besteht und daß es im besten Interesse des Friedens und eines friedlichen dauerhaften Zustandes liegt, daß spezielle Einzelfragen nach Möglichkeit zurückgestellt und, wenn die Zeit kommt, alle Teile der allgemeinen und endgültigen Abrechnung vorbehalten werden.

Oesterreich, Serbien und Rußland.

Die österreichischen Rüstungen.

Wien, 23. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Mobilisierung der Armee nimmt ihren Fortgang. Es sind gegen 200 000 Mann von drei Jahrgängen aus sechs Armeekorps einberufen. Die Vorse verzeichnet große Kursverluste.

Schanzklärgerei der österreichischen Offiziere.

Wien, 23. November. Das heutige „Fremdenblatt“ schreibt: Jahrzehntlang hat die österreichisch-ungarische Monarchie gegen das Mißtrauen anzulampen gehabt, das man auf dem Balkan ihren politischen Zukunftsplänen entgegenbrachte. Eine systematisch betriebene Kampagne in einem Teile der ausländischen Presse trug dazu bei, in den Balkanländern den Glauben nach zu erhalten, daß die Endabsichten der Monarchie darauf gerichtet seien, im Falle des Außerachtretens des durch den Berliner Kongreß etablierten Statusquo mit einer aggressiven territorialen Politik auf dem Balkan vorzugehen. Der „Vorwärts nach Saloniki“ wurde mit der Zeit der Sammelname für all diese Verdächtigungen. Der Ausbruch der jüngsten Balkankrise erst gab der Monarchie die erwünschte Gelegenheit, den Tatsachenbeweis für das Gegenteil der ihr bisher zugeschriebenen Politik zu erbringen. Ist es uns nun hoffentlich gelungen, das gegen uns bestehende Mißtrauen der Balkanländer betreffs unserer angeblichen Wünsche nach territorialer Expansion zu besiegen, so sehen wir uns heute vor die Entscheidung einer neuen Art von Mißtrauen gestellt, das sich diesmal hauptsächlich gegen die von unserer Offentlichkeit diskutierte Notwendigkeit der Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan richtet. ... Um solchen Auffassungen endgültig den Boden zu entziehen, wollen wir neuerlich betonen: Oesterreich-Ungarn hat auch in dem sich am meisten exponiert fühlenden Serbien durchaus keine wirtschaftliche Sonderbegünstigung angestrebt, sondern lediglich das zu erreichen gewünscht, was seine berechtigten Interessen erheischen. Es muß ihm die Sicherheit gegeben werden, die durch die geographische Lage und die allhergebrachten kommerziellen Verbindungen gegebenen Vorteile für seinen Handel auszunutzen und eine weitere Ausgestaltung der handelspolitischen Verbindungen unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen im Wege von Vereinbarungen anbahnen zu können, welche weder die wirtschaftliche Selbstständigkeit Serbiens noch den Nutzen durch andere ausschließen. Unter allen Umständen wird Oesterreich-Ungarn dafür Sorge tragen müssen, daß sein Handel nicht nur innerhalb der bisherigen Grenzen der Balkanstaaten, sondern auch in ihrem nach dem Friedensschlusse eventuell erweiterten Gebiete seine Stellung behaupten und sich entwickeln könne, sowie daß seinem Levantehandel der freie Weg nach und über Saloniki gesichert bleibe. Hierin kann von keiner Seite eine gegen die freie wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten gerichtete aggressive Tendenz erblickt werden, und die von Oesterreich-Ungarn diesbezüglich gewünschten Garantien können von den Balkanstaaten, auch von dem zunächst in Betracht kommenden Serbien, ohne die geringste Einbuße an ihrer politischen oder wirtschaftlichen Selbstständigkeit um so eher gegeben werden, als sich Oesterreich-Ungarn gegen die Eröffnung eines Zuganges für Serbien zum Adriatischen Meere nur insoweit ablehnend verhält, als dieser Zugang im Wege territorialer Erweiterungen an der Ostküste der Adria angestrebt wird.

Ein österreichisches Dementi.

Wien, 23. November. Das „Neue Wiener Abendblatt“ schreibt: Von mehreren Seiten wird gemeldet, daß österreichisch-ungarische Kriegsschiffe vor Durazzo liegen und daß unter deren Schutz die Proklamation der Unabhängigkeit Albanien erfolgt sei. Diese

Stadt und Vaselland die Arbeiterbewegung schon erhebliche Bedeutung besaß. Im Jahre 1868 zählten die der Internationale angeschlossenen Organisationen der beiden Kantone 1283 Mitglieder. Die härtesten Sektionen hatten die Mechaniker mit 800, die Wandweber mit 250, die Färber mit 100 und die Zimmerer mit 118 Mitgliedern. Eine Ausperrung in einer Basler Wandschneiderei brachte große Erregung in die Arbeiterkreise und kräftige Förderung in den Organisationen, deren gesamte Mitgliederzahl auf 3000 stieg. Um diese Zeit wurde auch der erste Arbeitervertreter in der Person des Fabrikarbeiters Frey in den Basler Großen Rat gewählt. Ende 1868 traten 400 Färber in einen Streik, den die herrschenden Klassen mit der Verhängung des Belagerungszustandes beantworteten, der aber dennoch nach zweimonatiger Dauer mit dem Siege der Streikenden endete. Die Fucht von Gelden und dem Import von Streikbrechern konnte man damals offenbar weniger als heute.

Unter den zwölf Kongreßdelegierten aus Deutschland befanden sich u. a. Liebknecht, Becker-Greif, Rittinghausen, Spier und Moses Heß. Unter den 26 Delegierten aus Frankreich befanden sich Barzin, der als Teilnehmer an der Pariser Kommune von den Versailleschen Ordnungsbehörden in bestialischer Weise ermordet wurde, ferner der Russe Volunin, der die unheilvolle Spaltung in die Internationale hineintrug.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung des Basler Kongresses war die Grund- und Bodenfrage, zu der folgender Beschluß gefaßt wurde: 1. Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in Gemeineigentum zu verwandeln. 2. Der Kongreß erklärt, daß es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln. Bekanntlich behandelte Liebknecht die Frage eingehend in einer umfangreichen Broschüre.

Auch das Erbrecht wurde auf Veranlassung Volunins und einiger anderer französischer Vertreter diskutiert. Inbes kam es in dieser Frage zu keiner Beschlußfassung, da sich die Berichte der Kommission und des Generalkongresses der Internationale gegenüberstanden und weder für den einen noch für den anderen eine Mehrheit zustande kam, so daß die Frage in der Schwebe blieb.

Erwähnenswert ist noch die Resolution für die „Widerstandsgesellschaften“ — die Gewerkschaften —, die alle Arbeiter zum Beitritt zu den Gewerkschaften verpflichtete, die durch

Nachricht entbehrt, wie von informierter Seite berichtet wird, vollständig der Begründung, denn in Durazzo liegt nur das Hochschiff Durambrandt, das die Aufgabe hat, österreichisch-ungarische Staatsangehörige im Falle ihrer Bedrohung aufzunehmen.

Der Maulkorb für die Presse.

Budapest, 21. November. (W. Z. B.) Da in den Blättern Mitteilungen über angebliche (?) Truppenbewegungen erscheinen, wird das Amtsblatt morgen das seit dem 20. März 1909 bestehende Verbot wiederholen, monach Veröffentlichungen über Truppenbewegungen, über den Zustand von Festungen und besetzten Orten, über die Vorräte von Waffen und Munition, über Kriegsrüstungen und über den Bestand an Lebensmitteln im Sinne des Gesetzes von 1878 mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet werden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Scharmügel an der Tschataldschalinie.

Konstantinopel, 23. November. Der Generalissimus telegraphiert unter dem 22. d. Mts., 3 Uhr 20 Minuten nachmittags: Ein geringfügiges Geschützfeuer fand gestern auf dem rechten Flügel statt. Eine feindliche Batterie, die bei Izzedinköy stand, beschloß einen Augenblick lang die Verschützungen bei Metzebir Garbie. Die türkischen Batterien antworteten. Aufklärungsabteilungen, die vom rechten Flügel abgeschickt worden waren, erbeuteten eine Menge von Waffen und Ausrüstungsgegenständen, die vom Feind zurückgelassen worden waren. Die Bulgaren bombardierten Wüjiz Lichelmedische und feuerten etwa 80 Granaten ab. Die Flotte erwiderte das Feuer und brachte die feindlichen Batterien zum Schweigen. Gestern nacht rückten vom Zentrum abgeschickte kleine Erkundungsabteilungen bis Izzedinköy vor. Es gelang ihnen, den Feind zurückzuwerfen, ihm starke Verluste zuzufügen und auch seine Artillerie, die auf den Höhen im Süden dieser Stadt aufgestellt war, zur Feuereinstellung zu bringen. Die Verluste der türkischen Abteilungen sind unbedeutend.

Eine zweite Depesche des Generalissimus vom 22. d. Mts., 9 Uhr abends, meldet: Auch heute fand ein schwacher Geschützkampf auf einigen Punkten der Kampflinie statt. Ein Infanteriekampf von geringer Bedeutung vollzog sich im Zentrum. Refognoszierungen, die sich auf vier bis fünf Kilometer erstreckten, ließen erkennen, daß das Terrain mit mehreren tausend Leichen bulgarischer Soldaten bedeckt ist.

Verstärkte Beschießung von Adrianopel.

Mustapha Pascha, 23. November. Die lebhafteste und anhaltendste Beschießung von Adrianopel nimmt mit unerminderter Heftigkeit ihren Fortgang. Gestern morgen um 2 Uhr war die Kanonade besonders stark. Die Türken erwiderten eine Zeitlang Schuß auf Schuß und versuchten mehrere Ausfälle; sie wurden jedoch immer mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Das Vordringen der Bulgaren war dagegen von besserem Erfolg gekrönt. Es gelang ihnen, verschiedene neue Stellungen und neue Forts einzunehmen. Seit Beginn der Belagerung ist das Bombardement noch nie so heftig gewesen wie gestern.

Sofia, 23. November. Das Blatt „Mir“ veröffentlicht folgende Depesche: Gestern um 5 Uhr früh versuchte die Garnison von Adrianopel einen allgemeinen Ausfall, wurde jedoch nach einem Kampfe, der den ganzen Tag andauerte, in die Festung zurückgeworfen. Die Türken erlitten bedeutende Verluste. Dieser allgemeine Ausfall, der erste seiner Art, wird als Versuch der Befestigung aufgefaßt, sich wieder Proviant zu verschaffen, da die Lebensmittelvorräte erschöpft sein sollen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Türkische Bestätigung der Niederlage von Monastir.

Konstantinopel, 23. November. Ein amtliches, auf einer Depesche des Kommandeurs der Westarmee beruhendes Telegramm des Generalissimus besagt: Nach dreitägigen Kämpfen in dem Gürtel von Monastir zeigte es sich, daß der Platz keine Verteidigungsstellung bot und daß die Belagerung der Armee in Monastir nicht ohne Schwierigkeiten wäre. Darauf zog sich ein Teil der Armee nach Redna, ein anderer nach Florina zurück. Nach einem 24stündigen Kampf mit 6000 Serben, die in das Gebiet der Nirditen übergetreten waren, wurden die Serben zerstreut und bis zum Dorfe Pishan (Raza Pina) verfolgt. Es wurden zahlreiche Serben getötet und 1000 Ge-wehre erbeutet.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Abzug der Montenegriner aus San Giovanni di Redna.

Njeka, 23. November. Auf die Meldung, daß die türkischen Truppen von Skutari beabsichtigten, eine Ver-

mittlung der föderalen Gruppen und Zentralräte zu internationaler Einigung gebracht werden sollen. Die zentralistischen Verbände sollen beauftragt werden, im Interesse ihrer Industrie alle Ausläufe einzuziehen, ein gemeinsames Vorgehen zu beraten und zu leiten, die Streiks zu regeln und für ihren Erfolg bemüht zu sein, bis die Lohnarbeit durch einen Bund freier Produzenten erlegt sein werde.“ Der Generalrat sollte nötigenfalls die internationale Verbindung der Gewerkschaften aller Länder herbeiführen und diese gewerkschaftliche Internationale ist unter der Herrschaft der neuen Internationale zur Tatsache geworden.

Der Basler Kongreß stand, ohne daß man es ahnte, am Vorabend eines großen, des deutsch-französischen Krieges. Aber nicht deshalb konnte der Beschluß des Basler Kongresses, im Jahre 1870 den 5. Kongreß in Paris abzuhalten, nicht ausgeführt werden. Der Generalrat der Internationale in London hatte den Kongreß schon auf den 18. Mai 1870 angesetzt, als in Paris ein von der Polizei angeführtes „Attentat“ auf Napoleon stattfand und dadurch der gewünschte Vorwand für die Verhaftung von Mitgliedern der französischen Gruppe der Internationale als auch die erforderliche Stimmungsmache für das napoleonische Plebiszit gegeben, die Abhaltung des internationalen Kongresses vereitelt worden war. Dann sollte der Kongreß am 5. September in Mainz stattfinden, dessen Abhaltung dann der Krieg unmöglich machte.

Der letzte Kongreß der alten Internationale von 1872 im Haag bereite mit der Verlegung des Generalkongresses nach New York ihr Ende vor.

Erst 1889 erstand die neue sozialistische Internationale wieder, und zwar auf dem Kongreß in Paris, der zugleich der Jahrhundertfeier der großen Revolution gewidmet war. 1900 sah Paris den zweiten internationalen Sozialistenkongreß.

In Basel beging die sozialdemokratische Arbeiterbewegung am 6. September 1909 eine große Erinnerungsfest an den Kongreß von 1869 und nun erbebt es den zweiten internationalen Sozialistenkongreß, ein Kongreß des internationalen Proletariats gegen den blutigen Völkerring, ein Friedenskongreß zur Verbrüderung der arbeitenden Klassen aller Kulturländer.

Möge diesem proletarischen Weltfriedenskongreß in Basel ein voller Erfolg beschieden sein! Es lebe der friedensbringende Sozialismus!

bindung nach der Mirdita herzustellen, zog General Martinowitsch seine Truppen von San Giovanni di Medua zurück und sammelte seine Streitkräfte vor Stutari.

Literatur über den Balkankrieg.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist soeben eine Broschüre erschienen, die überaus wertvolles Material zum Verständnis des Balkankrieges und der aus diesem resultierenden politischen Situation enthält. Das Werkchen ist betitelt: „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik“. Sein Verfasser, Genosse Otto Bauer, schildert darin in ungemein klarer und umfassender Weise die ökonomischen, nationalen und politischen Ursachen des Krieges. Die nationale Mannigfaltigkeit Razedoniens und die hier wirkenden wirtschaftlichen Tendenzen sind ebenso anschaulich dargestellt wie die mittelalterliche Eigenart Albanien. Daneben werden aber auch die Beziehungen der weltpolitischen Strömungen zum Balkan, so der deutsch-englische und der österreich-russische Gegensatz eingehend geschildert. Das Werk gibt ferner einen großzügigen Ausblick auf die gefahrenschwangeren weltpolitischen Situation, wie sie sich nach den Siegen des Balkanbundes entwickelt hat. Wer in diesen bewegten und verworrenen Zeitläuften ein klares Bild der Balkankrise und ihrer Begleiterscheinungen haben will, wird in der empfehlenswerten Schrift reiche Belehrung finden. Der Preis der Broschüre beträgt 40 Pf.

Der Internationale Kongress in Basel.

Basel, 23. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das alte Basel rüstet sich zum Empfang des Internationalen Kongresses und die Baseler Parteigenossen wenden ihr ganzes Interesse dem Kongress zu, obgleich am heutigen Sonnabend und morgen Sonntag zugleich eine Bürgermeisterwahl für Basel stattfindet. Die Vorkaufschaffung für den Kongress hat erhebliche Schwierigkeiten gemacht, weil der ursprünglich in Aussicht genommene Saal, der bereits für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zur Abhaltung des Internationalen Kongresses gemietet worden war, für jetzt nicht zur Verfügung steht. Der Kongress wird daher in dem Baseler Gesellschaftshaus „Burgvogelhalle“ stattfinden, in dessen Saal dieses Mal der großen Anzahl der erschienenen Delegierten kaum genügend Raum bieten. Man rechnet mit der Teilnahme von mehr als 500 Delegierten. Deutschland hat 80 Vertreter angemeldet, Frankreich 80, die Schweiz 80, Österreich 80, aus Italien kommen 10 Delegierte, aus England 40, und weitere Delegationen aus Belgien, Holland, Rußland und Polen sind angemeldet.

Die „Burgvogelhalle“ ist zum Empfang des Kongresses bereits geschmückt und trägt an ihrem Eingang ein großes Schild, das das Stattfinden des Internationalen Sozialistenkongresses anzeigt. Im Innern sind die Vorbereitungen indessen noch weit zurück, weil heute noch der Baseler Kriegervereinsverband dort seine Hauptversammlung abhält.

Die Resolutionskommission ist bereits heute um 11 Uhr vormittags zusammengetreten und hat den ganzen Tag über beraten. Sie besteht aus Debel für Deutschland, Jaurès für Frankreich, Keir Hardie für England, Adler für Österreich und Kubanowitsch für Rußland. Der Vorsitzende des Internationalen Kongresses, Emile Vandervelde, Brüssel, wird wahrscheinlich durch Krankheit am Erscheinen verhindert sein.

Am heutigen Abend findet im „Bären“ eine Begrüßungsfeier für die auswärtigen Delegierten statt. Morgen früh 9 Uhr tritt die deutsche Delegation in einer hiesigen Schule zusammen, um die Redner für Deutschland zu bestimmen und die Mandatprüfungskommission zu wählen.

Die Veranung des Manifestentwurfes.

Basel, 23. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Kommission, die vom Internationalen Bureau beauftragt war, die Vorbereitungen für den Kongress zu treffen, hat sich Sonnabend vormittag in Basel versammelt. Die Kommission bestand aus Adler, Debel, Jaurès, Bailant, Keir Hardie und Kubanowitsch. Als Übersetzer fungierte Kautsky. Das Brüsseler Bureau war durch Dussmann vertreten, da Vandervelde durch plötzliche Erkrankung verhindert war, nach Basel zu kommen. Nach einer eingehenden Beratung hat sich die Kommission über einen Entwurf für ein ausführliches Manifest vollständig geeinigt. Das Manifest wird zunächst dem Internationalen Bureau und nach neuerlicher Beratung durch die Kommission Montag dem Kongress vorgelegt werden. Berichterstatter in den drei Kongresssprachen sind die Genossen Adler, Jaurès und Keir Hardie.

Es sind bis jetzt 450 Delegierte angemeldet, von denen ein großer Teil schon eingetroffen ist. Für das Massenmeeting im Münster werden 15 000 Teilnehmer erwartet, die zum Teil mit Extrazügen aus Bern, Zürich, aus dem Elß, aus Baden und Württemberg eintreffen werden. Im Münster werden sprechen der Baseler Regierungspräsident Blocher, Greulich, Gasse, Jaurès, Adler, Dazundski und Keir Hardie. Vor dem Münster sind sechs Tribünen errichtet, für die je sechs Redner vorgehen sind.

Die Landtagsnawahlen in Württemberg

Für den zweiten Wahlgang am Freitag, den 20. November, haben Sozialdemokratie und Volkspartei ein Wahlabkommen auf folgender Grundlage geschlossen: Der Wahlkampf wird in 13 Wahlkreisen, nämlich in Bisingen, Wödingen, Göttingen, Weilingen, Heidenheim, Kirchheim u. T., Neuenburg, Neutlingen-Amt, Schorndorf, Sulz, Tübingen-Amt, Tuttlingen und Urach, ohne jede Einschränkung mit allen Kräften weitergeführt. Zur Rückgewinnung werden die sozialdemokratischen Kandidaturen unter Einwirkung des Kampfes in den Oberämtern Weidenheim, Galm, Gerabronn, Künzelsau, Ludwigsburg-Stadt und Reckarteln. Wie bekannt, kennt das württembergische Wahlsystem keine Stichwahlen. Im zweiten Wahlgang können alle Kandidaturen aufrechterhalten, sogar neue hinzu aufgestellt werden. Es entscheidet dann die relative Mehrheit während im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Wahl erforderlich ist. In den letztgenannten Oberämtern stehen wie an dritter bezw. vierter Stelle. Die Fortsetzung des Kampfes würde eine nutzlose Kräfteverschwendung bedeuten. — Um die Wahl weiterer bauerndemokratischer bezw. zentristischer Abgeordneter zu verhindern, hat der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs unter Zustimmung der zuständigen Organisationen weiter beschlossen, daß in den Oberämtern Badnang, Oberndorf und Waiblingen unsere Organisationen die sozialdemokratischen Kandidaturen zurückziehen und die Wähler auffordern, bei der Wahl gegen die Kandidaten des Bauernbundes bezw. des Zentrums zu stimmen. Die Stärke der Parteien ist in Badnang: Bauernbund 2050, Sozialdemokratie 1896, Volkspartei 1126; in Oberndorf: Zentrum 3055, Volkspartei 1940, Sozialdemokratie 1625; in Waiblingen a. E.: Bauernbund 1416, Sozialdemokratie 1125, Volkspartei 1040. Badnang und Waiblingen waren Besitz der Volkspartei, Oberndorf in Zentrumsbesitz. — In den Oberämtern Leonberg und Waiblingen zieht die Volkspartei ihre Kandidaten zurück und fordert ihre Wähler zur Wahl

des Sozialdemokraten auf. Leonberg wurde bisher vom Bauernbund vertreten, Waiblingen durch einen Volksparteiler. Die Stimmzahlen der Wahl vom 16. November sind: Leonberg: Bauernbund 2574, Sozialdemokratie 2322, Volkspartei 1080; Waiblingen Bauernbund 2067, Sozialdemokratie 1828, Volkspartei 1285.

Das Wahlabkommen ist die Frucht der Hauptwahlen vom 16. November. Die Hauptwahl brachte eine Stimmzunahme der Sozialdemokratie von 91718 im Jahre 1906 auf 119785. Zehn Mandate im ersten Wahlgang gegen fünf im Jahre 1906 fielen uns zu. Über auch die gemeinsam operierende Rechte (Bauernbund und Zentrum) konnte einen namhaften Stimmzuwachs buchen, von 185 272 auf 155 720. Das ist ein Mehr von 17 457 Stimmen. Die Folge war eine Zunahme der bürgerlichen Mandate von 8 auf 11, während das Zentrum, das einen Teil seiner Wähler zum Bauernbund abkommandiert hatte, seine 10 Mandate wie im ersten Wahlgang 1906 behauptete. Sehr schlecht schnitt jedoch der „liberale Block“ ab. Er hatte den Verlust von 5918 Stimmen zu beklagen. Die Stimmzahl der verbündeten Nationalliberalen und der Volkspartei sank von 138 066 auf 133 239, während gleichzeitig die Zahl der Abstimmenden um 40 523 emporschnellte. Zwar renommiert die nationalliberale Partei mit einem Stimmzuwachs von rund 8000, während der volksparteiliche Bundesbruder einen Verlust von 11 583 zu beklagen hat. Die Renommee der Nationalliberalen ist aber über angedacht. Während nämlich die volksparteilichen Wähler der Parteiparole folgend zum größten Teil dem gemeinsamen nationalliberalen Kandidaten ihre Stimme zuwendeten, läßt sich das gleiche den Nationalliberalen nicht nachrühmen. Sie gingen in hellen Haufen zum Bauernbund über. Die Folge war, daß die Volkspartei 1 Mandat von ihren 8 einbüßte, die Nationalliberalen nur 4 von ihren 8 behaupten konnten. Den 30 Mandaten des Zentrums und des Bauernbundes stehen nunmehr 10 sozialdemokratische, 7 volksparteiliche und 4 nationalliberale gegenüber. Nach Beendigung der Bezirkswahlen sind noch 17 Landesproporz-Abgeordnete zu wählen. 1906 fielen dem Zentrum 4, dem Bauernbund 3 zu. Diesmal dürften es zusammen 8 werden. Die württembergische Kammer zählt 92 Abgeordnete. Gelingt es der Rechten, in den 24 Nachwahlen noch 7 Mandate zu erobern, so verfügt sie über die absolute Mehrheit.

Aus dieser Situation ist das Wahlabkommen zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei erwachsen. Die Volkspartei hatte nur noch die Wahl zwischen einer Schwächung bis zur Bedeutungslosigkeit oder Anschließung an die Sozialdemokratie. Und so fand sie den Weg zur Sozialdemokratie. Der nationalliberale Bundesbruder hingegen rückt mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion ein, nachdem bei der Hauptwahl am 16. November bereits ein nicht geringer Teil seiner Truppen den Übertritt vollzogen hat.

Es hat keinen Sinn, die Nationalliberalen dieserhalb zu scheitern. Sie folgen ihres Dergens Drang. Die wirtschaftliche Entwicklung duldet keine Halbheiten mehr. Der selbständige Mittelstand in Württemberg verdrängt mit unheimlicher Schnelligkeit. Die Mittelparteien folgen ihm. Im Jahre 1889 konnten Nationalliberale und Volkspartei 24 000 Wähler mustern, jetzt sind es noch 133 000. In der gleichen Zeit schmolle die Stimmzahl der Sozialdemokratie von 10 000 auf 119 000 empor. Zugleich vergrößert sich der Gegensatz zwischen der lohnarbeitenden Bevölkerung und dem Agrarierum, das im Bauernbund und Zentrum seine Vertretung findet. Industrieliberalismus und reaktionäres Agrarierum verbünden sich zum Kampf gegen die arbeitende Industriebewölkerung. Eine Periode schwerer Kämpfe beginnt.

Die Nationalliberalen Württembergs, bisher schon mehr konservativ als liberal, sind gleich dem Bauernbund nunmehr vollständig unter das Kommando Eröbers geraten. Die neue Kammer wird reaktionär sein, dank einem Wahlsystem und einer Wahlkreiseinteilung, die die Mehrheit der Bevölkerung der reaktionären Minderheit ausliefern. Die Regierung wird sich dem „neuen Herrn“ bald anpassen. Der Zentrumsführer Eröber ist nicht der Mann, der Widerpruch duldet. Der Sozialdemokratie fällt die schwere Aufgabe zu, die Rechte des Volkes gegen einen stumpelosen Gegner zu verteidigen. Sie kann diese Aufgabe nur lösen, wenn sie stets in inniger Verbindung mit den Massen außerhalb des Parlaments bleibt. Sie hat das ungenügende Gewicht der Zahl ihrer Mandate zu verstärken durch den Druck der Massen von außen. Eine klare einfache und konsequente Politik, die den Klassenkampf stets scharf in die Erscheinung treten läßt, kann allein Schlimmes verhüten und unsern künftigen Sieg vorbereiten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. November 1912.

Eine fürchterliche Verantwortung!

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ veröffentlichen folgende Zuschrift eines Arztes:

„Das Auftreten der Cholera in Konstantinopel und der türkischen Armee wird in seiner Bedeutung noch nicht genügend gewürdigt. Es ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ein rapides Fortschreiten der Epidemie über die ganze Balkanhalbinsel vorauszu sehen. Ein europäischer Krieg würde eine Verschleppung der Cholera über ganz Europa zur Folge haben. Schutzmaßnahmen, die in Friedenszeiten eine Einschränkung der Epidemie ermöglichen, würden in Kriegszeiten nicht durchzuführen sein. Ein Staat, der jetzt Verantwortung zu einem europäischen Krieg gibt, würde eine fürchterliche Verantwortung übernehmen.“

Für die nächsten Tage und Wochen ist eine schwere Epidemie in Konstantinopel zu erwarten. Unsere Kriegsschiffe liegen mit denen anderer Staaten dort zum Saug der Europäer. Es ist zu verlangen, daß Schiffe wie unsere „Vinceta“, mit ihren Hunderten von Kadetten und Schiffsjungen an Bord, sofort abberufen werden und den Mannschaften der Schiffe, die dort bleiben müssen, wie unsere „Göben“, jeder Landurlaub, wie ein Verkehr mit den Besatzungen anderer Schiffe verweigert wird. Daß Nahrungsmittel und Wasser nur aus cholerafreien Gegenden bezogen werden dürfen, ist selbstverständlich.“

Klerikale Rabulistik.

Zur Beschwichtigung der aufgeregten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften hatte die Kölner Zentrumsleitung zu Freitagabend eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher der Reichs- und Landtagsabgeordnete Trimborn an der antigewerkschaftlichen Enzyklika des Papstes allerlei gute Seiten zu entdecken suchte und zu folgendem höchst kuriosen Ergebnis gelangte:

„Die Enzyklika hat ein allgemeines politisches und sozialpolitisches Interesse, vor allen Dingen ein sozialpolitisches. Das erste Wort zu dieser Enzyklika haben naturgemäß die christlichen Gewerkschaften, denn sie sind am direktesten beteiligt. Die Enzyklika wird von den verdienstlichsten Seiten benutzt, um den christlichen Gewerkschaften Schwierigkeiten zu machen. Die Gegner suchen Gefährte damit zu machen und das muß für einen klugen Politiker stets eine Mahnung sein, ruhig Blut zu bewahren, die Entwicklung der Dinge abzuwarten. — Im übrigen kann eines schon heute gesagt werden, und das will ich auch nicht unausgesprochen lassen (mit erhobener Stimme): Von einer Aufgabe und einer Preisgabe der christlichen Gewerkschaften kann absolut keine Rede sein. (Stürmischer Beifall.) Heute erst recht nicht, weil heute zwei Tatsachen vorliegen: 1. Ich heute fest die Zulässigkeit des Beitritts der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften; diese Zulässigkeit ist in der Enzyklika ausdrücklich festgelegt; 2. spricht die Enzyklika in der allerbestimmtesten Weise aus, daß niemand das Recht hat, katholische Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beitreten, zu ver-

fehren, wie es leider Gottes in weitem Umfange geschehen ist. Wir alle wünschen den christlichen Gewerkschaften wie bisher auch fernerhin den besten Erfolg. In unseren Kreisen ist die Sympathie für die christlichen Gewerkschaften ungemindert, die Sympathie, die auf dem Kochener Katholikentag einen so übermäßigen Ausdruck gefunden hat. So rufe ich den christlichen Gewerkschaften eine frohgemutes „Gütdaust“, ein „Vorwärts auf der bisherigen Bahn!“ zu. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Der Trimborn beweist mit dieser Leistung, daß er die jesuitische Dialektik mit Erfolg studiert hat. Nachstens wird er vielleicht gar noch feierlichst in einer Zentrumsversammlung erklären, die Enzyklika beweise lediglich das enorme Wohlwollen des Papstes für die christlichen Gewerkschaften, da die Enzyklika diese als kirchlich berechnete Institutionen anerkenne und sie daher auf eine feste, unerschütterliche Grundlage stelle. Daß Herr Trimborn, wenn es sein muß, eine solche Leistung fertigbringt, daran zweifeln wir nicht, wenn er auch in der Kunst der Rabulistik noch nicht ganz die Genialität des Herrn Erzberger erreicht.

Pius X. und die christlichen Gewerkschaften.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu dem Kapitel „Der Papst und die christlichen Gewerkschaften“ in ihrer Mittagsausgabe vom Freitag:

„Nachdem im Gewerkschaftsstreit schon wieder allerlei Verschönerungsdiplomaten an der Arbeit sind, mag folgende Äußerung des Papstes, die uns von einem hervorragenden Vertreter katholischer Gelehrtenkreise berichtet wird, endgültige Klarheit zu bringen. Die Erklärung lautet: „Ich erlaube zuversichtlich, daß Abbitore Heiner, obwohl er selbst die christlichen Gewerkschaften als eine Brutstätte von Mischehen hält, mit dem Heiligen Vater eingehend über die Gewerkschaftsfrage verhandelt, aber nicht mehr an Zugeständnissen erreichte, als die Antwort: „Approbieren? Rie! Rie! Dulden? Ja!“ Danach braucht das Vorgehen des Kardinals Ropp gegen Dr. Sonnenschein von München-Gladbach bei den bekannten Berliner Vorgängen nicht mehr Wunder zu nehmen.“

Die „Historisch-politischen Blätter“ über die päpstliche Enzyklika.

Die bedeutendste politisch-soziale Zeitschrift des Zentrums, die „Historisch-politischen Blätter“, urteilt in ihrem neuesten 10. Heft des 150. Bandes über die Folgen der Gewerkschaftsenzyklika wie folgt:

„Aus all dem ergibt sich, daß zwar gegen den bisherigen Beschland der christlichen Gewerkschaften nichts geschehen soll, diese vielmehr als zulässig gebildet werden sollen, daß sie auch für Katholiken noch wie vor in solchen Gegenden, in denen für die rein katholischen Organisationen kein Platz ist, in Betracht kommen. Dagegen hat jede Weiterverbreitung der christlichen Gewerkschaften in katholischen Gegenden usw. zungunsten der katholischen Organisationen unter allen Umständen zu unterbleiben. Ueberdies sind auch in jenen Gebieten, wo die christlichen Gewerkschaften bereits bestehen, für die aber im übrigen nach der Enzyklika rein katholische Arbeitervereine in Betracht kommen können, solche rein katholischen Organisationen ins Leben zu rufen, auch ohne Rücksicht darauf, daß dadurch in einer Weise die einheitliche Organisationsform durchbrochen wird. Zweifelloß wird die Enzyklika Wachstum und Entfaltung der rein konfessionellen Arbeiterorganisationen bedeutend stärken.“

Abg. Dr. Schädlers mandatsmüde?

Der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Schädlers, soll nach übereinstimmenden Meldungen bürgerlicher Blätter, die Abstätt haben, in den nächsten Tagen sein Reichstagsmandat niederzulegen. Abg. Schädlers ist seit längerer Zeit schwer krank. Er vertritt seit 1890 den Wahlkreis Bamberg, wo er bei den letzten Wahlen mit 14 724 Stimmen gewählt wurde. Auf die Sozialdemokratie entfielen 5026, auf die Liberalen 4439 Stimmen. Sein Bamberger Landtagsmandat verlor Dr. Schädlers bei den letzten Landtagswahlen.

Luftflottengesetz.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, tragen sich große Parteien des Reichstags mit der Absicht, gemeinsam einen Antrag einzubringen, der die schleunige Vorlage eines Luftflottengesetzes verlangt. Die Verhandlungen darüber sind erledigt. Der Antrag ist von hervorragenden Abgeordneten verschiedener Parteien unterschrieben. In Bundesratskreisen sieht man der Absicht, aus der Mitte des Reichstages heraus die Mittel zum Bau großer Luftschiffe zu verlangen, sehr sympathisch gegenüber.

Unter einem Luftflottengesetz ist die Schaffung einer großen Luftflotte gemeint. Hinter diesem angeblichen Antrag steckt der Luftflottenverein, dessen festeste Stütze wiederum die an der Herstellung von Luftschiffen beteiligten Kapitalisten sind. Wenn sich die Weidung der „Tägl. Rundschau“ bewahrheiten sollte, dann heißt das, den Reichstag zu einer Antimierstube machen, nur daß es das Geld der Steuerzahler ist, das hier vergeudet wird.

Polizeiliche Mobilmachung gegen eine Friedensdemonstration.

Wir veröffentlichten vor längerer Zeit schon einmal einen polizeilichen Mobilmachungsbefehl aus Braunschweig gegen eine Arbeiterprotestversammlung. Am vergangenen Sonntag fand wieder in Braunschweig eine Friedensdemonstration statt, und die Polizei erließ abermals eine umfassende Mobilmachungsbefehl, um dieser Friedensdemonstration mit bewaffneter Macht Einhalt bieten zu können. Unserem Braunschweiger Parteiorgan ging dieser Mobilmachungsbefehl zu. Er lautet:

Befehl der Abteilung V vom 16. November 1912.

Am Sonntag, den 17. November d. J., vormittags 11 Uhr, findet im Konzertsaal eine öffentliche Protestversammlung statt. Alle Beamten, einschließlich die der Spezialabteilung, versammeln sich 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags in Herzogl. Polizeidirektion, die Beamten der berittenen Abteilung zur selben Zeit im Feuerwehrgelände. Die Bezirksbureauaus bleiben mit einem Beamten besetzt. Die Wächter (Nachpolizisten) der Bezirke 8 und 4 versammeln sich 11 $\frac{1}{2}$ Uhr im Bureau des 4. Polizeibezirks, die der Bezirke 8 und 9 in Herzogl. Polizeidirektion. Außerdem kommandieren die Bezirke 1, 2, 5, 6, 7 je vier Wächter, die sich ebenfalls 11 $\frac{1}{2}$ Uhr in Herzogl. Polizeidirektion zu melden haben. Dem Polizeioberwachmeister Sauthe (überwachenden Beamten) stehen vier vom Kriminalpolizeiwachmeister Gerde näher zu bezeichnende Kriminalpolizeiergeanten zur Verfügung. Polizeiergeant Conrad demnachrichtig bei einem eventuellen Ausbruch die Schlagwache (Pilliar) in üblicher Weise. Die Befestigung der Straßen wie immer. In der Herzogl. Polizeidirektion bleibt zur Entgegennahme von Anzeigen Kriminaloberwachmeister Gerde.

Bei einem Ausbruch vertritt der Polizeiwachmeister Müller den beurlaubten Polizeiwachmeister Stein. Polizeiwachmeister Bode übernimmt die Akerbeabteilung am Herzog-Wilhelm-Denkmal. Die Radfahrer der Bezirke 1 und 2 halten sich abwechselnd von 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags in der Nähe des Konzerthauses auf und melden neben ihren anderweitigen Wahrnehmungen die Teilnehmerzahl der Versammlung. Die Radfahrer der Bezirke 8 und 9 stehen in der Herzogl. Polizeidirektion zur weiteren Verfügung bereit. Der Radfahrer des 8. Polizeibezirks befähigt

Die Bezirke 3 und 4, der des 5. Polizeibezirks die Bezirke 6 und 5, der des 7. Polizeibezirks den 7. Polizeibezirk.

Polizeioberwachmeister Erdmann bleibt im Bureau seines Bezirks und regelt den Dienst der ihm zugeteilten Wächter dort wie üblich.

Alle Polizeibeamten, welche 11 1/2 Uhr vormittags nicht in Herzoglicher Polizeidirektion versammelt sind, empfangen 10 1/2 Uhr vormittags ihre Revolver.

Die Revolver sind am Montag, den 18. 11. d. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr bezugsweise in Herzoglicher Polizeidirektion einlassen wieder abzugeben.

Die Polizei hatte also alles recht gut für eine Straßenschlacht am Friedenssonntag vorbereitet. Daß der Befehl mit dem Vermerk „Streng geheim“ versehen war, hat nur bewirkt, daß er prompt der Deffektivität übergeben werden konnte.

Die Struktur der deutschen Landwirtschaft.

Zu einem vernichtenden Urteil über die Agrarpolitik der Regierung gestalten sich die amtlichen Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907, die erst jetzt vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht werden. Während die Agrarpolitik der deutschen Regierung fast ausschließlich auf den Vorteil des Großgrundbesitzes zugeschnitten ist, muß die Statistik zeigen, daß diese Großbetriebe nur 0,4 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen.

Im einzelnen berichtet die amtliche „Berliner Korrespondenz“ über die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung:

Durch die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 sind 5 782 500 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 43 106 488 Hektar und einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von 31 834 874 Hektar erhoben worden. In dieser Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind aber die Betriebe mit nur forstwirtschaftlicher Fläche nicht enthalten. Im Vergleich zu derselben Erhebung von 1895 haben die Betriebe um 177 765 = 3,2 v. H. zugenommen, die landwirtschaftliche Fläche um 688 067 Hektar = 2,1 v. H. abgenommen.

Nach der Größe ihrer land- und forstwirtschaftlichen Fläche berechnet, gehören 3 378 509 oder 58,9 v. H. Betriebe zu den „Kern- und Partzellenbetrieben“ (unter 2 Hektar landwirtschaftlicher Fläche). Diese Betriebe kleinsten Umfangs hatten nur 5,4 v. H. (= 1 731 311 Hektar) landwirtschaftlicher Fläche und 5,7 v. H. (= 2 492 002 Hektar) der Gesamtfläche inne.

Als Großbetriebe (100 Hektar und darüber) sind 23 506 = 0,4 v. H. ermittelt, mit einer landwirtschaftlichen Fläche von 7 055 018 Hektar = 22,2 v. H. und einer Gesamtfläche von 9 916 581 Hektar = 23,0 v. H. Der Rest an Betrieben wie an landwirtschaftlicher Fläche entfällt auf die bäuerlichen Betriebe (2 bis 100 Hektar), und zwar betragen diese an Zahl 2 334 007 = 40,7 v. H., an landwirtschaftlicher Fläche nahezu drei Viertel = 23 048 545 Hektar = 72,4 v. H. und an Gesamtfläche ebenfalls fast drei Viertel = 30 697 953 Hektar = 71,3 v. H. Da jedoch auch von den Betrieben mit über 100 Hektar namentlich in Norddeutschland eine große Anzahl ein ausgesprochen bäuerliches Gepräge hat, andererseits viele Betriebe unter 2 Hektar in den fruchtbaren Gegenden des Oberrhein, Wein-, Tabak- und Hopfenbaues bäuerlichen Betrieben gleichzustellen sind, ist der bäuerliche Besitz in Wirklichkeit noch stärker vertreten, als diese Zahlen erkennen lassen. Der bäuerliche Betrieb in seinen verschiedenen Ausprägungen bildet demnach den Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft.

Hungernde Schulkinder.

In den Dortmunder Volksschulen wurden Nachforschungen angestellt über die Zahl der Schulkinder, die morgens zur Schule kommen, ohne zu Hause ein warmes Frühstück erhalten zu haben. Dabei wurden 1250 Kinder ermittelt, die morgens nüchtern zur Schule gehen. In 672 Fällen wurde Mitleidenschaft der Eltern als Grund angegeben; in den anderen Fällen, wie es heißt, Nachlässigkeit, oder der Grund war nicht zu ermitteln. In manchen dieser Fälle spielt wahrscheinlich die Not der Eltern ebenfalls eine Rolle. Private Kreise wollen in Verbindung mit der Stadtgemeinde für die armen Kinder „nach Möglichkeit“ sorgen. Wir meinen denn doch, daß auf jeden Fall für die hungernden Schulkinder gesorgt werden muß, und zwar ist es vor allem Sache der Stadt, die nötigen Mittel herzugeben.

Die Invaliditäts- und Altersversicherungs-vorlage in Schweden.

Die vor mehreren Jahren von der konservativen Regierung eingeführte Kommission zur Vorbereitung einer Invaliditäts- und Altersversicherung hat nunmehr endlich eine vierbändige Denkschrift ausgearbeitet, die Vorschläge zur Einführung der genannten Versicherung in Schweden enthält. Aus den Aufzeichnungen der Kommission und einzelner Vorkörper leuchtet eine gewisse Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Arbeit hervor. Es ist zuzugeden, daß es sich um ein großes Werk handelt, aber es scheint doch, als ob rein sachlich nur wenig für die breiten Massen bei diesem Kommissionsentwurf herausgekommen ist. Eine kurze Darstellung der Leistungen dieser vorgeschlagenen Versicherung mag diese Ansicht begründen.

Die Versicherung soll die ganze Bevölkerung vom 16. Lebensjahre an umfassen. Ausgenommen sind nur Staatsbedienstete und deren Ehefrauen, weil für diese andere Pensionsberechtigung besteht, sowie Personen mit einem Mindestvermögen von 6000 Kronen. Im übrigen soll die Gesamtbevölkerung, Männer und Frauen, von der Versicherung erfasst werden. Dieses Prinzip ist richtig und enthält gegenüber dem in Deutschland durchgeführten System einen kleinen Fortschritt.

Leider ist das der einzige Fortschritt. Die weitere Durchführung des Prinzips bedeutet nichts anderes als die Übernahme der bisherigen Armenlasten auf Staat, Gemeinden und Versicherer. Die Versicherten werden nach ihrem Jahreseinkommen in drei Klassen eingeteilt. Bis zu 800 Kronen Jahreseinkommen zahlen sie einen Jahresbeitrag von 2 Kronen, von 800 bis 1199 Kronen Jahreseinkommen beträgt der Beitrag 7 Kronen und bei 1200 Kronen Jahreseinkommen und darüber 12 Kronen. Diese Beiträge sollen der Versicherung jährlich 8 1/2 Millionen Kronen zuführen; die Gesamtzahl der Versicherten beträgt 2,6 Millionen Personen, davon 1 314 200 Frauen. Die weit überwiegende Mehrheit der Versicherten gehören der Einkommensklasse unter 800 Kronen an, nämlich 881 600 Männer und 642 300 Frauen, wozu noch 604 400 Ehefrauen kommen, die in dieser Klasse beitragspflichtig sind.

Bei eintretender dauernder Invalidität oder bei einem Alter von 67 Jahren soll die Pensionsberechtigung beginnen. Die Jahresrente beträgt dann 30 Proz. des eingezahlten Beitrages, bei Frauen 28 Proz. Dazu kommt ein Zuschlag aus öffentlichen Mitteln, der für Männer (ohne eigenes Einkommen) auf 150 Kronen und für Frauen auf 125 Kronen festgesetzt ist. Der Zuschlag verringert sich in beiden Fällen um 50 Kronen, wenn das Jahreseinkommen des Rentenbezieher 100 Kronen beträgt, er verringert sich um 100 Kronen, wenn das Jahreseinkommen 200 Kronen beträgt. Bei 300 Kronen Jahreseinkommen und darüber fällt der Zuschlag fort.

Der einkommenslose „Pensionär“ wird also im günstigsten Falle, d. h. wenn er 50 Jahre Beiträge geleistet hat, folgende Pension beziehen:

Bei einem Jahresbeitrag von	2 Kr.	7 Kr.	12 Kr.
trägt die Jahresrente nach 50 Jahresbeiträgen			
a) Männer	180 Kr.	355 Kr.	430 Kr.
b) Frauen	148 Kr.	289 Kr.	347 Kr.
c) Mann u. Ehefrau zusammen	328 Kr.	603 Kr.	578 Kr.

Das sind die Höchstleistungen nach fünfzigjähriger Beitragsleistung unter Voraussetzung, daß die Rentenbezieher keinerlei Einkommen haben. Bei kürzerer Beitragsleistung verringert sich naturgemäß die Rente; nur bleibt der Zuschlag aus öffentlichen Mitteln sich gleich, was bei den geringen Leistungen im übrigen sich von selbst ergibt. Von den Gesamtkosten des Zuschlags soll der Staat zwei Drittel und die Gemeinden ein Drittel tragen. Da die Kommission die bisherigen Armenlasten der Gemeinden in Rechnung stellt, werden die Bedürftigen unter der Versicherung vollständig auf diese angewiesen. Weitere Armenleistungen an die Bezücker dürften demnach ausbleiben, soweit aus den vorliegenden Veröffentlichungen ersichtlich ist.

Obgleich nun die große Masse der Versicherten der niedrigsten Einkommensklasse angehört, im Bezugsfalle also sich mit einer Höchstrente von 180 Kronen für Männer resp. 148 Kronen für Frauen begnügen muß, hat man den höheren Beitragsklassen eine sowohl absolut als relativ erhöhte Rente zugebilligt. Außer der Rente von 30 Proz. der Beiträge wird eine Rentenerhöhung um 1 1/2 Proz. für jeden in den höheren Klassen geleisteten Beitrag gewährt. Das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben, kommt also auch hier zur Geltung; die Klasse begnügt sich mit 180 Kronen Jahresrente im günstigsten Falle.

Der Staatszuschuß soll, wenn der Ruhepunkt der Versicherung eingetreten ist, den Höchstbeitrag von 20,6 Millionen Kronen, der Gemeinbezugsfuß einen solchen von 11,1 Millionen Kronen erreichen. Die Beiträge werden mit den Steuern erhoben. Von der Versicherung ausgeschlossen werden alle, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes 67 Jahre alt oder über 15 Jahre alt und invalid sind. Im übrigen sollen die Leistungen zugleich mit der Versicherung beginnen. Für die Feststellung der Bezugsberechtigung sollen in den Gemeinden Pensionsausschüsse von den Versicherten gewählt werden.

Soweit der wesentlichere Inhalt der Vorlage, wie sie in der Presse auszugeweise veröffentlicht worden ist. Das sozialdemokratische Mitglied der Kommission, Genosse Branting, unterstützt die Vorlage, beantragt aber, eine Witwen- und Waisenrente, die etwa 3 Millionen Kronen jährlich kosten soll; ferner fordert er für alle jetzt invalide Personen, die keine anderweitige volle Unterstützung genießen, die Aufnahme in der Versicherung, was nach den Berechnungen der Kommission etwa 4,2 Millionen Kronen gleich im ersten Jahre kosten soll. Im übrigen wünscht Branting, daß man endlich „vom Wort zur Tat“ schreiten möge.

Das ist gewiß zu beherzigen. Aber was vorliegt, ist noch keine Tat. Es ist nur eine, mag sein, verbesserte Armenunterstützung, zu der aber die Versicherten selbst durch 1. ihre ordentlichen Beiträge, 2. durch die indirekten und direkten Staatssteuern das ganze Fundament liefern. Da das schwedische Staatsbudget ganz wesentlich durch indirekte Steuern finanziert wird, müssen die Kernfamilien der Bevölkerung in relativ größerem Maße zur Fundierung der verbesserten Armenpflege beitragen, als die besser situierten Schichten, werden aber schlechter behandelt bei der Bemessung der Rente.

Was aber der vorgezeichneten Versicherung den Charakter einer organisierten Armenunterstützung gibt, ist das Fehlen jeglicher weitergedenkten sozialen Ziele. Es ist lediglich eine Rente beabsichtigt, in den weitaus meisten Fällen zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, aber man findet keinerlei Gedanken über die Wiederherstellung der Arbeitskraft des Invalidenrentners. Es mag gewiß spezifisch schwedisch sein, daß man beim Dach anzufangen, und so erklärt es sich auch, daß man in Schweden mit der obligatorischen Invaliditäts- und Altersversicherung beginnt, während die weit wichtigere Krankenversicherung und die Unfallversicherung noch nicht das Stadium der Freiwilligkeit bezw. der Haftpflicht verlassen haben. Unter diesen Umständen hätte man aber erwarten können, daß die Invaliditäts- und Altersversicherung bestimmte Aufgaben auf dem Gebiete der Rehabilitation bekommen hätte, getreu dem Grundsatz, daß es sowohl für die Gesamtheit als für das Individuum wichtiger ist, die Arbeitskraft zu erhalten und die Invalidität zu verhüten, als dem Arbeitsunfähigen eine ungenügende Rente zu sichern. Aber zu diesem Gedanken scheint man sich nicht aufzurufen zu wollen.

Italien.

Protestdemonstration gegen Giolittis Politik.

Rom, den 21. November. (Fig. Ver.) Durch die Ausweisung Gubbio Herdes hat Giolitti der sozialistischen Partei einen Fehdehandschuh hingeworfen, den diese ohne Zögern aufgehoben hat. Der Parteivorstand hat in ganz Italien Volksversammlungen gegen die Regierung angesetzt, die am 24. November, dem Tage des Zusammentritts des internationalen Kongresses von Basel stattfinden werden. Daß es sich bei der Ausweisung Herdes nicht um eine momentane Abspösigkeit, sondern um ein System handelt, wird auch durch die gleich darauf erfolgte Ausweisung des polnischen Journalisten Kadz bestätigt, gegen den nichts anderes vorliegt, als die Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Malatessa und andern ausländischen Anarchisten. Als Vorwand der Maßregel muß die Ausrede dienen, daß der Journalist Kadz ohne Substanzmittel war, weil er augenblicklich ohne feste Anstellung arbeitete. Schreiber dieses kennt aus eigener Erfahrung das warme Interesse, das die italienische Polizei an den Einnahmequellen einiger auswärtigen Journalisten nimmt, die innige Besorgnis, mit der sie die Möglichkeit eines Verjagens der Substanzmittel stets im Auge behält. Das zeugt gewiß für ein gutes und vorzuziehendes Herz, aber es bleibt doch wunderbar, daß sich die italienische Polizei noch nie hat graue Haare wachsen lassen über die Substanzmittel der bürgerlichen und konservativen Journalisten. Von wieviel Selbstlosigkeit spricht nicht diese ausschließliche Besorgnis für die räudigen Schafe. Mit Erbitterung erfüllt auch die aus Paris kommende Nachricht, daß dem Genossen Herde zugemutet wurde, sich der anthropometrischen Untersuchung zu unterziehen, welche Maßnahme beinahe ausschließlich den praktischen Zweck hat, die Wiedererkennung der gemeinen Verbrecher zu erleichtern, und theoretisch den Studien über die körperliche Beschaffenheit des Delinquenten dient. Als Herde sich mit dem Bemerkten weigerte, daß diese Untersuchung für den politischen Verbrecher keinen Sinn habe, wurde der Direktor des anthropometrischen Instituts, Prof. Ortolenghi, gerufen, der den klassischen Ausdruck getan haben soll: die Gleichstellung der politischen und gemeinen Verbrecher sei eine Frucht der französischen Revolution! Wo der Herr Professor wohl diese Weisheit her haben mag? Auf alle Fälle enigig Herde der Untersuchung, die vor allem deshalb nicht zugemutet werden durfte, weil er kein Inzestgefangener, sondern ein aus Polizeimaßregeln Verhafteter war.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderarbeit und Kinderschuh.

Ueber die Frage des Kinderschuhes orientiert eine Broschüre der Genossin Luise Jich (Kinderarbeit, Kinderschuh und die Kinderschuhkommissionen, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, 50 Pf.) Eindringlich werden dort die Schädigungen geschildert, welche das in kapitalistischer Erwerbsform ausgebeutete Kind in seiner Gesundheit und körperlichen Entwicklung, in seinem Fortkommen in der Schule und damit im späteren Leben sowie nicht zuletzt auf stillem Gebiet treffen, Schädigungen und Gefahren, die nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande zu finden sind. Aber auch die Arbeiterklasse als solche ist an einer Aufhebung der Kinderarbeit unmittelbar interessiert. Bedeutet doch die billige Kinderarbeit eine Schmutzkonkurrenz schlimmster Art für die erwachsenen Arbeiter. Die einzelne, von Not und Elend bedrängte Familie vermag wohl durch den Nebenverdienst ihrer Kinder ihre schlimme Lage in etwas zu erleichtern. Sie wird vorübergehend leider unter einem allgemeinen Verbot der Kinderarbeit leiden. Allein die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit kann dabei nur gewinnen. Unterstützt durch eine fräftige gewerkschaftliche Organisation werden die Erwachsenen eher höhere Löhne erzielen, als wenn mit dem Nebenverdienst durch Kinderarbeit gerechnet wird. Mit Recht legt die Verfasserin Wert darauf, diesen oft nicht genügend gewürdigten Standpunkt ganz besonders hervorzuheben. Bleibt die jarte Jugend unseres Volkes von der Kinderarbeit verschont, so kann sie sich körperlich und geistig besser entwickeln, ihre Leistungsfähigkeit, die sonst gehemmt und vor der Zeit antwortet wird, steigt und erleichtert ihr den späteren harten Kampf ums Dasein. Der Aufstieg der Arbeiterklasse zu den Höhen der Kultur in einer neuen Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, daß der Träger ihrer Hoffnungen, ihr Nachwuchs, vor körperlicher Degeneration und geistiger Verkümmern bewahrt bleibt. Ein Fortfall der Kinderarbeit würde auch ein neuer Ansporn werden zur Vervollkommenung der Technik, die heute in vielen Berufszweigen, besonders der Heimarbeit, aufgespalten wird durch das Massenangebot billiger Kinderhände. Kurz, es gibt keinen Grund zur Aufrechterhaltung der als gemeinlich erkannten Kinderarbeit außer dem Profitbedürfnis der ländlichen und industriellen Arbeitgeber.

Dennoch ist die Arbeit berufen, ein wichtiger Faktor in der Erziehung des Kindes zu werden. Moderne Pädagogen, darunter auch sozialistische, haben die Einrichtung des Arbeitselementes in der Erziehung verlangt, der das Kind spielend zur Arbeit anleitet, seinem Gestaltungstrieb Richtung und Nahrung gibt, seine Kenntnisse und Fähigkeiten mannigfach erweitert und gleichzeitig das Verhängnis anbahnt für die Ehre und Würde der Arbeit, die das Fundament aller Kultur ist. Jenen Anregungen folgt die Sozialdemokratie, wenn sie als Grundlage eines einseitigen Schul- und Erziehungsorganismus, als unerlässlichen Bestandteil des sozialistischen Schulideals, die Arbeitsschule fordert, d. h. die Arbeit, die nur pädagogischen Zwecken dient und so in direktem Gegensatz zur kindlichen Erwerbsarbeit steht, die lähmend und zerstörend auf Körper, Geist und Charakter wirkt.

Ein Staat, der es nicht vermag, die Kinder der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen, verdient den Namen eines Kulturstaates nicht. Von dieser Erkenntnis ausgehend, ist die deutsche Sozialdemokratie frühzeitig für einen gesetzlichen Kinderschuh eingetreten. Einen Abriß der Geschichte dieses Kampfes finden wir in der Jichschen Broschüre. Die an zahlreichen Beispielen erläuterte Unzulänglichkeit des am 30. März 1903 endlich zustande gekommenen Kinderschuhgesetzes hat dann die organisierte Arbeiterkraft zur Selbsthilfe veranlaßt, indem sie zur Ueberwachung der neuen Bestimmungen Kinderschuhkommissionen ins Leben gerufen. Diese auf freiwilliger Arbeit der sozialdemokratischen Frauen beruhenden Organisationen haben in der kurzen Zeit ihres Bestehens Vetteres geleistet als die staatlichen Organe der Gewerbeinspektion. Sie nahmen sich nicht nur der geschäftig beschäftigten Kinder an, sondern auch der mifshandelten, der verwahrlosten und der sittlich gefährdeten. In Flugblättern, Zeitungsartikeln und Versammlungen wurden die Gefahren der Kinderarbeit behandelt und ein Ausbau des in Kaiserlicher Halbheit festgelegenen Gesetzes gefordert. Tatsächlich, weit öfter aber noch vorgeführt, Unkenntnis der bestehenden Bestimmungen machen den mühsam erzwungenen Kinderschuh in zahllosen Fällen illusorisch. Dem entgegen zu wirken, muß alles getan werden, was in unserer Macht steht. Als notwendige Ergänzungen eines radikalen Verbots der Kinderarbeit müssen von der Gemeinden Schulleistungen, Schulärzte in größerer Zahl als bisher, Schulbäder, kommunale Kindergärten und Kinderhorter gefordert werden.

Die Tätigkeit der Kinderschuhkommissionen wird um so segensreicher sein, je mehr sie Verständnis und tatkräftige Unterstützung in der Arbeiterschaft, in erster Linie unter den Frauen findet. Dieses Verständnis zu wecken ist die Bestimmung der Jichschen Broschüre, die wir allen Genossinnen, die der Sache des proletarischen Kinderschuhes noch fernstehen, zum Studium empfehlen. Die im Anhang der Broschüre mitgeteilten geschlichen Kinderschuhbestimmungen zeigen auf das deutlichste, daß es noch langer, zäher Arbeit bedarf, um dem Raubbau an der Volkskraft in der Kinderarbeit ein Ende zu machen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der Balkankrieg.

Albanien proklamiert die Unabhängigkeit.

Paris, 23. November. (P. C.) Aus Durazzo wird hierher gemeldet, daß der Albanesenführer Ismail Komal bei namens aller in Albanien ansässigen Familien die Unabhängigkeit Albaniens proklamiert hat.

Die Kriegsschuldigung.

Belgrad, 23. November. (P. C.) Wie die „Tribuna“ erfährt, wird der Völkerverbund von der Türkei eine Entschädigung von einer Milliarde verlangen, wozu 350 Millionen auf Serbien entfallen sollen.

Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Ein Proteststreik in Paris.

Paris, 23. November. (B. L. B.) Anlässlich des übermorgen vor dem Pariser Schlichtungsgericht beginnenden Prozesses gegen 19 Ausschußmitglieder der Vereinigung „Le sou du soldat“ beschloßen mehrere dem Bauwerke angehörende Arbeitersyndikate, am nächsten Montag einen vierundzwanzigstündigen Streik zu veranstalten.

Unterschlagen bei einer Reichsbanknebenstelle.

Sest, 23. November. (P. C.) Bei der hiesigen Reichsbanknebenstelle sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen; die Höhe der veruntreuten Summen soll sehr beträchtlich sein, ist aber noch nicht festgestellt. Der Bankvorsteher Casar hat sich gestern von einem Zuge überfahren lassen. Dieser Selbstmord soll auf Defraudationen, die der Beamte mit anderen Angestellten der Bankstelle begangen haben soll, zurückzuführen sein.

Schiffsexplosion.

Zaganrog, 23. November. Auf dem österreichischen Dampfer „Maria Immaculata“ fand eine Kesselexplosion statt, bei der 17 Mann verwundet wurden, 6 von ihnen schwer.

Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sierju 5 Beilagen.

Französischer Parteitag.

Paris, 21. November. (Fig. Ber.)

Im Saal der Genossenschaft „La Velleville“ fand heute der außerordentliche Parteitag statt, der die Stellung der französischen Sektion der Internationale in der Kriegsfrage auf dem Basler Kongress vorbereitend festlegen sollte.

Beteiligt sind 80 Föderationen — von 84 — mit 250 Mandaten. Dubreuil eröffnet den Kongress und begrüßt den anwesenden Genossen Bernerstorfer. Zum Vorsitzenden wird Genosse De la Porte gewählt. Er erteilt zunächst das Wort dem Genossen Bernerstorfer: Ich schätze mich glücklich, daß mein Aufenthalt in Paris mir gestattet, Ihren Beratungen beizuwohnen. Wenn ich auch heute keinen speziellen Auftrag habe, so darf ich Sie dennoch im Namen der österreichischen Genossen begrüßen und Sie besonders zu Ihrer herrlichen Demonstration am Sonntag, deren Zeuge ich war, beglückwünschen. Ich komme aus einem Land, das als Nachbar der Balkanländer am jetzigen Kriegskonflikt besonders interessiert ist. Aber Österreich selbst hat auch mit dem Sabel gerastelt und Europa beunruhigt, denn ein Krieg Österreichs würde leicht zum europäischen Krieg erweitert werden. Wir haben alles getan, um unsere Regierung zur Vernunft zu bringen. Regierung aber heilt bei und Dynastie und Dynastie heißt Franz Ferdinand. Es wäre leicht möglich, daß man bei uns Luft bekommen könnte, die Tradition der Eroberungspolitik fortzusetzen, obwohl wir zweifeln, ob der nötige militärische Scharfsinn vorhanden ist. Der politische fehlt jedenfalls. Wir österreichischen Sozialdemokraten haben von Anfang an das Programm: „Der Balkan der Balkanvölker!“ vertreten und die Autonomie der Nationen verteidigt. Wir, die wir in einem Reiche wohnen, wo acht Nationen zusammenleben müssen, verstehen, daß eine Vereinigung der Völker nur aus ihrer vollkommenen Selbstständigkeit hervorgehen kann. Jedes Volk muß sich frei, nach seinem eigenen Sinne entwickeln. Wir haben immer die falsche Politik unserer Regierung bekämpft, die uns alle Sympathien auf dem Balkan verdirbt und bewirkt hat, daß wir dort zu den Gefährtesten gehören. Wenn der Name Österreichs dort das Begegnet, so nehmen wir unsere sozialistischen Freunde aus, mit denen wir uns eins fühlen in der Förderung des Friedens zwischen den Völkern. In diesem Gedanken aber sind wir eins mit dem ganzen Proletariat und besonders mit den Arbeitern Frankreichs, des Landes, aus dessen glorreicher revolutionärer Geschichte wir alle gelernt haben. (Beifälliger Beifall.)

Es kommt nun der einzige Gegenstand der Tagesordnung zur Verhandlung: Die Stellung des Proletariats zum Kriege. Es sind 15 Resolutionen der verschiedenen Föderationen eingebracht worden. Die ganze Debatte aber dreht sich um die am Sonntag vom Kongress der Seine-Föderation beschlossene Resolution, die auch auf dem großen Friedensmeeting vorgelegt und alliiert worden ist.

Die von der Seine-Föderation mit 313 gegen 28 Stimmen der Guedditen (diese hatten mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Einigkeit der Internationale beantragt, daß die französischen Delegierten in Basel dem Wortlaut und dem Geist der Resolutionen von Stuttgart und Kopenhagen entsprechend nur solche Beschlüsse unterstützen sollten, die die Einigkeit der Internationale gegenüber dem Krieg sichern und es den nationalen Sektionen überlassen würden, ihre Aktion gegen den Krieg gemäß den erreichbaren Grenzen und ihren geschichtlichen Traditionen voranzutreiben) angenommene Resolution erklärt:

„Es gibt keine Abmachungen, Klauseln und Geheimverträge, die das republikanische Frankreich an den russischen Zarismus binden könnten.“

Aus keinem Beweggrund, unter keinem Vorwand darf Frankreich, das keine anderen Interessen als die des Friedens hat, auf dem Balkan und im Konflikt des österreichischen und russischen Imperialismus intervenieren.“

Wenn unsere Regierungen uns durch eine verbrecherische Politik in diese Konflikte verwickeln und die Gefahr des Krieges heraufbeschwören sollten, erinnern der Kongress alle Mitglieder der Partei an die Beschlüsse der internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen. Er erinnert sie an den Beschluß der nationalen Kongresse von Limoges und Nancy:

„In diesem Falle müssen sie die ganze Energie und das ganze Bemühen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Partei daran setzen, um den Krieg durch alle Mittel, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation, den Volkskundgebungen bis zum Generalstreik und der Insurrektion vorzubeugen und ihn zu verhindern.“

Er zählt auf sie, auf die Föderationen und Sektionen der Partei, um diese Beschlüsse der Internationale und der Partei auszuführen.“

In der Erkenntnis, daß die Aktion der Internationale um so wirkungsvoller sein wird, je einseitiger sie ist, gibt der Kongress seinen Delegierten in Basel das Mandat, eine gegenseitige und gemeinsame Aktion der nationalen Sektionen

zu suchen, die die größtmögliche Wirksamkeit der Internationale gegen den Krieg verbürgt.“

Compère-Morel schlägt vor, alle eingebrachten Resolutionen einer Kommission zuzuwenden und vorläufig von einer Debatte abzusehen. Wir wollen nach Basel eine einmütige Resolution bringen — es wäre gefährlich, hier das, was uns trennt, zu diskutieren.“

Saillant will, daß zuvor diskutiert werde. Die Debatte werde der Kommission die Richtung weisen. Auch Jaurès hält eine Diskussion, die im guten Kameradschaftsgefühl geführt werde, für nützlich. Wir haben genug Verantwortlichkeitsgefühl, um mit der Internationale Einmütigkeit zu erstreben. Dem Genossen Compère-Morel, der eine methodische Sichtung der Resolutionen wünscht, erwidert er, daß gerade eine solche Gruppierung der Resolutionen die Gegensätze verschärfen würde.“

Es wird die sofortige Diskussion beschlossen. Eröffnet wird sie von

Saillant: In der Sitzung des Internationalen Bureaus waren wir darüber einig, daß es von großem Wert wäre, nach Basel mit einer der einstimmigen Annahme möglichen Resolution zu kommen. Die Seine-Resolution ist demgemäß redigiert worden. Sie erklärt, daß wir um keinen Preis in einen Krieg verwickelt werden wollen. Weiter sagt sie, daß wir uns, wenn die Bedingungen gegeben sind, der Beschlüsse von Stuttgart und Kopenhagen und der nationalen Beschlüsse von Limoges und Nancy erinnern wollen und zitiert deren letzten Satz, der vollständig im Einklang mit dem Beschluß der Internationale über die Massenbewegungen ist. Limoges und Nancy sind keineswegs ein Widerspruch zu Stuttgart und Kopenhagen, vielmehr sind die einen Beschlüsse die Wiederholung der anderen. Wir können nicht das, was wir in einer friedlichen Situation über unseren Kampf gegen den Krieg gesagt haben, verleugnen und uns von unserer Verpflichtung drücken. Im zweiten Teil der Seine-Resolution, konstatieren wir aber, daß die beste Arbeit gegen den Krieg in einer einheitlichen Aktion der verschiedenen nationalen Sektionen besteht. Wir wollen der Internationale nicht eine separate Resolution vorlegen, sondern mit ihr das Maximum der Aktion zur Verhinderung des Krieges suchen. Wir können der Internationale gegenüber nicht entgegenkommender sein, ohne die von unseren nationalen Parteitagen kundgegebenen Auffassungen zu verleugnen.“

Lebus (Nordföderation): Ich hätte geglaubt, man würde uns auf diesem Kongress eine Resolution der Einmütigkeit vorlegen. Wir haben hier nicht eine doktrinaire, sondern eine unmittelbar die Aktion bewirkende Resolution zu finden. Jeder Antrag, der Frankreich von der Gesamtheit der Internationale trennen könnte, muß unheimlich verworfen werden. Die Seine-Resolution hat diese Beschaffenheit. Sie wird bewirken, daß die ganze Debatte um die Formel „Generalstreik und Insurrektion“ dreht sich. Darum ist sie unannehmbar. Selbst, wenn sie hier einstimmig angenommen werden würde, in welcher Situation würden wir uns in Basel befinden? Kann eine solche Formel von den Vertretern Deutschlands und Englands angenommen werden? (Saillant ruft: Ich schlage sie nicht vor!) Ja, welchen Wert hat sie dann? Betrachten Sie doch die Äußerungen der Internationale. Im September vorigen Jahres hat der skandinavische Kongress die Formel Keir-Hardie-Saillant mit großer Mehrheit verworfen. In Basel wird sie wieder verworfen werden. Saillant: Sie kommt erst 1914 zur Verhandlung! Ich glaube, tatsächlich kommt sie schon vor dem Wiener Kongress dazu. Es ist auch keine Täuschung darüber möglich, daß das deutsche Proletariat diese Formel verwirft. Medner verweist auf die Jenaer Resolution, die von allen in möglichen Mitteln spricht. Es handelt sich vor allem darum, gegenüber den herrschenden Klassen die Einmütigkeit des Proletariats zu finden — die Einmütigkeit stellt den ganzen Wert der Resolution dar. Aber Deutschland, die wichtigste Sektion, wird Ihre Formel verworfen, ebenso Österreich. In der Resolution des letzten Wiener Parteitages steht nichts von Insurrektion. Und Italien? Die italienischen Genossen sind auf die Probe gestellt worden und haben zu ihrem Leidwesen festgestellt, daß in einem Teil des Proletariats nicht etwa Patriotismus, sondern Chauvinismus zutage trat. Wo werden Sie also Zustimmung finden außer bei uns — und ist sie selbst bei uns sicher? Ich zweifle, daß hier in dieser verantwortungsvollen Stunde eine Mehrheit für diese Formel zu finden ist. Sogar die Verwaltungskommission der Partei, deren Mehrheit aus Anhängern der Formel besteht, hat sie in das von ihr verfaßte, ausgezeichnete Manifest nicht aufgenommen. Die Genossen der Kommission haben gesagt, was uns eint — warum tun wir hier nicht dasselbe? Aus Eigenliebe will man die in Stuttgart und Kopenhagen verworfene Formel aufrechterhalten. Man sagt, daß man die Resolution der Internationale nicht aufzwingen wolle, aber beweisen Sie diesen Geist der Einigkeit schon hier! Öffnen Sie hier schon, was in Basel zu offen Sie entschlossen sind. (Beifall.)

De Lorb: In Basel handelt es sich nicht darum, Wünsche auszusprechen, sondern die Aktionsmittel zu prüfen. Wenn wir die Formel der Seine aufrechterhalten, schlagen wir eine Aktion vor,

zu der wir nicht imstande sind — wir, die am wenigsten organisierte Sektion der Internationale. Wir werden alles, was möglich ist, gegen den Krieg tun, aber zur Insurrektion sind wir nicht fähig — sonst könnten wir sie auch machen, wenn kein Krieg ist. (Lauter Widerspruch.)

Tenouveau (Seine) meint, wenn Generalstreiks für vergleichsweise geringere Gegenstände möglich seien, so mühten sie auch um des Friedens willen möglich sein. Daron ruft den Guedditen zu: „Was verstehen Sie unter „allen möglichen Mitteln?“ Delors repliziert: „Sagen Sie mir, wie die Organisation im Augenblick der Kriegserklärung beschaffen sein wird!“ Ein anderer Gueddist ruft: „Werden Sie in Ihrem Departement den Generalstreik machen können?“

Hervé verliest im Namen der Föderation der Seine eine Resolution, die, wie er sagt, die Resolution von Nancy präzisiert und ergänzt, und die, wie er sagt, den Vorzug hat, nicht doktrinar zu sein. Sie beauftragt vor allem die Faktion, im Parlament einen Gesetzentwurf über obligatorische Schiedsgerichte in allen internationalen Fragen — auch solchen der „nationalen Ehre“ — einzubringen und in diesen Entwurf die Bestimmung einzufügen, daß Bündnisse nur mit Regierungen geschlossen werden dürfen, die sich auf Schiedsgerichte verpflichten. Weiter setzt Hervé auseinander, daß eine Generalstreikbewegung nur vor der Mobilisation möglich sei und stimmt Debells Argument gegen den Generalstreik nach der Mobilisation zu. Endlich beantragt er die Wahl einer fünfgliedrigen geheimen Kommission zur Vorbereitung von Dingen, über die man öffentlich nicht sprechen könne. Dieser Vorschlag ruft Gelächter und ironische Zwischenrufe hervor. Hervé führt zu diesen Anträgen aus: Ich habe nie geglaubt, daß die Insurrektion leicht sei. Ich glaube immer, daß sie am Ende des Krieges leichter sei als am Anfang, nach einer Niederlage leichter als nach einem Siege. Aber ich meine, daß es immer noch besser ist, eine Insurrektion zu versuchen, als 200 000 unserer Brüder töten zu lassen. Ich glaube nicht, daß der Krieg kommt, ich glaube auch nicht, daß er ein unermessliches Produkt der kapitalistischen Gegensätze ist, ich meine vielmehr, daß diese einen friedlichen Ausgleich finden können. Was mir die größte Gefahr scheint ist die Tatsache, daß das Nationalitätenproblem geschichtlich noch nicht ganz gelöst ist. In ganz Europa sind nationale Schwären, die noch nicht gelöst sind, zum Beispiel die polnische Frage. — Wir müssen unsere organisierten Genossen in den Gewerkschaften, in der U. S. Z. den Weg weisen. (Zwischenrufe: Wir brauchen Ihre Ratsschläge und Begeweise nicht!) Eine Insurrektion kann nicht öffentlich vorbereitet werden. Deshalb beantrage ich geheime Wahl der Kommission. (Heiterkeit.) Wir dürfen von unseren Freunden in der Internationale nichts verlangen, was ihnen unmöglich ist, aber wir können unsere persönliche Note geben. Saillants Resolution ist nicht präzise genug. (Beifälliger Beifall.)

Schluss der Vormittags-sitzung.

Nachmittags-sitzung

Die Diskussion wird fortgesetzt. Das Wort ergreift Saillant: Lieber den Generalstreik haben wir hier nicht theoretisch zu sprechen. Die Tatsachen sind da: In Frankreich und England haben wir Transport- und Bergarbeiter in den Generalstreik treten sehen für wirtschaftliche Forderungen, in Belgien bereitet sich jetzt der Generalstreik für das gleiche Wohlrecht vor und für einen so gewaltigen Gegenstand wie den Frieden sollte es unmöglich sein? Man hat den Sinn der Seine-Resolution verkannt. (Medner verliest sie.) Wir wollen die Aktion gegen den Krieg bis zu ihrem Maximum treiben. Die Kongressbeschlüsse von Limoges und Nancy zitiieren wir, weil sie die aufzählende Ausführung der internationalen Beschlüsse sind. Wir beauftragen unsere Delegierten in Basel, eine Formel zu finden, die allen Sektionen vorgelegt werden kann und eine gegenseitige, gemeinsame Aktion gegen den Krieg ergibt. Vielleicht werden wir hier nicht einig, aber wir sind alle entschlossen, in Basel zu einem einstimmigen Beschluß zu kommen. Wir sind uns bewußt, daß das an sich schwächere Mittel, wenn wir einig sind, mehr wirkt, als das härtere, wofür wir uneinig sind. — Gegen Hervé bemerkt Medner: Für die Präzisierung der Mittel ist jetzt nicht der Augenblick, für vertrauliche Beschlüsse der Kongress nicht der richtige Ort.

Compère-Morel gibt seiner Enttäuschung Ausdruck, daß die Seine-Föderation den einstimmigen Beschluß der französischen Sektion erzwungen hat. Wenn Saillant der Einmütigkeit in Basel Opfer bringen will, warum nicht schon hier? Man spricht immer von der revolutionären französischen Tradition, wir sind aber nicht mehr in der heroischen Periode, wie sie hier in Hervés Vorschlag wieder aufgelaucht ist. Unsere Tradition in allen Ehren — aber in bezug auf die Organisation sind wir nicht auf der Höhe. Unsere ausländischen Genossen sagen: „alle Mittel“, ohne wie Saillant zu spezifizieren. Wenn wir uns auf unsere Formel verpflichten, so arbeiten wir gerade den Gegnern in die Hände, die eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Genossen des Auslandes und uns auspielen wollen. Ich glaube nicht, daß eine Insurrektion vor dem Kriege möglich ist — während des Krie-

Kleines feuilleton.

Kunsthandel und Kunstorganisation. Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben:

„Die Leiter des „Vorwärts“ werden mit Bestreben von einem Vorgang Kenntnis erhalten haben, der in der Entwicklung der Kunst ohne Beispiel dasteht. Eine größere Anzahl von Künstlern der hiesigen Sezession, beileibe nicht alle von Bedeutung, hat beschlossen, dem Kunsthändler Paul Cassirer das Präsidium ihrer Vereinigung anzutragen. Welche Einflüsse, die sich der Öffentlichkeit entziehen, müssen am Werke gewesen sein, ehe es hierzu kam.“

Herr Cassirer trieb sicher kein geringer Ehrgeiz, sich auf den Stuhl niederzulassen, den Meister wie Liebermann und Corinth dort eingenommen haben.

Man weiß, daß Herr Cassirer die geschäftlichen Angelegenheiten bereits seit Gründung der Sezession in den Händen gehalten und nie abgegeben hat. Ein sekundärer Niedergang der Sezession würde ihm zur Last fallen. Seine Wähler behaupten allerdings, er wäre der einzige Mann, sie zu sanieren.

Man weiß ferner, daß er schon bis heute einen Einfluß auf die künstlerische Leitung ausgeübt hat, mehr als der Sezession dienlich gewesen war. Er hat durch Geldentziehung seiner persönlichen wie seiner geschäftlichen Beziehungen zu einem Teil der Künstlerchaft die Zusammenfassung des Vorstandes stark beeinflusst. — Nun will Herr C. nicht mehr bloß Präsidentenmacher, sondern selber Präsident sein!

Werkwürdig: wir haben im Laufe der Entwicklung der Sezession Bewegungen gegen Herrn C. entstehen sehen. Sie endeten regelmäßig damit, daß die oppositionellen Elemente aus der Vereinigung gedrängt oder durch andere Mittel entwaffnet wurden. Wie wird es diesmal werden? Wird der Händler fliehen oder wird sich die Kunst gegenüber dem Kapital einen Rest von Unabhängigkeit bewahren können?

Die Sezession als Hort der Kunst, die sich gegen offizielle staatliche Bevormundung gewehrt hat, mühte unzureichende Sympathien zu erlangen. War das nicht Phantasie, wenn man hört, daß diese unabhängige Künstlergruppe nicht Besseres zu tun weiß, als sich in die gefährliche Unabhängigkeit, die vom Kapitalismus zu geben? Dafür hat man in der deutschen Sprache das Wort „Geschäft“, „Unternehmung“ oder wie immer, und die Künstler würden damit zu Lohnslaven.

Und die Gründer und Epochen der Sezession? Unmöglich kann ihnen die Tragweite der unumgänglichen Beschlüsse verborgen sein. Auf sie fällt die Verantwortung.“

Diese Zuschrift eines Künstlers beleuchtet eine Phase der modernen Kunstentwicklung, die momentan in der Berliner Sezession akut wird: die Beherrschung oder Kontrollierung der Kunst durch das Kapital. Die Umwandlungen, die das Kapital auf dem Gebiete der Industrie und des Handels vollzogen hat, sind vor aller Augen. Weniger hat die Öffentlichkeit erfahren von dem gleichen Prozesse, der sich in den angeblich idealen Kreisen der Kunst und Literatur entwickelt hat und weiter entwickelt. Das Theater amerikanisiert sich immer stärker bei uns, es kommt immer mehr in die Hände von Finanzmächten, oder wird direkt von Bühnenverlegern vertrieben. Der Bühnenschriftstellerverband ist eben erst von den Filmfabrikanten in Reich und Vogen in Amt und Pflichten genommen worden. Wie die Literatur immer mehr vom Kapital abhängig wird, hat Genosse Sperber hier des öfteren bezeugt.

Daß die bildende Kunst von den Mächten des Kunsthandels dirigiert wird, ist freilich dem Eingeweihten auch lange kein Geheimnis mehr. Das Kunstkapital macht heute die Kunstgeschichte. Die beweglichen Klagen deutscher Künstler über die Bevorzugung des Auslandes, die in den letzten Jahren an analoge frühere Erscheinungen auf gewerblichem Gebiet erinnerten, richteten sich natürlich gegen den internationalen Kunsthandel, der die qualitativ allerdings hochstehende französische Ware zu seinem bevorzugten Spekulationsobjekt erkoren hat.

Die Fabel vom freien Wettbewerb ist in der Kunst eine Fabel geworden. Das Kunstkapital schafft heute die Werte. (Welcher Hohn!) Die Künstler, die es kapitalisiert, auskauft, ausbeutet, werden gemeldet und — die andern hungern. Daß dem Schaffen, das das freieste sein sollte, vom Kapital Ketten angelegt werden, die durchaus nicht immer goldene sind, ist kein Schicksal im kapitalistischen Betriebe. Vielleicht kann die genossenschaftliche Organisation den Prozeß verlangsamen oder mildern. Die führenden Leute der Sezession scheinen so weit nicht zu denken — oder kapitulieren, da sie selber dabei nichts zu verlieren hoffen.

Die Verjon des Herrn Cassirer kommt bei all dem für uns nicht in Frage. Ob er diesen Künstlern genehm ist und jenen nicht, ob seine Verdienste um die Sezession und die moderne Kunst größer ist als der an ihr, bleibt hier außer Spiel. Uns interessiert die Tendenz der Kunstkapitalisierung, die in dem Sezessionskonflikt zutage tritt und hoffentlich manden Künstler veranlassen wird, über gesellschaftliche Fragen nachzudenken.

Der Bildhauer Max Kruse, der früher Vorstandsmittglied der Sezession war, hat seinen Austritt aus der Sezession erklärt, weil er in dem jüngsten Plan eine Ankererklärung erblickte, die das schon untergrabene Ansehen der Sezession völlig vernichte.

Vom Luftkrieg vor Adrianopel. Zum erstenmal trifft jetzt ein genursfreier Bericht vom Balkankriege ein, der sich speziell mit den Leistungen und den Plänen der Flieger vor Adrianopel beschäftigt. Der englische Kriegskorrespondent Percival Phillips weist darauf hin, daß bereits in nächster Zeit Bombenangriffe durch Flieger bei der Fortführung der Belagerung ihre Rolle spielen dürften. Wenn auch diese Einschüchterungsmittel fruchtlos vorübergehen, wird den Belagerern nichts anderes übrig bleiben, als ein Sturm mit dem Bajonett, da die Belagerungsartillerie nicht ausreicht, um dem Feinde wirklich Schaden zuzufügen. Ähnliche Ausflügeln sind überhaupt nicht zu erhalten, die Behörden bestreiten eine Meldung. Besonders geheimnisvoll ist man in bezug auf die Verwendung von Flugzeugen, obgleich man zur Zeit meiner Abfahrt in den bulgarischen Linien vor Adrianopel ganz offen diese Frage erörterte. Die letzten Versuche mit Flugzeugen waren so erfolgreich, daß in der vergangenen Woche trotz aller Gerüchte von einem Waffenstillstand die bulgarische Heeresleitung eifrig bemüht war, eine große Flugzeugesflotte zusammenzubringen. Auf meiner Reise von der Front nach Philippopol, die ich in einem Zug mit Verwandten zurücklegte, begegnete ich einer besonderen Fliegerkolonne, die der Grenze zueilte. Ich sah fünf Militärflugzeuge, Eindecker und Zweidecker, die in offenen Güterwagen verladen waren und von Posten bewacht wurden, während in den hinteren Wagen sieben neu engagierte russische Flieger folgten. Und eine ganze Reihe von Flugzeugen ist bereits in Mustapha Pascha stationiert, wo gleichzeitig wohl ein Duzend erfahrener Flieger aller Nationalitäten weilen. Die Teilnahme der Flieger an der Belagerung Adrianopels ist von einer Anzahl von Unglücksfällen begleitet gewesen, über die wir nicht telegraphieren durften. Trotzdem haben verschiedene Piloten außerordentlich wertvolle Dienste geleistet. Von einem tödlichen Unglück kann ich bestimmt berichten. Während eines heftigen Bombardements flog ein Pilot zu tief hinab und wurde eine Zielscheibe für Infanteriefeuer. Es wurde auch eingeräumt, daß ein anderes Flugzeug von acht Schüssen getroffen worden ist. Der gefallene Flieger wurde mit militärischen Ehren in Mustapha Pascha beigesetzt.“

Phillips berichtet dann von den Versuchen der bulgarischen Heeresleitung, die Bevölkerung von Adrianopel durch Zettel und Drohungen gegen die Türken aufzuwecken. „Die Versuche des Stabes, mit den Bewohnern Adrianopels in Verbindung zu treten, unter Vernichtung von Flugzeugen, sind im Lager bekannt, aber trotz mehrmaligen Erforderns wurde es mir streng verboten, darüber zu berichten. Man hatte erfahren, daß die türkischen Beamten die Bevölkerung durch falsche Siegesnachrichten ermutigten. Man gab man einem Sergeanten, der türkisch sprach, eine kurze Schilderung

ged ja. Wenn die ganze Internationale irre, dürfen wir mit ihr irren — aber allein nicht. Wenn die Regierungen die Arbeiter hart wissen, so zögern sie, den Krieg heraufzubeschwören. Das hat zum Beispiel Bälou eingestanden. Kollektive und zentralistische Organisationsarbeit ist das wirksamste Mittel gegen die Kriegspolitik der Regierungen. Der Generalkrieg? Denken Sie an den Marokkorkrieg! Er hat 500 Millionen verschlungen, 100 000 Mann hat man nach Afrika geschickt — und nicht nur freiwillige. Ist da aber von Generalkrieg die Rede gewesen? Wenn Sie gegen einen Kolonialkrieg nicht ein wenig Aktion bewirken können, wie wollen Sie da den Generalkrieg machen? (Beifall.) Verlassen wir uns nicht auf Worten! Sie wollen auf das Volk wirken, indem sie ihm die Schrecken des Schlosstfeldes zeigen. Aber glauben Sie, es durch die sichere Aussicht auf den Tod durchs Standrecht zu gewinnen? (Beifall und Lärm.) In der Seine-Resolution spricht man von der Aktion vor dem Krieg, aber nicht von der während des Krieges. Ich glaube, das ist möglich ist, während des Krieges die soziale Revolution zu machen. Das wird in der Stuttgarter Resolution ausgesprochen. Wenn wir die Einstimmigkeit erhalten wollen, sagen wir nichts, was einen Teil des französischen Proletariats verletzt. Ich glaube nicht, daß die Beschlüsse der Internationale die Sektionen hindern können, ihre eigenen Lösungen zu suchen. Aber ich bin gegen alles, was unsere Propaganda schädigen kann — und damit bleibe ich in der revolutionären Tradition. Sie wollen von Ihrem früheren Beschluß nicht abgehen, aber muten Sie auch uns nicht zu, uns zu widersprechen. (Beifall.)

Zurück: Niemand wünscht mehr als ich die Einstimmigkeit, aber diese hat die volle Klarheit der Diskussion zur Voraussetzung. Nach den Ausführungen mancher Genossen könnte man glauben, daß wir die Beschlüsse von Limoges und Nancy zu revidieren hätten. Aber wir haben weder von der Mehrheit noch von der Minderheit zu verlangen, daß sie sich desabonniert. Es wäre gegen die Würde der Partei, in Sturmzeiten lächerliche Formeln, die sie in Friedenszeiten verkündet hat, zurückzunehmen. Aber es handelt sich nicht um automatische Mittel zur Verhinderung des Krieges. Alle früheren Resolutionen sind aus den Ereignissen selbst geboren worden. Wenn bisher die Revolution aus dem endenden Krieg, aus der Niederlage hervorgegangen ist, so ist noch nicht bewiesen, daß angesichts des gräßlichen Schauspiels des Orients revolutionäre Bewegungen nicht schon vor dem Kriegsausbruch emporschlagen. Die Stuttgarter Resolution gibt schon einigen von Ihnen kritisierten Einschätzungen Raum, indem sie auf die Massenbewegungen hinweist. Niemand hat die europäische Lage so wie jetzt eine vielfache Aktion geboten und ermöglicht. Im Parlament müssen wir vor allem kraftvoll verkünden, daß Verträge, die von der Nation nicht bekräftigt worden sind, null und nichtig sind. Compère-Morel's Hinweis auf die Marokko-Expedition ist nicht stichhaltig. Man kann den schrecklichen Wirbelsturm eines europäischen Krieges mit einem Stollenkrieg, der ein paar Tausend junger Leute wegführt, nicht vergleichen. (Compère-Morel ruft: Sie vergessen die chauvinistische Stimmung, die die kapitalistische Presse erzeugt!) Wir sind doch gerade dazu hier, die Macht dieser Strömungen zu brechen. Wenn wir schon im voraus sagen, daß wir uns vor dem Sturm beugen ... (Starker Beifall. Compère-Morel ruft: Das sagen wir nicht!) Ich übertreibe nicht unsere Macht, aber wir stehen nicht allein. Der Kapitalismus birgt zugleich den Frieden wie den Krieg in sich. Und wenn in ihm einander widersprechende Kräfte vorhanden sind, so sind wir eins — eine allgemeine, in derselben Richtung wirkende Kraft. So müssen wir ohne Großsprecheri doch optimistisch sein. Dies ist die Voraussetzung jeder Aktion. Unsere Gegner aber sind tief gespalten. Rußland fürchtet seine Arbeiter und seine Polen. Österreich seine 24 Millionen Slaven. Unsere ausländischen Genossen sind vorichtig, aber sie haben das Bewußtsein in ihrer Kraft. Vor ein paar Tagen hat die deutsche Parteipresse ausgesprochen, daß der Balkankrieg dem Proletariat beweise, daß ein Krieg ihm mehr Blut kosten würde als die soziale Revolution. Und Genosse Dr. Adler hat in Wien auf die Lehren der Vergangenheit hingewiesen, die Revolutionen als Folgen von Kriegen zeigen. Wir haben kein Datum für die Revolution festzusetzen, aber den Regierungen zu erklären, daß sie an einem oder dem anderen Tag, in der einen oder anderen Form, aber möglichst bald, damit zu rechnen haben, daß das Proletariat unüberwindlich seinen Willen, mit dem blutigen Grauel des Krieges ein Ende zu machen, geltend machen wird. (Starker Beifall.)

Brade: Es handelt sich nicht darum, ob und wann eine Insurrektion oder ein Generalkrieg möglich ist. Dabei läßt sich nichts berechnen. Sondern wir hoffen und nur darüber klar zu werden, welches das Maximum der Kraftleistung ist, das das Proletariat heute gegen den Krieg aufbringen kann. Lassen wir die Diskussion über die Wirksamkeit dieses oder jenes Mittels und suchen wir einen Beschluß, aus dem alles, was uns brennen könnte, entfernt ist. Die Stuttgarter Resolution ist gegen die von Limoges und Nancy angenommen worden. (Zurück: Das ist nicht richtig. Meine Resolution hat in Stuttgart in der Kommission als Basis gedient. Lesen Sie die Stuttgarter Resolution noch und Sie werden finden, wie weit man dort Rücksicht auf die Beschlüsse der französischen Sektion genommen hat.) Aber Sie haben doch die Einstimmigkeit erstrebt. Ich habe nicht erwartet, daß hier der Kampf um die Seine-Resolution gehen wird.

Der wirklichen Situation. Der Mann arbeitete die ganze Nacht hindurch an der Uebersetzung und dem Druck von Tausenden von kleinen Wogen, mit denen dann die Flieger ausstiegen und die sie früh am Morgen über der Stadt niedersinken ließen. Die Entfernung und die Stärke des Windes wurde dabei wohl unterschätzt, denn es scheint, daß der größte Teil dieser Zettel außerhalb der Stadt auf freier Ebene niedersiel.

Der englische Korrespondent weist dann darauf hin, daß die auf bulgarischer Seite fortwährend ausgestreuten Gerüchte von dem unmittelbar bevorstehenden Fall Adrianopels mit der Sprache der Tatsachen nicht übereinstimmen. Die Belagerungsarmee hat zu wenig schweres Geschütz und zu wenig Infanterie, um einen erfolgreichen Angriff ohne furchtbare Verluste zu wagen.

Theater.

Theater am Rollendorfsplatz: Nismet, ein Traum aus Lausend und einer Nacht. Der wirksam zubereitete Text zu diesem Aufführungstext stammt von einem sonst unbekanntem Engländer E. Knoblauch her. Nismet — mit diesem Wort wird die blinde Ergebung der Anhänger des Islam in das Schicksal bezeichnet — stellt den Traum eines jener Vetter „aus Religion“ (1) dar, wie sie sich schamlos vor den Moscheen herumlungern. „Nismet“ — so heißt er — wurde einst von einem Räuber sein Knabe ermordet und sein Weib gestohlen. Das konnte er nie verschmerzen. Aus zweiter Ehe ist ihm dann ein wunderschön schönes Mädchen „Marinab“ erblüht. Natürlich hängt der Alte an seiner Tochter; ihr möchte er den goldenen Teppich des Glücks unter die Füße breiten. Zufällig trifft es sich nun, daß der Kaiser heiratet. Alles dies verdrängt sich in der Phantasie Nismet's zu einem ebenso lieblichen wie furchtbaren Traum, in dem aller Magedurft gegen den Scheik Dschaman, als den vermullichen Urheber seiner Leiden, aber auch alle Liebe des Vaters für seine Tochter offenbar wird. Wunderlam verwehnen sich Phantasie und Wirklichkeit in dem an Abenteuer reichen Traum, der voller scheinbarer Widersprüche seinen eigenen Gesetzen folgt. Am Schluß sehen wir Nismet wieder als Vetter auf seinem Stein sitzen — er hat eben nur geträumt. ... In diesen Traum bildern hat der junge böhmische Opernkomponist Josef Gustav Raczek die Musik geschrieben. Sie fällt auf durch ihre originale Färbung; das Kolort spricht orientalisches an. Es wird noch gehoben durch die Bevorzugung orientalischer Holz- und Saiteninstrumente. Die Instrumentierung erinnert allerdings zuweilen an Wagner'sche Klangmischungen. Indessen, wie im Text immer das tragische Element als Farce endet, so wirkt auch bei dieser Musik das Abgerissene, Fragmentarische höchst charakteristisch. — Die Regie ihrerseits sorgte, indem sie der Traumwelt einig nachging, für Entfaltung einer Bildlichkeit, die möglichst den ganzen bunten Märchenzauber unter Kopierung des orientalischen Lebens und Treibens auszusprechen und vorzutäuschen befreit war. Wunderwolle Dekorationen steigern den Schein. Der Kothwadohu

Die Rednerliste ist erschöpft. Es wird eine 18gliedrige Kommission gewählt, die in zweistündiger Beratung einen Text ausarbeitet.

Die von der Kommission einstimmig angenommene Resolution begrüßt in ihrer Einleitung die kraftvolle Kundgebung der französischen Proletarier gegen den Krieg und hebt die Notwendigkeit dieses Kampfes hervor. Niemals hat es einen Krieg gegeben, der so ungeheuerlich, antinational und antihuman gewesen wäre: Weder die Arbeiter noch die Demokraten Frankreichs werden dulden, daß unser Land durch Geheimverträge, deren Klauseln die Demokratie nicht kennt, in den furchtbarsten Konflikt hineingeschleudert werde. Um der Zivilisation dieses schrecklichste Unheil zu ersparen, werden die französischen Proletarier mit aller Macht gegen jeden Versuch eines Krieges kämpfen. Sie werden, um ihn zu verhindern, alle gesetzlichen Mittel zur Anwendung bringen. Im Parlament werden sie Klarheit über die Geheimverträge zu erlangen trachten, auf die allgemeine Anwendung der Schiedsgerichte dringen, die Beschränkung der Diplomatie kennzeichnen. Im Lande werden sie die Versammlungen und Massenkundgebungen vervielfachen, um die Bürger aufzurütteln und sie vor der Täuschung zu schützen. Und wenn trotz ihrer Bemühungen schamlose Minoritäten den Konflikt entzünden, wenn Frankreich durch die Umtriebe der Geheimdiplomatie in den Krieg hineingeschleudert wird, werden die Arbeiter und Sozialisten Frankreichs das Recht haben, laut, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit, zu verkünden, daß für die Völker, die man in einen Kampf zu treiben versucht, niemals die Anwendung revolutionärer Mittel, des Generalkriegs und der Insurrektion zur Verhütung und Einhellung des Konflikts und zur Entziehung der Macht aus den Händen der herrschenden Klassen, die den Krieg entzünden, besser gerechtfertigt wäre.

Der Kongreß steht die beste Friedensbürgschaft darin, daß alle Regierungen wissen, daß sie das Unheil eines allgemeinen Konflikts nicht ohne Gefahr für sich selbst heraufbeschwören können. Er hofft, daß die gemeinsame Propaganda und Aktion der Proletarier aller Länder das Ausbrechen des allgemeinen Krieges, der die Welt periodisch bedroht, verhüten wird. Er beauftragt seine Delegierten zu dem Basler Kongreß, in vollem Einvernehmen mit der Internationale und durch einen einstimmigen Beschluß überall die Propaganda und die Aktion gegen den Krieg zu verstärken.

Nach einer schwungvollen Ansprache Zaurès' wird diese Resolution einstimmig angenommen und der Kongreß mit Hochrufen auf die Internationale und mit dem Ruf: Nieder mit dem Krieg! geschlossen.

Parlamentarisches.

Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen von Lehrern.

Mit der Frage der Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Lehrern bei Ausübung der öffentlichen Gewalt hat sich die verstärkte Justizkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt. Bekanntlich ist am 1. August 1909 ein Gesetz in Kraft getreten, das für Amtspflichtverletzungen von Beamten den Staat und andere Verbände haftbar macht, sich dagegen nicht auf die Lehrer bezieht. Infolgedessen besteht über das geltende Recht keine Klarheit. Best steht nur, daß Lehrpersonen an Privatschulen nur persönlich haften, daß dagegen Lehrpersonen an staatlichen Anstalten jeder Art als unmittelbare Staatsbeamte gelten, für die der Staat haftet. Für die Lehrpersonen an den öffentlichen Volksschulen haftet im Gebiete des rheinischen Rechts der Staat, im übrigen haften sie nach wie vor selber. Vollends zweifelhaft ist die Rechtslage in bezug auf die Lehrpersonen an allen kommunalen Unterrichtsanstalten, die nicht der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen. Um diesen unbefriedigenden Rechtszustand zu beseitigen, hatten die Freiservativen die Ausdehnung des Amtspflichtgesetzes auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes sowie auf Lehrpersonen der Schulpflichtigen und der sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbänden und Stiftungen des öffentlichen Rechts beantragt.

In der Justizkommission erhoben die Vertreter der Regierung lebhaften Bedenken gegen den Antrag. Der Vertreter des Unterrichtsministers wandte sich grundsätzlich dagegen, eine prinzipielle Haftung des Staates für die Amtspflichtverletzungen der Lehrer festzusetzen, weil nach den Grundzügen der Verfassung und des Schulunterhaltungsgesetzes die Gemeinden in erster Linie verpflichtet seien, die gesamten Volksschulunterhaltungskosten zu tragen und der Staat nur ergänzungsweise mit Zuschüssen einzutreten habe. Hinsichtlich der Vertreter des Justizministers, der hinzufügte, daß die finanzielle Tragweite der Haftung nicht sehr erheblich sei und die Regierung niemals zu ihrer Haftung bestimmt habe. Wohlgehabend sei vielmehr lediglich das grundsätzliche Bedenken gewesen, daß hier für die Behandlung der Volksschulunterhaltungsfrage ein Präjudiz geschaffen werde, das für die Zukunft einmal von Erheblichkeit werden könne. Trotz dieser Bedenken der Regierungsvertreter hat die Kommission den Antrag einstimmig angenommen. Es

des jauchzenden, feilschenden, auch miteinander streitenden Gefindes kommt der Wirklichkeit ziemlich nah. Javanische und siamesische Tänzerinnen treten auf. Aber die gliederverrenkenden Produktionen der indischen Schlangen tänzerin Toriola Valencia bezeichnen doch den Gipfel aller Leistungen. Unter den tüchtig geschulten Darstellungen ragen Emil Lind als Hadshi sowie Ellen Richter als Marjinah, Karl Machob und Karl Pjann hervor. Man wird sich ja erst hineinleben müssen in diese orientalische Traumwelt; aber dann, glauben wir, dürfte „Nismet“ Zugkraft ausüben.

Notizen.

Der Bildhauer Otto Lessing ist in Grunewald am Freitag gestorben. Sein bekanntestes Werk ist das Lessingdenkmal in Berlin.

Kunstkonzil. Jan Gauguin, der Sohn von Paul Gauguin, wird Bronzen und Gravuren in einer Sturm-Ausstellung, die Montag 12 Uhr eröffnet wird (Königin-Augustastr. 51), zeigen. Gleichzeitig werden Gemälde kollektiv von Ariur Segal und Egon Adler ausgestellt.

Vorträge im Institut für Meereskunde (Georgenstraße 34-36): Montag, Dr. A. Werg: Die Wärmeverteilung in den Ozeanen; Dienstag, Dr. Th. Krumbach: Das Tier und die Welle; Freitag, Dr. A. Wieding: Von Singapur bis Hokkaido.

Robert Blum's Grabstein. Das Grab Robert Blum's, das seit dem Jahre 1848 als unauffindbar galt, ist jetzt auf dem allgemeinen Währinger Friedhofe festgestellt und mit einem Denkstein bezeichnet worden. Der Grabstein trägt folgende Inschrift:

Robert Blum,
erschossen am 9. November 1848
und hier beerdigt.
Seine letzten Worte:

„Ich sterbe für die Freiheit, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!“

Die größten Geschäftsstraßen der Welt. Eine Statistik über die größten Geschäftsstraßen der Welt enthält das neue Jahrbuch der „Daily Mail“ in London. Danach ist die Straße vor der Bank von England in der City von London mit 500 000 Passanten und 50 000 Fußwerkern aller Art wohl die belebteste Straße der Welt. Danach folgt der Opernplatz in Paris mit etwa 450 000 Passanten und 63 000 Fußwerkern, während die Friedrichstraße in Berlin am Tage ungefähr 300 000 Fußgänger zählt und der Graben in Wien nahezu dieselbe Zahl erreicht. Der Broadway in New York hat zwar weniger als 500 000 Fußgänger täglich aufzuweisen, dafür fahren aber mehr als 700 000 Menschen alle vierundzwanzig Stunden über diese Straße in Rotorombussen und Straßenbahnen.

lind sich bei der Beratung im Plenum herausstellen, ob die Regierung auf ihrer grundsätzlichen Haltung beharrt oder ob sie sich dem Beschlüssen des Hauses, die sich übrigens auch mit früheren Beschlüssen des Herrenhauses decken, fügen wird.

Aus der Partei.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Zum Parteitag der Arbeiterpartei, der Ende Januar in London stattfindet, liegen eine Reihe beachtenswerter Anträge vor. Zur Kriegfrage fordert die Arbeiterinnengliederung die Vorbereitung der Organisationen aller Länder zur Verhinderung der Krieges durch Anwendung des Generalkriegs gegen jeden Staat, der sich nicht schiedsgerichtlicher Entscheidung unterwirft. Die Frauen sollen zur Erziehung der Kinder im Sinne der Erziehung der Kriegesfreude durch Belämpfung der Armut aufgerufen werden. — Auch die unabhängige Arbeiterpartei beantragt, die gesamte oder teilweise Einstellung der Arbeit als Mittel gegen den Krieg zu empfehlen. — In der Wahlrechtsfrage fordern dieselben Organisationen und die Fabier-Gesellschaft, die Forderung solle, falls es nicht gelingt, das Frauenwahlrecht zu sichern, die ganze Reformvorlage abzulehnen. — Weitere Anträge wolle: Verstaatlichung der Bergwerke (Bergarbeiterverband), der Eisenbahnen und Kanäle (Eisenbahnarbeiter), des ärztlichen Dienstes — Ausbau der Arbeiterversicherung durch Einführung der Beitragsfreiheit und der Wahl aller Organe — Erhaltung des Rechts zu streiken — bessere Arbeitsteilung zwischen dem Partei- und dem Gewerkschaftskongreß — Zusammenschluß sämtlicher Gewerkschaften — Konföderation sämtlicher Arbeiterpartei des britischen Reiches zur Feststellung einer Arbeiterpolitik in Reichsangelegenheiten — Verbot der Verbindung eines leitenden Gewerkschaftsmitglieds mit einem Parlamentsmandat — Verbot der Annahme eines Amtes einer bürgerlichen Partei (jedemfalls auch der Regierung) bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei. — An Anregungen und schwerwiegenden Verhandlungsfragen wird es also nicht fehlen.

Gegen den Krieg.

Am Freitag fanden in dem ländlichen Kreise Breslau (Land) Neumarkt 20 Versammlungen statt, in denen gegen Krieg und Kriegesgefahr demonstriert wurde. Die Versammlungen erfreuten sich sämtlich, trotz des schlechten Wetters, eines guten Besuchs. Erstausdrücke hatten sich nicht nur unsere ständigen Versammlungsbesucher, sondern auch Kleinbauern, Gutsarbeiter und Frauen in reichem Maße eingefunden. In allen Versammlungen wurde unter lebhaftem Beifall eine Resolution angenommen, in der sich die Versammelten dagegen verwahren, ihr Blut für die Pläne ehrgeiziger und herrschsüchtiger Oligarchen zu opfern.

Ein sozialdemokratischer Kreisratsverordneter.

In Fürstentum a. Spreewitz ist ein unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung gelungen, bei der Wahl von neun Kreisratsverordneten für den Lebusener Kreis auch unserer Partei eine Vertretung zu sichern. Gewählt wurde in der Stichwahl der Genosse selber mit 15 gegen 14 Stimmen; allerdings auch nur dadurch, daß außerdem 14 weiße Zettel abgegeben wurden.

Gemeindevahlen.

In der Zentrumdomäne Rebiges-Tönnesheide wurden vier sozialdemokratische Stadtverordnete mit erheblicher Mehrheit gewählt.

In Suhl in Thüringen behaupteten bei der Stadtratswahl in der dritten Wählerklasse unsere Genossen ihre drei Siege mit erheblichem Stimmengewinn.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 24 des 4. Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Fortbildungsschulen für junge Arbeiterinnen. Von Luise Bieh. — Die soziale Revolution. Von Gustav Adolph. — Der Kalas und seine Gewinnung (mit Abbildungen). Von Hermann Kraft. — Vom Wägener Krieg. — Der kleine Köhler. Von Paul Böttcher. — Aus der Jugendbewegung (Württemberg, Oberfranken, Ausbildungslauf). — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Warum? Erzählung von Ilse Franke. — Gudrun. Von Otto Koenig. — Wie Horant sang. (Aus Gudrun). — Rembrandt (mit Abbildungen). Von Adolf Bruno. — Mit Blüthen und Bläse im Zauber des Stiefels. Von Jürgen Brand. — Wissenswertes von der Sprache. — Gold. Erzählung von Paul Cupid.

Aus Industrie und Handel.

Der Fiskus als Urheber der Kohlenpreiserhöhung.

Auf der Generalversammlung der Deutsch-Rugenburgischen Bergwerks- und Hütten- u. Altkriegesgesellschaft äußerte sich Hugo Stinnes u. a. über die Ursachen des Rücktritts des preussischen Bergfiskus vom Kohlenyndikat. Aus diesen Mitteilungen geht unzweifelhaft hervor, daß der Bergfiskus von vornherein für eine Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten ist. Bereits im September beziehungsweise Oktober hatte sich das Syndikat mit den Vertretern des Fiskus an der Saar und Ruhr über die Preiserhöhung verständigt. Nur über die Art der Erhöhung bestanden Meinungsverschiedenheiten. Die privaten Fiskus und der bayerische Fiskus sind für eine offene Preiserhöhung, der preussische Bergfiskus dagegen für eine in der versteckter Form durch Rabattverlängerung gewesen. Schon bei dieser Gelegenheit ist gerade der Fiskus für eine Verteuerung von Hausbrandkohle eingetreten, gegen den anfänglichen Widerspruch von anderen Interessenten. Erst nachdem ein Einverständnis zwischen Syndikat und Fiskus erzielt war, hat der Minister seine Zustimmung zu den Preiserhöhungen für Hausbrandkohle verweigert und das Abkommen mit dem Syndikat gelöst. Tatsächlich hat auch der Fiskus eine starke Preiserhöhung durch Rabattermäßigung vorgenommen. Stinnes äußerte in diesem Zusammenhang, daß er zwar den von einigen Ruhrzechen vertretenen Standpunkt verstehen könne, überhaupt keine Preiserhöhungen vorzunehmen, die Populartät aber in erster Linie aus fremden Taschen bezahlen zu lassen, sei auch für den Bergfiskus unschön.

Der Handelsminister bestätigt diese Darstellung im allgemeinen. Nur schiebt er die Anregung zur Preiserhöhung einem Vertreter der Bergwerksdirektion Saarbrücken zu, der „auf eigene Hand“ gehandelt habe. Nicht Populartätbedürfnis, sondern billige Rücksicht auf das Konsumenteninteresse habe die Haltung des Ministers bestimmt. Da scheint der Minister Herrn Stinnes mißzuverstehen: billige Populartät erstrebte der Minister, als er zwar nicht offiziell, aber in verstedter Form die Preiserhöhungen mitmachte.

Aus der Frauenbewegung.

Die Umbildung des Frauentypus durch die Berufsarbeit. Ueber dieses Thema sprach Wally Bepier im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Das Problem, so fühlte die Referentin aus, gehört zu denen, die anscheinend keinerlei praktische Bedeutung haben. Bei näherer Betrachtung erweist sich dies jedoch als Irrtum. Um eine Umbildung des Frauentypus festzustellen, muß man sich zunächst darüber klar sein, worin der weibliche Geschlechtscharakter eigentlich besteht. Das ist zwar in den äußeren sexuellen Zügen deutlich, nicht aber in den feineren Wesensunterschieden. Die Behauptungen der gelehrten Frauenrechtsgegner aus den ersten Zeiten der Frauenbewegung in diesem Punkt haben sich gegenüber wirklich wissenschaftlichen Untersuchungen als durchaus nicht haltbar erwiesen. Wissenschaftlich haben sich scharf markierte Unterschiede in der Veranlagung des Mannes und der Frau nicht nachweisen lassen. Tatsächlich ist es freilich unbestreitbar, daß Frauen weit geringere Produktivität gezeigt haben, wie daß sie z. B. unter allen zivilisierten Völkern geringere physische Kraft besitzen. Indessen bleibt stets die Grundfrage unentschieden: Wie weit veruht dies auf unabänderlicher sexueller Anlage und wie weit auf jahrelangender lang bestehender Unterdrückung in der gesamten Lebensführung?

Zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte hat sich in dem letzten halben Jahrhundert für Millionen von Frauen die ganze Art dieser Lebensführung gewandelt. Auf Grund wirtschaftlicher Veränderungen sind zum erstenmale Millionen Frauen unter Lebensbedingungen gestellt, die sich denen der Männer stark annähern. Die Frauen sind in die Berufsarbeit hineingezogen worden, die sich vor der von der Waise des weiblichen Geschlechts stets geleisteten Arbeit im engeren und weiteren Haushalt dadurch auszeichnet, daß sie die Frau materiell selbständig macht. Können wir nun gegenwärtig schon irgendwelche Umbildungen des weiblichen Typus insolge dieser Massenberufstätigkeit konstatieren? Die Berufsarbeit hat in der Frau auf Grund gerade auch der wirtschaftlichen Selbständigkeit ein härteres Persönlichkeits- und Unabhängigkeitsgefühl gewirkt; sie hat sie aus einem entlagenden, passiv leidenden Geschöpf zu einem kräftigeren, lebensvolleren, mehr begehrenden, aber auch seiner Arbeits- und Leistungspflicht bewußteren Menschen umgebildet. Sie hat — besonders durch die Schulung in den höher oder hochqualifizierten Berufen — ihre Intelligenz bis zu einer noch vor kurzem ungeahnten Höhe entfaltet, ihre Konzentration und Arbeitsenergie anergogen, durch die weiteren Berufsinteressen wie durch den Umgang mit Genossen und die vielseitigere Anregung im Außenleben ihre geistige Sphäre unendlich verbreitert, in ihr den Blick für allgemeine Fragen erschlossen, sie zum Weltbürgerium gewendet und damit die von jeder verrufenen Eigentümlichkeit der Frau: Unlogik, Kleinlichkeit, Enge, Mangel an Gemeinfinn in den Hintergründ treiben lassen. Schon an der äußeren Erscheinung der Frau ist eine starke Umbildung bemerkbar. Die moderne Berufsfrau hebt sich in Wesen, Kleidung und Auftreten bereits scharf von dem älteren Typus ab.

Welche Wirkungen für die Zukunftsentwicklung müssen wir uns von diesen Umbildungen versprechen? Ein Teil der Soziologen auch in der Partei glaubt bekanntlich, daß die Massenberufstätigkeit der Frauen, besonders der Ehefrauen und Mütter nur eine Folge der traurigen wirtschaftlichen Zustände in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sei und mit der fortschreitenden Hebung der Lebensverhältnisse im Proletariat allmählich wieder zurückgehen werde. Ein anderer Teil neigt zu der entgegengesetzten Ansicht. Aus rein wirtschaftlichen Betrachtungen heraus ist dieses Problem vorläufig nicht zu entscheiden. Dagegen müssen wir annehmen, daß die geschuldeten seelischen und geistigen Veränderungen im weiblichen Typus bei der Entscheidung dieser Frage ebenfalls ausschlaggebend mitwirken werden. In dem neuen Frauentypus sind nun Eigenschaften entwickelt worden, die selbst

wieder eine Neigung zu außerhäuslicher, streng konzentrierter Berufsarbeit wecken dürften. Der einmal erstarkte Selbständigkeitsinn wird sich nicht mehr zurückdämmen lassen; er sucht materielle Unabhängigkeit; die höhere Intelligenz, die erweiterten Interessen wollen sich in der Außenwelt in vielfältiger Betätigung, in energisch konzentrierter Arbeit ausleben. So wird nun die seelische Wandlung, die ursprünglich auf Grund wirtschaftlicher Veränderungen eintrat, selbst wieder zur treibenden Kraft für weitere wirtschaftliche Entwicklungen. Damit ist die Notwendigkeit der Herausbildung neuer Formen des häuslichen Lebens, der Erziehung, der Familienbeziehungen gegeben. Diese weittragenden Wirkungen mögen uns wohl heute als Verfechter des ruhigen Familienglücks erscheinen, doch wandeln sich die Glücksideale der Menschen mit den veränderten Verhältnissen und wir können erwarten, daß auch aus dieser Entwicklung neue reichere Daseinsmöglichkeiten für die Menschen der Zukunft erwachsen werden.

Frauenkonferenz des Bezirks „Nordwest“.

Im Parkhaus in Bremen wurde am Mittwoch eine Frauenkonferenz abgehalten, zu der 58 Delegierte (darunter 21 männliche) sich eingefunden hatten. Genossin Louise Bieh vom Parteivorstand sprach über das Thema: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Tätigkeit?“ Der zweistündige, mit großem Beifall aufgenommene Vortrag zeitigte eine rege Diskussion, in der ebenfalls viele erfolgversprechende Fingerspiele für die Frauenagitatorik gegeben wurden. In Bremen, Harburg, Bremerhaven und Umgebung, Vegesack und auch auf dem Lande sind die Genossinnen eifrig am Werke. Die Organisationen sollen noch mehr wie bisher angehalten werden, Frauenversammlungen, Lesesabende und Fortbildungskurse zu veranstalten. Dann wies noch Genossin Bieh auf den Jugendklub hin, dem mehr wie bisher die Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Auf der nächsten Konferenz soll der Jugendklub als besonderer Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Lesesabende.

Soweit nicht anders angegeben, am Montag.
Erster Kreis. 1. bis 4. Abteilung bei Weichardt, Grünstraße 21; 5. Abteilung bei Rothe, Alsenburger Straße 24; Vortrag des Genossen Läterow: „Etwas über die Wissenschaft“.
Dritter Kreis. 1., 2., 3. Abteilung bei Schramm, Ritterstr. 128; 4., 6., 7. Abteilung bei Baum, Stallhofsstr. 47; 8., 9., 10. Abteilung in der Sprechfontäne, Buxtehuder Straße 16.
Fünfter Kreis. Für die 4. bis 7. Abteilung findet der Lesesabend ständig bei Loh, Norderstr. 7 statt.
Frankfurt-Buchholz. Vortrag bei Clemens, Rosenhafer Straße 16.
Köpenick. Der Lesesabend für November fällt aus. Er findet am 8. Dezember bei Wollner, Bahnhofstr. 1 statt. Vortrag der Genossin Judack.
Friedenau. 8 1/2 Uhr im Lokal von Klawe, Sandjersstr. 60/61, über „Körperpflege speziell der Frauen“. Dr. Grumach.
Lichtenberg. 1. Viertel: bei Heine, Friedrich-Karl-Str. 14. Genossin John über „Vollbildung“. 2. Viertel: bei Schulz, Kronprinzenstr. 47. Vortrag über: „Im Zeichen des Verlehrs“. 3. Viertel: bei Simon, Wilhelmstr. 86. Genossin Gabel „Die sozialistische Erziehung des Kindes“. 4. Viertel: bei Hoffmann, Pöhlendorferstr. 64/65. Vorlesung. 5. Viertel: Genossin Zimmermann über „Das Erfurter Programm“. 6. Viertel: Genossin Richter über dasselbe Thema wie im 5. Viertel.

Niederhähnweide. Dienstag, den 26. November, 8 1/2 Uhr, bei Bengel.
 Pantow. Im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102. Vortrag der Genossin Regina Huben.
 Reinickendorf-West. 8 1/2 Uhr bei Palmann, Eichenweberstr. 55. Referent: Genosse Schütte.
 Tegel, Schillerstr. 30, parterre. Hausarbeitgesetz. Referentin: Genossin Hammer.
 Treptow-Baumhulenkweg, Baumhulenkweg, Ernststraße 22. Genossin Hub über: „Religion, Kirchentum und Sozialdemokratie“. Treptow, Kiehlstr. 22. Genossin Siedel über: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Grünau. Dienstag, den 26., 9 Uhr, im Lokal Köpener Str. 88. Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Siedel-Kentföhn, über das Thema: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“. Freie Aussprache.

Briefkasten der Expedition.

Patenten in Sachl., Buch und anderen Heftlücken. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heftlücke bleiben, wollen uns wegen der Lebensweigerung von Preisermäßigungen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Marktbericht von Berlin am 22. November 1912, nach Ermittlung des Königl. Volksgeldprüfungsamts. Kartoffelpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Wicken 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinh.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,80. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Rale 1,20—3,20. Sauer 1,40—3,60. Röhre 1,40—2,80. Borste 0,80—2,40. Schote 1,90—3,20. Preis 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 3,00—20,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	22.11.	21.11.		22.11.	21.11.
Remel, Müst	294	-10	Saale, Großh.	196	+18
Vregel, Ankerburg	8	-2	Saale, Spandau	70	0
Weichsel, Thorn	250	-22	Ratzenow	67	+7
Oder, Ratibor	214	+7	Spre, Spremberg	—	—
„ Krossen	260	-5	„ Borslow	97	-1
„ Frankfurt	253	+7	„ Witten	377	+39
Warthe, Schrumm	118	+4	„ Witten	443	+21
„ Landsberg	60	+2	„ Witten	412	+6
Rega, Vorhamm	27	+1	„ Raud	240	-0
„ Landsberg	60	-6	„ Raud	308	+10
„ Dresden	-56	-7	„ Raud	135	+26
„ Barmb.	272	-10	„ Raud	244	+7
„ Magdeburg	224	-12	„ Raud	125	+11

+) bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.

Die deutsche Kunst
 in ihren
herorragendsten Vertretern
 mit nadellos spielenden
Pathéplatten
 Kein Nebengeräusch ···· Höchste Naturtreue
 Kein Nadelswechsel
Pathéphon-Sprechapparate v. M. 55 an
 in allen Preislagen. — Nur mit der richtigen Schallplatte
Pathéplatten
 in nachfolgender Größe: 12, 10, 8, 6, 4, 3, 2, 1, 1/2, 1/4 Zoll Durchmesser
 Händler ovunque in fast allen Städten nach-
 gegeben
 Katalog und Plattenverzeichnisse gratis und franko

Pathé Frères u. Co. GmbH
 Ritterstr. 72, SW 68 Berlin W 8, Friedrichstr. 187/188
 Fernr. A. 1222, Hamburg, Koenigsbergerstr. 322, Telegr. Ad. Pathéphon-Berlin

Offizielle Verkaufsstellen:
Pathéphon, Friedrichstraße 187/188.

Berlin C.: Georg Nähter, Neue Promenade 7
 N.: Max Juhn, Brannenstr. 177, Reinken-
 dorfer Str. 107
 Hermann Roggenstein, Brannenstr. 136
 Schweizer Musikhaus, Schönhaus Allee 130
 NW.: Karl Grabow, Jonasstr. 1 (Ecke Turmstr.)
 W.: Jahre & König, Bülowstr. 46
 SW.: A. Esser, Belle-Alliance-Platz 11a
 Neukölln: Artur Hoyer, Bergstr. 142 und 163

Berlin SO.: Emil Pottler, Reichenberger Str. 127
 Wilhelm Rouschel, Kottbuser Damm 22
 S.: Thalia-Theater-Vorlag, Dresdener Str. 72
 O.: Paul Scholz, Frankfurter Allee 73b
 Jahre & König, Warschauer Str. 68
 Charlottenburg: W. Becker, Wilmerdorfer Str. 127
 Schöneberg: Artur Kühn, Kolonnenstr. 7
 Potsdam: Anton Sauer, Weisenstr. 15.

N. JSRAEL

Spandauersir. 26-32

BERLIN C.

Königsstrasse 11-14

In allen Abteilungen:

Sehr billige Weihnachts-Angebote



Bücher-Etagere Nr. 112
 Echt Eiche, hell, mittel, dunkel,
 51 cm breit, 70 cm hoch, 17 cm tief,
 mit farbigem Satin-Vor-
 hang u. Messingstange. **7,75**
 Dieselbe ohne Vorhang
 und Messingstange. **6,25**



Mit Seide garnierte
Frisiertoilette
 Weiß lackiert, mit dreiteiligem
 Facette-Spiegel und farbig unter-
 legter Glasplatte, Höhe
 150 cm M. **28,00**

Ein Posten:
Teppiche
 Axminster
 Beste Qualität!
 175x235 cm, **33,00**
 statt M. 46,00
 200x300 cm, **47,00**
 statt M. 67,00
 250x350 cm, **72,00**
 statt M. 102,00

Bouclé
 Beste Qualität!
 175x235 cm, **19,75**
 statt M. 27,00
 200x300 cm, **28,50**
 statt M. 40,00
 250x350 cm, **44,00**
 statt M. 59,00

Im neuen Lichtloft
Grosser
Wäsche-
Verkauf
 zu sehr billigen Preisen.

Damen-Kleidung
 Velvet-Bluse mit
 Spachtelkragen M. **5,90**
 Seidene Bluse mit
 eleg. Garnier. M. **9,75**
 Kostümrock aus vor-
 zügl. Cheviot. M. **9,00**
 Velours-Morgenrock mit Vel-
 vet oder Tuchgar-
 nierung. . . M. **7,50**
 Velvet-Kleid mit großem
 Spachtelkragen
 u. Seidengarn. **45,00**
 Velvet-Mantel m. **44,00**
 Posamenten M.



Klub- und Rauchtisch „Heureka“
 Echt Eiche gebeizt, mit ge-
 hämmelter Messingplatte, Durch-
 messer 60 cm. Tisch-
 höhe 68 cm. . . M. **19,50**



Mit Seide
 garnierter
Hutschrank
 Für 3 große Hüte, Weiß lack, Holz,
 mit 3 Hutpilzen und verstell-
 barem Zwischenboden. Höhe
 142 cm, Breite 68 cm, Tiefe
 52 cm. . . M. **21,75**

Der reich illustrierte **Weihnachts-Katalog** wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse
132-37 Alexander-Platz

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/37

In dieser Woche in der vergrößerten Konfektions-Abteilung Leipziger Str. I. Stock:

Ausstellung von Ball-Toiletten

Dinertoiletten, Nachmittagskleider, Abendmäntel, Pelzkonfektion, letzte Pariser u. eigene Modelle

Extra-Preise in allen 4 Geschäften:

Balkkleider

Balkkleid aus wollenem Voile, mit Einsätzen und Säumchen garniert. 15.00

Balkkleid aus seiden. Kreppjapon, ganz plissiert, Rock und Taille mit Spitze. 27.00

Balkkleid aus Voile-Ninon, ganz plissiert, Taille u. Rock mit Einsatz, Röschen und Taffetrossen. 41.00

Balkkleid aus Crêpe de chine, plissiertes Chiffon-Ueberkleid mit Spitze und Perlen, Japonfutter. 55.00

Kleid aus Seidenliberty, ganz plissiert, Passe von Tüll und Spitze. 59.00

Balkkleid aus Voile-Ninon, reich mit Spitze und Einsatz, Blumengarnit, drapiert. Rock. 72.00

Balkkleid aus Voile-Ninon, zweifarbig, moderner, geraffter Rock, reich m. Perlen und Blumen garniert. 105.00

Balkkleid aus changeant Voile-Ninon, ganz plissiert, reich mit Spitze und Tüll garn., moderner, geraffter Rock, Japonfutter. 140.00

Einzelne Liberty-Modell-Kleider ca. zur Hälfte der bisherigen Preise.

Balkkleid aus Voile-Ninon, plissiert, m. glattem Spitzenüberwurf, garniert. 59.00

Ball-Umhang „Burus“ aus einfarbig. Liberty-Orion-Atlas, doppelseitig zu tragen, in vielen aparten Farben. 85.00

Balkkleid aus einfarbiger Libertyseide, plissiert, verschiedenartig garniert. 85.00, 105.00

Balkkleid aus einfarbig. Atlas, mit Voile-Ninon-Ueberkleid, aparte Form. 98.00

Pariser-Abendmäntel aus Sammet ramagé, Peluche, Tuch od. Seide 85.00, 125.00, 145.00

Ballstoffe

Bedr. Baumw.-Voile helle Muster, Mtr. 0.75

Wollbatist in allen Ballfarben, ca. 110 cm br. . Mtr. 1.35

Voile à coton einf., in schön. Farb. ca. 110cm breit, Mtr. 1.40

Eleg. Voile-Bordüren ca. 110cm breit, Mtr. 1.65

Popeline elfenbein, reine Wolle, ca. 110 cm breit, Mtr. 1.90

Wollbatist mit Seidenstreifen, doppelt breit, Mtr. 1.60

Voile-Broché elfenbein, dopp. breit . . . Mtr. 2.25

Voile Millefleurs duftiges Gewebe, Mtr. 2.90

Voile-Ninon in mod. Ballfarben, ca. 110 cm br., Mtr. 2.75

Helvetia-Seide in mod. Farben, gute Qual., Mtr. 1.15

Gaze Kristall Seidengaze mit Tautropfen, Mtr. 2.65

Radium feiner leichter Ballstoff, ca. 110 cm breit . Mtr. 3.60

Crêpe de chine eleg. Ballfarben, ca. 110 cm breit Mtr. 4.75

Satin Grenadine mattglänzend, 105cm br., Mtr. 5.90

Crepon façonné eleg. Neubeit in schönen Farb., ca. 110 cm br., Mtr. 5.00 nur Leipziger Strasse

Weisswaren u. Strümpfe

Gazefächer Beigestell m. Malerei und Plittorbesatz 1.90, 2.50

Federfächer weiss, auf Beigestell 2.65, 3.85

Theater-Pompador in mod. Farben 2.65

Ball-Schal Japon mit geknüpfter Fransen, in hellen Farben 2.65

Ball-Schal Crêpe de chine, mit buntem Druck 5.25

Theater-Kappe aus gezogenem Japon, moderne Farben 3.00

Kopf-Schals leichte Kunstseide . 2.45, 2.90

Kopf-Schals imit. Oronburger, weiss . 1.10, 1.80, 2.70

Theater-Hauben Wolle mit seidener Bandgarnierung . . . 1.55, 3.50

Kunstseide, mit Futter 3.50, 4.90

Damenstrümpfe Ballfarben, Fior-Musselin . 65 Pf.

Seide 1.95, Tramasseide 3.80

Die Weihnachts-Preisliste mit über 3000 Abb. von Geschenkartikeln kostenlos

Pleureusen
in allen Farben, direkt aus der Fabrik.
Nr. 500, 45 cm lang M. 7.50
Nr. 503, ca. 55 cm lang 12.50
Spez.-Nr. 504, ca. 60 cm lg., 2x gekn. 20.-
Spez.-Nr. 505, ca. 65 cm lg., 2x gekn. 25.-
Nr. 1000, 1.10 m lg. Pleur., 1/2 m br., jetzt 55.-

Straußfedern
Nr. 403, 45 cm lang . M. 3.-
Nr. 404, 50 cm lang . . 4.-
Nr. 405, 55 cm lang . . 6.-

Bons, Stolas, Reiter in allen Preislagen.
Umarbeitung alter Federn zu schönen Pleureusen von 3 M. an, sowie Reinigen, Krausen u. Färben.
Max Seidlitz, Straußfedernfabrik, Berlin C.
Kleine Frankfurter Str. 25, 1, Ecke Kaiserstraße. Am Kgst. 2056.
Vorzeiger dieses 5 Prozent Rabatt.

Moebel
Bürgerliche und bessere Einrichtungen sowie Einzel-Möbel
Liefert gegen bequeme Teilzahlung
Central-Möbel-Halle Kommandantenstr. 51
Ecke Alexandrinenstr.

Achtung!
III. Etage **Reisemuster** III. Etage
Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen
gebe an Private zu Fabrikpreisen ab.
Herrenkleider-Fabrik
J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl
(neben der Alexander-Kaserne)
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12-2 Uhr.

Heinrich Franck
Tel.: Amt Ndn 4362. Brunnenstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet.
Alte gute Einlagetabake:
Java | Carmen | Seedleaf | Rebut
leicht, trocken | blattig, leicht | leicht, trocken | 1909er, fein
105 Pf. | 110 Pf. | 120 Pf. | 105 Pf.
1910 alter Uckermarkter, leicht, groß, 100 Pf.
Gebrauchte echte 1/2m-Kistchen in allen Größen vorrätig.

Das den gesetzlichen Vorschriften entsprechend eingebraute
Borussia-Malzbiere
ist nahrhaft und appetitanregend und darum für Frauen und Konval-
teszenten von Ärzten vielfach empfohlen.

Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß
kaufen Sie infolge eigener Fabrikation am billigsten und
am reichsten bei
S. Hoffmann, Charlottenburg,
Wilhelmsdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße.
Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.
Kinder-Bescherung.
Wie alljährlich werden auch in diesem Jahre eine größere
Anzahl
armer Charlottenburger Knaben
im Alter von 3 bis 8 Jahren mit warmen Kleidungsstücken bei
der Firma S. Hoffmann beschenkt.
Anmeldungen werden bis zum 8. Dezember entgegen-
genommen.

Tadellos 1M.
wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

BORUSSIA MALZ-BIER
Ist anerkannt gut
Borussia-Bier
In Qualität, gelbes Etikett, ist für jeden Haushalt das geeignetste
Familien-Getränk,
da es alkoholfarm und erfrischend im Geschmack ist. - Ueberall erhältlich.
Pelz-
Stolas,
Schals,
mod. Muffen
Einzel-Verkauf
Reparaturen,
Umbänderungen
direkt in der Fabrik
Alexander-
strasse 34,
gegenüber dem Polizeipräsidium
früher 35 Jahre Neue
Königsstrasse.
Sonntags geöffnet.
Auf Hausnummer achten!

Reste Konfektion
Damentuche schwarz und farbig 3 M an
big per Meter von 3 an
Kostümstoffe neuest engl. 2 M an
per Meter von 2 an
Seidenplüsch Vel. du Nord 4 M.
80 cm breit per Meter
Engl. Seal 120 cm breit 12 M
per Meter
Astrachan 120 bis 130 Zentimeter breit 5 M
Paletots i. d. neuest. Fassons in Flauschstoffen etc. von 14 M an
Paletots in eng. Seal, Velours du Nord und Velvet von 35 M an
Kostüme in reicher Auswahl in engl. Stoffen und Kammgarn von 25 M an
Kostüm-Röcke in grosser Auswahl von 4 50 an

C. PELZ Kottbuser Strasse 5.

Die Fleischpreise steigen!

Ende September veröffentlichte die „Nordb. Allgem. Ztg.“ die Teuerungsmassnahmen der Regierung. Mehr als 1 1/2 Monate sind inzwischen verstrichen und wohl alle Städte, die für jene Vergünstigungen in Betracht kommen, sind zum Bezug ausländischen Fleisches übergegangen. Noch mehr, diese Städte, denen die Regierung die Einfuhrerlaubnis und Zollermäßigung bewilligt hat, haben dennoch die Fleischversorgung in die Hand zu nehmen begonnen. Und die Wirkung dieser Massnahmen? Während in der zweiten Hälfte des Oktober allgemein die Fleischpreise (mit Ausnahme von Schweinefleisch und -Speck) etwas gefallen sind, sind sie in der ersten Hälfte des November zu einem Teil wieder gestiegen. Nach den Ausweisen der amtlichen Preisberichte der Statistischen Korrespondenz zahlte man (pro Kilo in Pfennigen):

Table with 4 columns: II. Hälfte Oktober, I. Hälfte November, and two unlabeled columns. Rows include Kalbfleisch (Schulter, Blatt), Schweinefleisch, Rückenfleisch (vom Schwein), Schweinefleisch, and Schweinefleisch.

Die Preissteigerungen sind zwar gering. Aber dabei ist zu berücksichtigen, daß sie den Durchschnitt für 50 Orte angeben. In einzelnen Städten ist also die Steigerung ganz bedeutend gewesen. Es kommt hinzu, daß die 50 Orte die größten Städte Preussens umfassen. Gerade den Großstädten waren die Regierungsmassnahmen vorbehalten, dennoch sind wiederum Preissteigerungen eingetreten. Das weitere Steigen von Schweinefleisch und Schweinefleisch zeigt deutlich, daß die breiten Massen heute noch ebenso unter der außergewöhnlichen Teuerung leiden, wie in den Sommermonaten. Gegen den November des Vorjahres stehen Rind-, Kalb- und Hammelfleisch ebenfalls noch immer um 18 bis 20 Pfennige höher und für Schweinefleisch zahlt man heute 40 Pfennige pro Kilo mehr als im vergangenen November. Diese Situation ist unerträglich. Die Massregeln der Regierung haben sich als völlig ungenügend herausgestellt. Der am Dienstag zusammentretende Reichstag muß endlich gründliche und dauernde Abhilfe schaffen.

Der Komodie I. Akt.

Zwei Tage lang hat die Verschleierungskommission, der die Regierung die Unteruchung der eigentlichen Teuerungursachen verboten hat, getagt. Aber schon hält es die Regierung für angezeigt, diese Kommission zu vertagen. Erst am 3. Januar nächsten Jahres werden — vorausgesetzt — die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Der Grund der Vertagung? „Um der Regierung Zeit zur Klärung einiger statistischen und anderen Fragen zu geben und die Vorberatungen für die Vernehmung der einhundertundfünfzig Sachverständigen zu treffen.“ Jahre lang hindurch beschäftigt sich die Deffektivität mit der Teuerung und ihren Ursachen. Mehrfach hat der Reichstag die Regierung gezwungen, sich über Massnahmen zur Befämpfung zu äußern. Und noch immer ist das statistische Material nicht einmal so umfassend und so zuverlässig, daß es als Grundlage für Kommissionsverhandlungen dienen kann! Wann wird die Regierung endlich genau wissen, daß das Volk hungert und warum es hungert? Diese abschließliche Versorgung kann auf die Massen nur wie blutiger Hohn wirken. Der Regierung ist es nicht ernst mit wirklicher Abhilfe. Jetzt sucht sie gleich ihren agrarischen Auftraggebern alle Schuld auf den Zwischenhandel zu schieben und sie wird sich wahrscheinlich darauf beschränken, den Städten von neuem die Lebensmittelversorgung als Aufgabe zuzuweisen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Kommunen mehr und dauernde Hilfe schaffen müssen. Aber Aufgabe der Regierung ist es, ihnen diesen Weg durch Öffnung der Grenzen und Beseitigung der Zollschranken zu erleichtern. Die Fleischpreise steigen weiter und bis zum nächsten Frühjahr können und wollen die Hungernden nicht warten.

Die dauernde Versorgung Berlins mit Lebensmitteln.

Der Kommerzielle Viehverwertungsverband hat sich zum zweiten Male an die Stadt Berlin gewandt, um mit ihr einen längeren Vertrag über die Schweinefleischlieferung abzuschließen. Ein erstes Angebot des Verbandes wurde von der Stadt abgelehnt, weil der geforderte Preis (66 M.) wesentlich höher als der in den letzten Jahren gezahlte Durchschnittspreis war. Wenn auch augenblicklich die Schweinepreise bedeutend höher ständen, als der Viehverwertungsverband sie fordert, so könnte doch auf dieser Grundlage ein fünfjähriger Vertrag nicht abgeschlossen werden. Ueber die Bedingungen des neuen Angebotes des Verbandes ist bisher nichts bekannt. Eine gleiche schnelle Mitteilung durch das Magistrats-Rathenamt oder die als offizielles Organ erkorene „Vossische Ztg.“ ist aber dringend erwünscht. Auch es das gefehlen, können wir einige Bemerkungen zu der ganzen Frage nicht unterdrücken.

Es darf für die Stadt Berlin durchaus kein grundsätzliches Bedenken vorliegen, mit einer agrarischen Genossenschaft des Inlandes eine langfristigen Lieferungsvertrag für Vieh oder Fleisch abzuschließen. Die Versorgung der Einwohner mit Nahrungsmitteln gehört mit zu den Aufgaben der Kommunen. Die Schuld des Staates an der Fleischnot kann für die Städte keinen Milderungsgrund bilden, untätig dem Hunger der eigenen Bürger zuzuschauen. Der erste Versuch mit russischem Fleisch zeigt, daß trotz einiger Hindernisse die Kommune sehr wohl imstande ist, die schädlichen Wirkungen unserer agrarischen Zollpolitik in allerdings beschränktem Ausmaße zu lindern.

So haben mehrere Städte neben dem Bezug ausländischen Fleisches auch die Versorgung mit einheimischem Vieh in die Wege geleitet und dazu Verträge mit Mastanstalten, landwirtschaftlichen Genossenschaften oder Anreisen abgeschlossen. Ein gewisser Einfluß auf die Versorgung und den Preismarkt ist damit gegeben. Ein derartiges Vorgehen wird um so notwendiger, wenn dadurch augenblicklich Preisermäßigungen erzielt oder weitere Preissteigerungen vermieden werden können. Sollte daher für die Stadt Berlin bei der Ablehnung des pommerischen Angebotes der Grund entscheidend sein oder auch nur mitsprechen, daß sie nicht für längere Zeit an der Lebensmittelversorgung mitarbeiten wolle, so verdient diese Erwägung schärfsten Widerspruch. Was andere Städte unternommen haben, sollte die größte Stadt Deutschlands nicht als ihre Aufgabe betrachten?

Wenn die Stadt als billigen Grund für ihre Ablehnung nicht „übermäßige agrarische Forderungen“ vor sich sehen will, muß es ihr auch möglich sein, einen Lieferungsvertrag zum Abschluß zu bringen. Auch uns scheinen allerdings die Forderungen des pom-

merischen Verbandes unangemessen. Aber für Berlin bestehen noch eine große Reihe anderer Möglichkeiten, einen Teil der Versorgung sicherzustellen. Auch wird die Stadt nicht abwarten dürfen, bis irgendwelche Interessenten sich zufällig an sie wenden, sondern die Stadt selbst wird die Initiative ergreifen und ihr billiger scheinende Wege aufsuchen müssen.

Bei der Ablehnung des pommerischen Angebotes wies die Verwaltung vornehmlich darauf hin, daß die Preisgestaltung für die nächsten fünf Jahre noch gar nicht abzusehen sei. Es werden sich aber wohl auch Lieferanten finden, die nicht die teuersten, sondern die Durchschnittsjahre zur Basis der Preisvereinbarung machen. Langfristige Verträge würden dann gerade einen Schutz vor teureren Jahren bieten, selbst wenn in einigen die Stadt über dem Marktpreis bezahlt. Soweit aber eine Änderung der Zoll- und Veterinärgesetzgebung bezw. ihrer Ausführungsbestimmungen und entsprechende Verwaltungsmaßnahmen in Frage kommen, wird es möglich sein, solche Dinge in den Lieferungsverträgen vorzusehen. Wenn die Stadt Berlin sich nicht den Vorwurf zuziehen will, daß sie die Furcht vor einer Ueberspielung durch agrarische Profitgier zum Vorwand für eine Ablehnung jeglicher dauernder Befämpfung der Teuerung sucht, wird sie in irgend einer Form die Lebensmittelversorgung ernsthaft in den Kreis ihrer Aufgaben ziehen müssen. Das fordern gerade die Konsumentenkreise, denen man beim besten Willen nicht eine Unterstützung agrarischer Tendenzen nachsagen kann.

Die Hundeschlächtereiblanker Schwindel?

Die bürgerlichen Blätter melden dieser Tage, daß die Nachricht von der Errichtung einer Hundeschlächtereiblanker Schwindel von der Errichtung einer Hundeschlächtereiblanker Schwindel festgesetzt worden sei. Jetzt teilt man uns dazu aus Halle a. S. mit, daß die Hundeschlächtereiblanker Schwindel besteht und floriert. Auf die Anfrage eines bürgerlichen Stadtverordneten hin hat der Oberbürgermeister selbst in der Stadtverordnetenversammlung erklärt:

Um die Gerüchte auf ihren wahren Wert zurückzuführen, stelle er fest, daß der Geschäftsmann Zimmermann eine Hundeschlächtereiblanker Schwindel eingerichtet habe. Er wolle Hunde auf den Dörfern aufkaufen, auf dem Schlachthof schlachten lassen und das Fleisch hier verkaufen. Gegen diesen Betrieb sei durch die Behörde nichts zu machen, so bedauerlich seine Eröffnung wäre...

Als Beweis dafür, daß das Geschäft existenzfähig ist, sei noch mitgeteilt, daß der Hundeschlächtereiblanker Schwindel in voriger Woche in Halle'schen Blättern wie folgt annoncierte:

Kein Laden! Kein Laden! Alle Tage frisches Hundeschlächtereiblanker Schwindel. 4 Pfund 40 Pfennig, Fett 4 Pfund 1,00 Mark, Leber 4 Pfund 50 Pfennig. Gerberstraße 10.

Es bleibt also dabei: Hundeschlächtereiblanker Schwindel ist durch unsere preussische Verteuerungspolitik auf die proletarische Speisefarte gesetzt worden.

Steuerkommission des Abgeordnetenhauses.

Auch am Sonnabend haben die Verhandlungen der Steuerkommission im Abgeordnetenhauses wieder bewiesen, daß auf irgendwelche wirkliche wertvolle Reformen nicht zu rechnen ist. Zunächst unterscheidet sich die Kommission nochmals einige Stunden darüber, ob, wie es bisher der Fall ist, der Landrat der geborene Vorsitzende der Veranlagungskommission seines Bezirkes sein soll. Ein nationalliberaler Antrag auf Streichung dieser Bestimmung wurde von den die Mehrheit bildenden Konservativen, Freikonserverativen und dem Zentrum abgelehnt, nachdem besonders energisch der Finanzminister für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes eingetreten war. Der Finanzminister wandte sich fast noch schärfer als gegen den nationalliberalen Antrag gegen eine freikonserverative Resolution, die an die Regierung die Aufforderung richtet, durch besondere Kommissare periodische Revisionen der Geschäftsführung der Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen vornehmen zu lassen. Er sprach dem Landtage überhaupt das Recht ab, derartige Revisionen zu verlangen und meinte, der Landtag habe lediglich das Recht der Kontrolle darüber, ob die Gesetze richtig gehandhabt und der Staat richtig verwaltet werde. Alles andere sei Sache der Exekutive. Mit dieser Anschauung konnten sich nicht einmal die Konservativen einverstanden erklären, die die Resolution ausdrücklich als verfassungsmäßig nicht unzulässig bezeichneten. Erst nachdem ein nationalliberaler Redner dem Minister ein sozialradikales Kolleg gehalten hatte, gab dieser klein bei und erklärte, daß die Grenze, inwieweit dem Landtage das Recht zusteht, in bezug auf die Exekutive das eine oder andere zu veranlassen, zwar flüchtig sei, daß aber in diesem speziellen Falle die Regierung bereits getan habe, was die Resolution verlange. Er bat deshalb nochmals um Ablehnung, damit nicht nach außen der Anschein erweckt wird, als ob die Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Die Resolution wurde hierauf zurückgezogen, aber von fortschrittlicher Seite wieder aufgenommen und von den über die Mehrheit verfügenden Konservativen und dem Zentrum abgelehnt.

Bei § 40 zeigte es sich, wie wenig der Mehrheit der Kommission an einer gerechten Einschätzung aller Interessen gelegen ist. Hierzu hatten einige konservative Mitglieder einen Antrag eingebracht, wonach das Ergebnis von Schätzungen, welche die Veranlagungskommission vorgenommen hat, weil für die ziffernmäßige Berechnung des Einkommens ausreichende Unterlagen nicht vorgelegen haben, nicht der Anfechtung durch die Beschwerdebildner unterliegen soll. Der Antrag richtete sich gegen diejenigen Steuerzahler, welche grundsätzlich den Behörden die Angaben über ihr Einkommen vorzulegen, es auf eine Schätzung ankommen lassen, und wenn die Schätzung ihnen zu hoch erscheint, an das Oberverwaltungsgericht gehen. Für den Antrag um dessen Annahme die Vertreter der Regierung haben, trat auch das sozialdemokratische Mitglied der Kommission ein, einmal, damit man diejenigen treffen könne, die sich ihrer Pflicht gegen die Steuerbehörde zu entziehen suchen, und zweitens aus Gründen der Gerechtigkeit. Er wies darauf hin, daß man die Arbeiter und alle Angestellten bis zum letzten Pfenning zur Steuer heranziehe, und ferner, daß man den Besitzern mit einem Einkommen unter 3000 M. das Mittel der Berufung an das Oberverwaltungsgericht genommen habe. Da solle man konsequent sein und dem Antrag zustimmen. Wollte man das oder nicht, damit möge man wenigstens für alle Besitzern, gleichviel, ob unter oder über 3000 M., das Rechtsmittel der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht einräumen. Der Vertreter der Sozialdemokratie stellte auch einen entsprechenden Antrag, der aber gegen seine Stimme und gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt wurde. Auch der konservative Antrag wurde abgelehnt, da neben einigen Konservativen nur der Sozialdemokrat und der Pole dafür stimmten.

Nach Erledigung einiger weiterer Paragraphen, die in der Fassung der ersten Lesung zur Annahme gelangten, vertagte sich die Kommission auf Mittwoch.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Verband haben in dieser Woche: Berlin. I. Abteilung am Montag in den Ritterfäden, Ritterstraße 75, abends 8 1/2 Uhr: Vortrag über Kampfsport, wozu sämtliche Kolonnen eingeladen sind. Berlin. Am Freitag Diensttunende Abteilung abends 8 Uhr. Mariendorf. Am Montag bei Bönenhagen, Chausseestr. 27, abends 8 1/2 Uhr. Schöneberg. Am Montag bei Schulz, Siemensstr. 12, abends 8 1/2 Uhr. Wilhelmshagen. Am Montag bei Wienwald, Reinickendorf-Df., Propingstraße 92, abends 8 Uhr. Spandau. Am Mittwoch bei Weslles, Wilsdorfstraße 5, abends 8 1/2 Uhr. Schöneberg. Am Donnerstag bei Haendel, Vorbergstr. 9, abends 8 1/2 Uhr. Rowa. Am Freitag in der Fortbildungsschule, abends 8 1/2 Uhr.

Witterungsübersicht vom 23. November 1912.

Table with 12 columns: Stationen, Temperatur (max/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. W. (10-12 Uhr), Stationen, Temperatur (max/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. W. (10-12 Uhr).

Weiterprognose für Sonntag, den 24. November 1912. Bismarck mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Unserem lieben Freund und Genossen Paul Haszank ein dreifach donnerndes Hoch zu seinem heutigen Geburtstag. Der Parteilamm vom „Fidelen Wiener Franz!“ Paul merkt Du was!

Unserem lieben Genossen Alexander Kattlewski zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen des 303. Bezirkes (4. Kreis). 568

Unserem lieben Genossen Oskar Ledig nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen des 756. Bezirkes.

Innungs-Frankenkasse der Tischler-Innung. Ordentliche General-Versammlung der Vertreter der Kassemitglieder und der Innungsmitglieder am Montag, den 2. Dezember 1912, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.

Orts-Frankenkasse der Schlosser und verwandter Gewerbe. Die Mitglieder obiger Kasse werden auf Grund des § 43 des Kassensatzes vom 24. Juli 1908 aufgefordert, am Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15, behufs Wahl von 300 Delegierten sich einzufinden. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wähler haben sich durch das Anbringen von Legitimation und Quittungsbuch zu legitimieren. Die Wahl ist eine geheime.

Orts-Frankenkasse der Schlosser und verwandter Gewerbe. Die Mitglieder obiger Kasse werden auf Grund des § 43 des Kassensatzes vom 24. Juli 1908 aufgefordert, am Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15, behufs Wahl von 150 Delegierten sich einzufinden. Die Wahl ist eine geheime.

Die Herren Arbeitgeber, welche aus Ihren eigenen Mitteln ein Drittel zu den Beiträgen der bei Ihnen beschäftigten Mitglieder der Orts-Frankenkasse der Schlosser und verwandter Gewerbe zahlen, werden ersucht, am Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15, behufs Wahl von 150 Delegierten sich einzufinden. Die Wahl ist eine geheime.

Vor der Wahl findet im Saal 4 in gemeinschaftlicher Versammlung der Arbeitgeber und der Mitglieder ein Voting statt, welcher pünktlich um 8 Uhr beginnt. Berlin, im November 1912. Der Vorstand. 282/18 Gust. Lubatsch, Vorsitzender.

Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherrn, Kutscher und verw. Berufsgenossen „Eintracht“ (E. G. Nr. 80) zu Berlin.

Bureau: Wulffstraße 19. Montag, den 23. Dezember 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Schuls' Bekleidungs-Königsgraben 2 Außerordentliche General-Versammlung Tagesordnung: 1. Umänderung der Kasse in einen kleinen Versicherungverein gemäß dem Gesetz über die privaten Versicherungen vom 20. Dezember 1911. 2. Auslegung und Beschlußfassung der neuen Satzungen. 3. Beschluß des. 13055 Der Vorstand. H. Röser, G. Zehr, Vorsitzender, 2. Rentant.

Orts-Frankenkasse der Weber und verwandten Gewerbe. Sonntag, den 1. Dezember 1912, vormittags 10 1/2 Uhr, in Schmidt's großem Saal, Bruchstraße 36a, (Friedrichshagen) Gr. Versammlung sämtlicher Arbeitgeber sowie der großjährigen Mitglieder obiger Kasse. Tagesordnung vormittags 10 1/2 Uhr: Wahl von 38 Delegierten der Arbeitgeber für das Jahr 1913. Als Legitimation dient Beitragsquittung. Tagesordnung vormittags 11 1/2 Uhr: 1. Wahl von 92 Delegierten der Kassemitglieder für das Jahr 1913. 2. Beschluß des. 13588

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Kassemitglieder über 21 Jahre alt, nach § 48, Absatz 2, des Statuts. Das Quittungsbuch dient als Legitimation am Eingang des Saales. Das Wahlfest wird um 12 Uhr geschlossen, da um diese Zeit der Wahlauftritt beginnt. Berlin, den 24. November 1912. Der Vorstand G. Weymann, Dorf. H. Postler, Schriftf.

Spezialarzt i. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich-Osca-Kuren in u. G. Louis Laborat. I. Unterfuchung, Jäden i. Darm usw. Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum. Spr. 10-2, 5-6, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Lombard-Haus H. Graf, Leipziger Str. 75. Brillanten Uhren Goldwaren 25-50 % unter Ladenpreis.

Ulster

Paletots



Unsere
Kleider-Werke
liefern
die
tonangebenden
Moden
und
die besten Erzeugnisse



Modernste Ulster

- Nr. 1. Oliv, grau oder bräunlich gemusterter Cheviot... 18 M.
- Nr. 3. Braun u. grünlich mellerter Cheviot, englisch verarbeitet... 24 M.
- Nr. 5. Grau, braun, oliv, nach englischer Art gemusterter Cheviot... 30 M.
- Nr. 7. Cheviots u. Flauchstoffe mit angew. Rückseite „Specialmarke“... 36 M.

- Nr. 10. Dunkelbrauner Flauchstoff mit bunter Rückseite, sehr spart... 50 M.
- Nr. 12. „Recht englischer Cheviot“, ganz aparte Neuheiten... 60 M.
- Nr. 14. Sehr fein gemusterter Cheviot mit bunter Rückseite, elegante Verarbeitung... 75 M.
- Nr. 16. „Recht englischer Cheviot“, dickflauschig, in Oliv, Braun od. Graumeliert, allerfeinste Verarbeitung und Ausstattung... 90 M.

Modernste Paletots

- Nr. 18. Mittelgrauer Cheviot mit feinen Mustern... 18 M.
- Nr. 20. Marengo-Cheviot, glatt u. geraucht, sehr solide... 24 M.
- Nr. 22. Schwarzer Eskimo auf Flauch-Serge gearbeitet... 30 M.
- Nr. 24. Eskimo oder marengo Cheviot, glatt und fein gemustert... 36 M.

- Nr. 25. Tiefschwarzer Eskimo, sehr solide verarbeitet... 40 M.
- Nr. 27. Marengo-Cheviot ganz vorz. Ware, gutes Serge-Flaidfutter... 50 M.
- Nr. 29. Sehr fein gerippter Diagonal-Cheviot, in Dunkel- u. Mittelgrau... 60 M.
- Nr. 30/32. Milton-Cheviot, glatt u. fein gestr., auf Seide gearbeitet, 90 u. 70 M.

Baer Sohn

Kleider-Werke. Deutschlands größte Fabrik dieser Art.

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

— Berlin —
Gegründet
— 1891 —

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Jünglings- u. Knaben-ULSTER

in hervorragend
schönen Ausführungen
zu sehr billigen Preisen.

Hochmoderne Wollvelours-Hüte

in Teller- oder Kniff-Form
beige, resede, grau und grün

4.90 3.75 2.90

Sonntags nur von 12-2 geöffnet

Jeglicher Nachdruck verboten.

Das neue Preisbuch (Hauptkatalog Nr. 46) enthaltend die neuesten Moden, ist soeben erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt

Todes-Anzeigen

Am 23. November, früh 3 Uhr, verstarb nach schwerem Krankenlager mein herzgeliebter, unvergesslicher Mann und lieber Vater, der Schriftfeger

Bruno Weise

im 58. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Witwe Berta Weise
nebst Sohn.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Gestern starb nach längeren Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Schriftfeger

Bruno Weise

Der Verstorbene hat seit dem 1. April 1884, dem Erscheinungstage der ersten Nummer des „Vorwärts“ ununterbrochen an der technischen Herstellung des Berliner Parteiorgans mitgewirkt, bis ihn die tödliche Erkrankung aus unserer Mitte rief. Wir werden dem treuen Kameraden ein dauerndes Andenken bewahren.

Vorwärts Buchdruckerei
und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.

Gestern früh 3 Uhr verstarb nach längerem schwerem Krankenlager unser lieber Mitarbeiter, der Schriftfeger

Bruno Weise

im 58. Lebensjahre.
Sein biederes Charakter, sein echt kollegialer Sinn sichern ihm dauernd ein ehrendes Andenken bei uns allen.

Berlin den 23. November 1912.
Das Gesamtpersonal
der „Vorwärts“-Buchdruckerei
Paul Singer & Co.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 23. d. M., früh 2 1/2 Uhr, verstarb unser Genosse, der Buchdrucker

Bruno Weise

Demmler Str. 25, Bezirk 590.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Halle des Siedlischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 23. d. M. verstarb unser Genosse, der Töpfer

Emil Koßmann

Stromstr. 37, Bez. 719.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilands-Kirchhofes in Plogensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß am 23. November, unser Mitglied, der Kollege

Emil Koßmann

(Bezirk Roabit)
im Alter von 66 Jahren an Speiseröhrenverengung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plogensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach schwerem Leiden verschied mein lieber Mann, unser guter Vater, der Töpfer

Emil Koßmann

im Alter von 66 Jahren.
Dies zeigen an
Pauline Koßmann
und Kinder.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 26. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Heilands-Kirchhofes in Plogensee aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.

Bezirk Reinickendorf-West.
Nachruf!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Wilhelm Otto
am 21. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Sonnabend stattgefunden.
245/8 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenmacher
Rudolf Schneider
(Spandau, Luthertstraße 5) am 17. d. Mts. an Augenleiden gestorben ist.

Todesanzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Joseph Brunczwick
am 20. d. Mts. an Augenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Kerner starb unser Mitglied, der Anschläger,
der Anschläger
Emanuel Bartsig
(Charlottenburg, Brauhofstraße 2, am 22. d. Mts. an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Staatener Gemeindefriedhofes in Stinaten bei Spandau aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
Ehre ihrem Andenken!
133/13 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 22. November mein lieber Sohn, der Robelstiftler

Max Flemming

im 23. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Montag um 3 1/2 Uhr, vom Neuen Gemeinde-Friedhof, Neufölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um stilles Beileid bitten
62A Familie Flemming.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachfährer
August Simon
am 21. November im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahner
Paul Leander
am 20. November im Alter von 35 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
62/19 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.

Sektion der Pauer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Pauer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Hölzer
(Bezirk Ost 1)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. November, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Am 22. November starb unser Mitglied, der Spanner
Emil Göbel
(Bezirk Südost).

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
147/10 Der Vorstand.

Nachruf.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß am Montag, den 18. d. Mts., unser Mitglied und Sportskollege

Hermann Eggert

kurzeit Infanterie-Regt. Nr. 150 in Klessheim, an Blinddarmentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Ringsport-Verein
„Deutsche Kraft“, Adlershof.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Drechers

Fritz Olschewski

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Knorr-Dremsle, den Genossen des Reutlinger Bahnervereins, dem Metallarbeiterverband und den Sängern für den harmonischen Gesang unseren herzlichsten Dank.
Frau Witwe Elisabeth Olschewski
nebst Sohn.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben und unvergesslichen Mannes und guten Vaters

Wilhelm Schmidt

sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere der Direktion, dem Bauerverband und der Magdeburger Sterbefälle, dem Personal der Brauerei Pagenhofer NW, Roabit unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Gattin Anna Schmidt
nebst Tochter.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sohrgr.-Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochlegant Genrez. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kreuzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, meines unvergesslichen Vaters

Karl Rotermundt

sage ich allen Freunden, dem freien Gastwirtverein, der freien Hilfskasse und dem Bahnerverein Lichtenberg meinen tiefgefühlten Dank.
Witwe Rotermundt
nebst Tochter.

Bekanntmachung.

Betriebskrankenkasse
der Stadtgemeinde Berlin.

Einladung zur
Ordentlichen
General-Versammlung

der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin
am Mittwoch, den 4. Dezember 1912, abends 6 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses, Berlin, Königstr. 15/16.

Tagesordnung:
1. Krankenkontrolle durch die Kontrollkommission der Betriebe. 283/11
2. Bericht des Vorstandes. 283/11
3. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1912.

4. Neuwahlen für die drei ausstehenden Vorstandsmitglieder Herren Glatt, Feinshle und Hoff.
Berlin, den 18. November 1912.

Der Vorstand
der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.
v. Schulz.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:
Gebrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 60, 50, 40 M.
Beinkleider 18, 15, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Junglinge in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn

Kleider-Werke,
Chausseestraße 29-30,
11. Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter str. 20,
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr:

6 Viertels-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Görlitzer Viertel

1. Graumann, Naunynstr. 27.
Referent: Genosse K. Welle.

2. Köpenicker Viertel

in der „**Drachenburg**“, vor dem
Schleifischen Tor.
Referent: Landtagsabg. Genosse G. Ströbel.

3. Frankfurter Viertel

bei **Horker**, Weberstraße 17.
Referent: Reichstagsabg. Genosse O. Büchner.

4. Stralauer Viertel

in den „**Comeniusfäden**“, Memeler Str. 67.
Referent: Landtagsabg. Genosse H. Hoffmann.

5. Petersburger Viertel

in der **Brauerei Kiebek**.
Referent: Landtagsabg. Genosse J. Vorchardt.

6. Landsberger Viertel

im „**Elysiun**“, Landsberger Allee 40.
Referent: Stadtv. Genosse E. Brückner.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum preussischen Parteitag und Anträge dazu. 2. Vorschläge zur Delegation zum preussischen Parteitag.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Montag, den 2. Dezember,

abends 8 Uhr,
in dem Lokale „**Neue Welt**“, Hafenside 108/114:

Fortsetzung der

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Schlusswort des Referenten zum Geschäftsbericht.
2. a) Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von 5 Geschäftsführern für den Aufsichtsrat.
3. Anträge.

Der Eintritt kann nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet werden.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
A. Junger, D. Schulze. Fr. Schulze, Vorsitzender.

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gebrockanzüge,
Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Allgem. Ortskrankenkasse für Neukölln.

Bekanntmachung.

Wir setzen die Kassenmitglieder hierdurch in Kenntnis, daß nach erfolgtem Umbau die ärztlicherseits verordneten Bäder in unserer eigenen

Badeanstalt (Ideal-Passage)

verabreicht werden. Die Badezeiten für männliche und weibliche Mitglieder sind aus dem Besondereformular ersichtlich.

Neukölln, den 22. November 1912. 283/16

Der Kassenvorstand: Fiedler, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis.

22 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Montag, den 25. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: 19. Abteilung in **Schmidts Festfäden**, Prinsenzallee 83.
Aus Anlaß der Abteilungs-Versammlung fällt der Bescheid aus.

Mittwoch, den 27. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: 16. Abteilung in **Franke's Gesellschaftsh.**, Triftstr. 63.

Dienstag, den 26. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

- | | |
|---|--|
| 1. Abt.: Obiglio , Schwedter Str. 23, II. Saal. | 11. Abt.: Dranienburger Festfäden , Chausseestr. 16 |
| 2. " Gliesche , Kopenhagener Str. 74. | 12. " Artushof , Berleberger Str. 26. |
| 3. " Berolina-Säle , Schönhauser Allee 28, kleiner Saal. | 13. " Roabiter Bürgerfäden , Beusselstr. 9. |
| 4. " Puhlmanns Theater , Schönh. Allee 147 | 14. " Gesellschaftsh. Roabit , Wickeffstr. 24, weißer Saal. |
| 5. " Süsmilch , Vornholmer Str. 7. | 15. " " " Wickeffstr. 24, kleiner Saal. |
| 6. " R. Strad , Schönhauser Allee 134b. | 17. " Freibels Festfäden , Kolberger Str. 23. |
| 7. " Bistoria-Garten , Badstr. 12. | 18. " Franke's Festfäden , Badstr. 19. |
| 8. " Dase , Brunnenstr. 154. | 20. " Ewalds Festfäden , Schulstr. 29. |
| 9. " Albert Bürger , Verichstr. 1. | 21. " Pharusfäden , Müllerstr. 142, Part.-Saal |
| 10. " Ecke Grenzstr. | 22. " Sachon , Müllerstr. 136. |

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Generalversammlung am 3. Dezember.

Antrag des Vorstandes und der Kreisconferenz:
Den § 5 des Statuts der Landesorganisation für Preußen gemäß dem § 7 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ändern.

Referenten: Oswald Nische, Max Barth, Richard Barth, Dr. Alfred Bernstein, Dr. Benno Chajed, Georg Davidsohn, Emil Dittmer, Wilhelm Düwel, Regina Friedländer, Dr. W. Grunmach, Kurt Heintz, Paul John, Hellm. Lehmann, Albert Regge, Regina Ruben, Max Schütte, Georg Udo, Emil Unger, Hans Weber, Dr. S. Weinberg, Hermann Weise, Dr. S. Wollheim.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 27. November 1912, abends 6 Uhr:

Fünf große Holzarbeiter-Versammlungen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmerverbände für das Kampfsjahr 1913.

Versammlungsorte:

Kliems Festfäden, Hafenside 14-15. | **Boeker**, Weberstraße 17.
Obiglio, Schwedter Straße 23-24. | **Prachtfäden des Ostens**, Frankfurter Allee 151.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Referenten: Josef Ahlemeyer-Bremen, August Schulz-Lübeck, Sylv. Paczyna-Breslau, Heinrich Tornau-Frankfurt a. M. und Hermann Scheffler-Schöneheide.

Mitglieder-Versammlungen.

Bautischler.

von Groß-Berlin einschließlich der Vororte **Groß-Fichterfelde** und **Steglitz**.

Heute Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr, bei **Boeker**, Weberstraße 17:

Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission und wie stellen wir uns zur Vertragskündigung? 2. Diskussion.

Die arbeitslosen Kollegen werden dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Modell- und Fabriktschler.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:
1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Stellungnahme zum Vertrag. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Tischler, Bezirk Nordosten.

Montag, den 25. November, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei **Boeker**, Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Stellungnahme zum neuen Vertrag. 3. Diskussion.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, bei **Boeker**, Weberstr. 17:

Tagesordnung: Stellungnahme zum Vertrag.

Rahmenmacher.

Montag, den 25. November 1912, abends 6 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Tischler, Bezirk Neukölln.

Montag, den 25. November 1912, abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei **Rugner**, Weichselstr. 8.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Vertrag. 2. Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher.

Dienstag, den 26. November 1912, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 14, Saal 4, Arbeitslosenjaal.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Anträgen zur Konferenz. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 28. November 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Straße 11/12:

Tagesordnung: 1. Das Koalitionsrecht und die deutsche Arbeiterklasse. Referent: Stadtvorordneter Genosse Adolph Ritter. 2. Bericht von der letzten Generalversammlung.

Schirmmacher.

Donnerstag, den 28. November 1912, abends 7 Uhr, bei **Hermel**, Holzmarktstraße 21.

Als Kassierer fungiert der Kollege **Friedrich Förster**, Edlitzstraße 62 II. - Die Zahlung der Beiträge und Abgebung der Unterstützung hat dort zu erfolgen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Heute Sonntag, den 24. November, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Generalversammlung

in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege **Schlichting**. - 2. Kassenbericht. - 3. Ortsangelegenheit.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch erwartet zu dieser Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin I.

Schiffbaustraße 37-38. Telefon: Amt Moritzplatz, 9737.

Kostümschneider und -Schneiderinnen!

Dienstag, den 26. November 1912, abends 8 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Sind die Löhne in der Berliner Kostümbbranche unter den heutigen Verhältnissen noch zeitgemäß?“ Referent: Kollege **Kunze**.
2. Bericht von der Damenschneiderkonferenz zu Berlin. 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der sehr wichtigen Entscheidung, die in dieser Versammlung gefaßt werden soll, ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Nur Mitglieder, die nicht länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Herren-Konfektion!

Am Montag, den 25. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Extra-Sitzung

für **A. Stier**, **Adolf Stern**, **Max Lesser**, **Haller u. Leopold**, **Leopold Pinn**, **Ph. Ueko** und **Cohn u. Gerschowitz** bei **Schulz**, Königsgraben 2:

für **Stern Gebrüder** und **Hugo Hermann** bei **Megaf**, Schloßstr. 19:

für **Hopp u. Kurzweg**, **Dann u. Schönland** und **Paul Unger** bei **Woh**, Moltkestr. 101:

für **Jonu Popper** bei **Schadnies**, Neue Königstr. 30:

für **S. Reichmann** und **Pohl u. Schmidt** bei **Wettnacht**, Grünstr. 21:

für **Peck u. Cloppenburg** und **P. Schröder** bei **Stiegel**, Große Frankfurter Str. 30:

für **S. Adam** bei **Zimmermann**, Kurzestr. 17:

für **Bender u. Gattmann** bei **Nick**, Hoher Steinweg 15:

für **Machol u. Levin** bei **Fischer**, Giergasse 3 (Am Rollenmarkt):

für **Fablsch u. Co.**, **M. Schulmeister** und **H.-K.-Vertriebsgesellschaft** bei **Schulz**, Königsgraben 2:

für **Cohn u. Sohn** abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bei **Otto**, Parfusstr. 47.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Tariffkündigung und zu den zu stellenden Forderungen.

Sämtliche Sitzungen sind gemeinschaftlich für Helms- und Werkstattarbeiter. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Die Kommission.

Herren-Stapelkonfektion!

Montag, den 25. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den **„Königsfäden“**, Königstr. 26 (Eingang Wadzeckstraße):

Gemeinschaftliche Versammlung der Zwischenmeister, Gesellen u. Arbeiterinnen dieser Branche.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Position 12, Absatz 2 des Tarifvertrages. 2. Vortrag über: „Kann das Rohleinen durch Gas-einrichtung ersetzt werden?“ 3. Verschiedenes. 165/3
Vollzähliges Erscheinen erwartet. Die Kommission.

Königsbank-Festsäle

117, Große Frankfurter Straße 117.

Sonnabende 1913

unter bekannter Leitung noch zu vergeben. Bestellungen erbittet

Kurt Breuer, Amt Königstadt 2374.

Öffentliche politische Versammlungen.

Schöneberg. Volks-Versammlung

Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr,
in dem „Gesellschaftshaus des Westens“, Hauptstr. 30/31.

Thema: **Patriotismus und Sozialdemokratie.**

Referent: Genosse **Dr. Rudolf Breitscheid.**
Freie Diskussion.

Männer und Frauen! Es gilt gemeinsam energischen Protest zu erheben gegen die Willkür des Kapitals, das Volk in Elend und Krieg hineinzuführen. Darum erscheint alle pünktlich und zahlreich.

Der Einberufer: **R. Käfer, Berlin-Schöneberg, Ebersstr. 70.**

Sozialisten! Anarchisten!
Morgen Montag, den 25. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c:
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Sozialdemokratie und Anarchismus.
Referent: Genosse **Berthold Cahn.** — Hierauf: Freie Diskussion.
Union anarchistischer Vereine Berlins u. d. Umg.
V. u. Ernst Decker,
Panlow, Wolfenstr. 128.

Konsumgenossenschaft
Hoffnung für Potsdam und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)
Sonntag, den 24. November 1912, mittags 1 Uhr, im Restaurant **W. Pruschnick, Kaiser Wilhelmstr. 38.**
Anherberndliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Statutenänderung § 8 u. § 22.
2. Grundstückskauf und Sanierungsbewilligung. 108/6
3. Genossenschaftliche Angelegenheiten.
Der Aufsichtsrat der Konsumgenossenschaft Hoffnung für Potsdam u. Umg. E. G. m. b. H. **W. Hausmann, Vorsitzender.**

Steinarbeiter.
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:
Allgem. Mitgliederversammlung
Der Däne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 172/9
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Karl Siebel** über: Die politische Lage. 2. Das Ergebnis der Wählerkontrolle.
Die Kollegen aller Branchen sind zum Besuch dieser Versammlung verpflichtet.
Um pünktliches Erscheinen erlaucht **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse
der
Möbelpolierer.
Laut Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 20. November cr. ist die Kasse von Montag, den 25. November 1912, täglich, außer Sonn- und Feiertagen, von 12-1 1/2 Uhr geöffnet.
253/13 **Der Vorstand.**

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, 24. November, abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: **Michael Kramer.**
Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Montag: **Diebesel. — Der Kammerfänger.** Dienstag, Donnerstag: **Lore. — Die Spieler. — Der Kammerfänger.** Mittwoch: **Michael Kramer.** Freitag, Sonnabend: **Kutter Landstraße.**

Schiller-Theater O. Badner.
Sonntag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hedda Gabler.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Pfarrers Tochter von Strölandorf.
Montag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Der Aktienbudiker.

Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr:
Serodes und Mariamne.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr:
Kamraden.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
8 Uhr. **Risnet.** 8 Uhr.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schnewittchen.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater), Am Nordend 1141.
Abends 8 Uhr:
Der fidele Bauer.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Francillon.
Morgen und folgende Tage:
Prinzenerziehung.

Luisen-Theater.
Sonntag abends 8 Uhr: **Die Jungfrau von Orléans.**
Montag: **Die Jungfrau von Orléans.**
Dienstag: **Des andern Ohre.**
Mittwoch: **Waffel.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die größte Sünde.
Drama in 5 Akten von Otto Ernst.
Montag: **Die Sünden der oberen Gehirnhäute.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Das grandiose Programm!
Robins
der Urkomische.
Kussys Wanderbunde.
Nebe - Quartett.
Amely de l'Emilos.
Bendix-Schnabel
und 6 weitere gr. Attraktionen.

Trianon-Theater.
Heute Totensonntag, abends 8 Uhr:
Das Ende der Liebe.
Montag: **Diebesbarometer.**

Heute Totensonntag:
Auserwähltes Programm
u. a.:
Gesangsbegleitung der Mme. Derrol.
Anfang 6 Uhr.
Kinder haben keinen Zutritt.

Boigt-Theater.
Schmiedbrunnen Badstraße 58.
Sonntag, den 24. November 1912:
Nachmittags: **Keine Vorstellung.**
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt...
Schauspiel in 5 Akten von E. Ritterfeld.
Nach d. gleichn. Rom. i. d. „Morgens.“.
Kassen-Eröffnung 10-12 Uhr u. ab. 7 Uhr.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Sonntag 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Montag 1/2 8 Uhr:
Professor Dr. H. Brauns:
Züchtung von Organen auf natürlichen und künstlichen Nährböden.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag:
Eintritt 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Täglich 4 Uhr: Gr. Militär-Konzert
Donnerstags: Joh. Strauß.

Zirkus Busch.
Heute Sonntag, 24. November, abends 7 1/2 Uhr:
Zum zweiten Male die große Prunk-Pantomime Sevilla
in 6 glänzenden Akten.
Vorher:
Das gesamte große Gala-Programm.

Metropol-Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Einmalige Aufführung:
Schuldig!
Drama in 3 Akten, von Richard Bock.
Morgen und folgende Tage:
Chauffeur — ins Metropol!

Herrnfeld Theater
Heute Sonntag 8 Uhr:
Hausierer Jockele.
Die letzte Ehre.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Morgen Montag: **Zum 50. Male: Die Alpenbrüder.**
Das Scheidungs-Souper.
Billet-Vorverk. 11-2 (Theaterk.).

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die **HEILIGE WEISSE NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-Schwester.
Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

Passage-Theater
Unter den Linden 22/23.
Ki-Ko
Lichtspiele.
Heute Totensonntag
Extra-Programm.
Anfang 6 Uhr.

Folies Caprice.
Komiker Schnitzel
Der Dorfmusikant.
Morgen und folgende Tage:
Der teufliche Joseph.
Der Reddod.
Der Einbrecher.

Charlottenburger Festsäle
Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 24.
Empfehle 2 große Säle f. Versammlung, Familien- u. Vereinsfeste.
Jeden Dienstag, heute Sonntag: **Gr. Ball** in beiden Sälen.
Donnerstag sowie

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 52. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Doppel-Konzert!**
Musik: **Kaiser-Franz-Regiments, Dirig. Oberm. Becker.**
Musik: **1. Garde-Dräger-Regts., Dirig. Oberm. Baars.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Excelsior-Lichtspielhaus
Neukölln Bergstr. 151-152
Richardstr. 12-13 Passage
Vom 22. bis 28. November inkl.:
Sklaven der Schönheit.
Kunstfilm in 3 Akten
mit Ferdinand Bonn, Robert Dinaessen und Frau Frölich.
Kindern unter 14 Jahren, auch in Begleitung Erwachsener, ist der Eintritt nicht gestattet.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Sonntag, 24. November, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
mit extra auserwähltem Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Das unübertreffliche Ausstattungsstück sowie die Hauptattraktion von Berlin.

Casino-Theater
Rotbringer Str. 37. Abends 8 Uhr:
Einmalige Aufführung
Die verkaufte Frau.
Ab morgen bis Donnerstag:
Der Großfürst.
Freitag: **Premieren-Abend.**

Theater Königstadt-Casino.
Holmarstraße 72,
1 Min. v. Bahnh. Rannowbrücke.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das gr. Spezialitätenprogramm
und „Eine von der Wasserkant“.
Lebensbild in einem Akt.

Volks-Theater
Neukölln, Hermannstr. 20.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Der Götter von Notre-Dame.
Schausp. in 5 Akten v. G. Borch-Weißer.
Montag 8 1/2 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.

Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15.
Sonntag, den 1. Dezember 1912, abends 7 1/2 Uhr pünktlich:
Auf höchsten Befehl seiner hochfürstlichen Durchlaucht „Serenissimus“:
Lustiger Abend
Seine hochfürstliche Durchlaucht werden mit Gefolge in der Follage erscheinen.
Leitung: **Hans Freiherr v. Wolzogen.**
Mitwirkende:
Margarete Walkott — Hans v. Wolzogen — Albert Artaque — Theo Frody — Richard Kaiser — Bernhard Nitzsche — Traute Carlsen.
Entree 50 Pf. Abendlosse 60 Pf.
Vorkauf bei **H. Dorich,**
Engelauer 15. 298/19

Blüthneraal.
Konzert des Blüthner-Orch.
Dir.: **Br. Meyersberg.**
Sol.: **E. Reiners (Ges.) A. Schütz (Org.)**
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.

Zirkus Barum
nebt
großer Raubtierdressurschau
Welfensee, Streustr.
Heute Sonntag
2 Galavorstellungen
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Auch in 4 Uhr-Vorstellung
Vorführung sämtlicher Raubtierdressuren.
folgende Tage abends 8 1/2 Uhr
Vorstellung.
— Zirkus wird geheizt. —

Reichshallen-Theater
Genie: **Stettiner Sänger.**
Elite-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Nächste Nachmittags-Vorstellung Sonntag, 1. Dezember. Sanat. Sonntags.

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. Karl Richter.
Heute Totensonntag:
Paul Mantheys lustige Sänger
unter Mitwirkung d. Gesangv. „Weddinger Harmonie“.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger mit Freilanz.**
Jeden Donnerstag: **Großes Militär- Streichkonzert** m. ansehl. Familien- Kränchen.
Vorzugskarten gelten.

Alhambra
Waller-Idenstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zambat.

Karl Nissle's Festsäle
Dennowstr. 13.
Sonntag, den 24. November:
Konzert u. Lichtbildervortrag:
Fritz Reuters Leben und Werke.
Bardorffs Inst. Eintritt 50 Pf.
Anfang 6 Uhr. 12815

Humor-Quartett
Gg. Trener Kastanienallee 6
Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Admiralspalast
Eis-Arena.
Heute 2 Vorstellungen 2 Nachmittags (1. Vorstellung um 6 Uhr) und abends das sensationelle Eis-Ballett **Yvonne.**
Das reichh. Kunstlaufprogramm. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Straßener Ecke.
Täglich: **Gr. Kino-Vorstellung.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung.

THEATER GROSS-BERLIN AM ZOO.
Sonntag, den 24. November, 8 Uhr:
Kreuzberg-Ballett Rosen-Ballett
aus:
So hummeln wir!
Vorher: **Konzert-Teil:**
Edy Smeraldina Hedwig Döring u. a.
Varieté-Teil:
Henry de Vry (Balkan-Bilder)
Sisters Bekesy u. a.
Rauchen überall gestattet.

Der Aktivist
Inzeratentwertung: **Ed. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts**

Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Art der „Materialienfammlung“ für ein Zuchthausgesetz.

Der Leipziger Polizei gebührt die Ehre, eine neue Methode entdeckt zu haben, „Materialien“ für eine Zuchthausvorlage zu sammeln. Der gegenwärtige Streik der Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer gab ihr die erwünschteste Gelegenheit, diese neue Methode auszuprobieren. Sie begnügt sich nämlich nicht mehr damit, nach altem Rezept die Streikposten wegzumachen, ihnen Flugblätter wegzunehmen usw., sie liefert jetzt vielmehr den ausjerrungsfollerigen Unternehmern amtliche Arbeitswillige, Polizisten in Arbeitsluft, die die ausfahrenden Streikbrecher auf den Gefährten begleiten. Die also zum Streikbruch abkommandierten Polizisten unterscheiden sich in ihrem äußeren Auftreten in keiner Weise von den Arbeitswilligen, sitzen auf dem Wagen, legen mit Hand an und sind — sofort zur Stelle, sobald es jemand wagt, ein nützliches Element auch nur scheinbar anzusehen. So rief vor einigen Tagen der Kutscher eines Expeditionsgeschäftes einem vorbeifahrenden Streikbrechertrupp einige Worte zu. Sofort sprang einer aus dem Trupp der Streikbrecher vom Wagen, eilte auf den Kutscher zu, zog aus einer Tasche eine Marke und legitimierte sich als — Kriminalbeamter. Da hätte dann also die Staatsanwaltschaft für ihren Prozeß einen „amtlichen“ Zeugen, der sich für diese staatsretterische Tätigkeit in einen Streikbrecher verwandeln mußte. Eine erhebende Tätigkeit. Und zwar geschieht diese echte Polizisten-tätigkeit im vollen Einverständnis mit dem Leipziger Polizeiamt. Denn auf eine Beschwerde des Transportarbeiterverbandes antwortete das Polizeiamt, daß diese Art polizeilicher Betätigung notwendig sei.

Die Scharfmacher werden an diesem Vorgehen der Leipziger Polizei natürlich ihre helle Freude haben. Bekanntlich kommen in deutschen Ländern drei Eide eines Zivilisten nicht gegen einen einzigen Polizisten aus. In den Parlamenten aber wird man dann auf das „einwandfreie Material“ der „amtlichen Arbeitswilligen“ hinweisen.

Berlin und Umgegend.

Ein Gewaltstreik der „Victoria“.

Zwei Angestellte, die 13 bzw. 15 Jahre im Dienste der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ gefrondet hatten, wurden wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit kurzerhand gemahregelt. Dieser Gemahre hat weit über die Kreise der direkt Beteiligten helle Empörung und große Erbitterung hervorgerufen. Daß auch die Angestellten nicht mehr gewillt sind, sich derartige Eingriffe in ihre persönlichen Verhältnisse gefallen zu lassen, wies ein Besuch sowie Verkauf einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen auf Freitag abend nach dem „Deutschen Hof“ einberufenen Protestversammlung. Saal und Galerie waren zum Brechen gefüllt. Schulter an Schulter gedrängt, lauschten die Erschienenen den Ausführungen der Referenten, erhoben sie flammenden Protest gegen den Herrenstandpunkt in der „Victoria“.

Wie der Vorsitzende Kogon bei Eröffnung der Versammlung mitteilte, waren alle Reichstagsfraktionen schriftlich eingeladen. Erschienen seien jedoch nur die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion.

Erster Redner war Rechtsanwalt Hugo Heinemann. In einem feinspontierten Referat behandelte er die Frage des Koalitionsrechts vom prinzipiellen Standpunkt aus. Er ertönte stürmischen Beifall.

Als zweiter Redner beschäftigte sich Rudolf Dreitschmid eingehend mit dem Musterbetriebe der „Victoria“. Redner besprach dann unter großer Empörung der Versammlung den neuesten Gewaltakt: die Mahregelung der drei Angestellten, die lange Jahre ihre ganze Arbeitskraft der Gesellschaft geopfert hatten. Es wäre das alte Lied in neuen infamen Variationen, das Lied: „Was Brot ich esse, das Lied ich singe.“ Dadurch ertönte man keine Männer, sondern so ertönte man Lumpen. Jetzt müsse nun vor allem der dringende ernste Appell an die Arbeiterschaft gerichtet werden, nicht länger eine Gesellschaft zu unterstützen, die die elementarsten Rechte der Arbeiter mit den Füßen trete. Dem Konsumistenstandpunkt müsse Geltung verschafft werden. Hinweg mit dem Versicherungsvorschlag der „Victoria“. Sorge jeder mit dafür, daß das neue Unternehmen — die „Vollstuförge“ — welches sich die Arbeiter selbst schafften, zu einem blühenden werde. Organisieren und agitieren sei ferner die Lösung, mit der Gleichgültigkeit und dem Ständesdünkel müsse jetzt endlich aufgeräumt werden. Der Kampf werde nicht nur für höhere Löhne geführt, sondern vor allem um die Persönlichkeitswürde, für Menschenrechte. Diese Ausführungen wurden von lebhafter Zustimmung begleitet und am Schluß durchdringender nicht endenwollender Beifall den Saal.

In der nunmehr folgenden Diskussion übermittelte Herr Vand vom Bund der kaufmännischen Angestellten dem Zentralverband seine Sympathie im Kampfe um Anerkennung des Koalitionsrechts. Er bezeichnete es als sehr bedauerlich, daß die Angestellten in vielen Fällen schlechtergestellt seien als die Arbeiter.

Nach ihm ergriß Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann, von stürmischen Beifall begrüßt, das Wort: Die „Victoria“ vertrete ganz den Standpunkt des Bischofs Genle, der sagte: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Demgegenüber berufe er sich einmal auf das Wort des Dichters, der sagte: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Die Angestellten müßten sich aber auch politisch betätigen. Als Staatsbürger müßten sie mitreden, damit sich die Dinge so gestalten, wie es notwendig sei. Redner wies noch auf den Rat des Zusammenschlusses hin und rief den Indifferenten zu, sich zu organisieren.

Herr Kedes erklärte im Namen des Vereins der Deutschen Kaufleute, daß sie immer dort zu finden seien, wo es sich darum handele, das Koalitionsrecht zu vertheidigen.

Herr Geiser vom Bund der technisch-industriellen Beamten wies auf die Mahregelungen hin, unter denen die Techniker zu leiden haben. Notwendig wäre ein feiter Zusammenschluß aller, damit die Gewaltstreiche der Unternehmer zusammenwürden.

Reichstagsabgeordneter Silberschmidt (als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands) teilte unter lebhaftem Beifall mit, daß die organisierte Arbeiterschaft die Handlungsgehilfen auf ihren ferneren Wegen mit der größten Sympathie begleite. „Weder schilder“ seine Eindrücke, die er vor zwanzig Jahren und heute in den Versammlungen der Handlungsgehilfen gewonnen habe. Wenn man das Wachstum der Gewerkschaften allgemein betrachte, so sei die Organisation der Handlungsgehilfen in der Entwicklung um einen Schritt zurückgeblieben. Die Folgen machten sich nun sehr bemerkbar. Vielleicht habe es erst der Brutalität des Kapitalismus bedurft, um Tausende auf die Organisation hinzuweisen. Die „Victoria“ konnte der Bewegung der Handlungsgehilfen wohl kaum einen besseren Dienst erweisen. Jetzt heiße es: Vorwärts, durch zu besseren Verhältnissen. Die Stimmung der Versammlung kam schließlich durch die Annahme folgender Resolution zum Ausdruck:

„Die am Freitag, den 22. November 1912, im „Deutschen Hof“ zu Berlin versammelten Versicherungsangestellten protestieren auf das entschiedenste gegen die Mahregelung einiger Angestellten durch die „Victoria“, Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin.“

Die betroffenen Angestellten waren 13 bzw. 15 Jahre in Diensten der Firma und sind lediglich wegen ihrer Tätigkeit für die gewerkschaftliche Organisation, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, geahndet worden.

Die Versammelten lehnen in dieser Handlungsweise der „Victoria“ einen unzulässigen Angriff auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Angestellten, und übertragen den Zentralverband der Handlungsgehilfen, alle erforderlichen Schritte zu tun, um die Direktion der „Victoria“ zur Zurücknahme der Mahregelungen zu veranlassen.

Die Versammelten verpflichten sich, ihr Koalitionsrecht bis aufs Äußerste zu verteidigen und werden mit aller Kraft für den Ausbau und die Stärkung ihrer Organisation, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, tätig sein.“

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifdifferenzen ist die Firma Reumann, Ledermöbelfabrik, Königsberger Str. 29, für Polsterer gesperrt. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Bremen erhielt von 3748 gültigen Stimmen die Liste der Freien Vereinigung 871 Stimmen, die anderen untereinander verbundenen Listen (Hauptauschuh) 2877 Stimmen. Die Freie Vereinigung erhält einen Vertrauensmann und einen zweiten Ersatzmann. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der eine riesige Agitation entfaltet hatte, erlitt eine fühlbare Niederlage: er brachte es nur auf 318 Stimmen und muß sich mit einem ersten Ersatzmann begnügen. Am besten hat die Frauenliste abgeschnitten; sie erhielt bei 847 Stimmen 2 Vertrauenspersonen und 2 zweite Ersatzpersonen.

In Osterholz-Scharmbeck erhielt die Freie Vereinigung den zweiten Vertrauensmann und den fünften Ersatzmann und in Stade zwei Ersatzmänner.

In Rudolstadt-Stadt erhielt die Liste der Freien Vereinigung 85 von 116 abgegebenen gültigen Stimmen. Gewählt wurde als Vertrauensmann Arbeitersekretär E. Otto, ferner ein erster und zwei zweite Ersatzmänner. — In Rudolstadt-Land entfielen von 137 gültigen Stimmen auf die Liste der Freien Vereinigung 25. Gewählt ist ein erster Vertrauensmann; die übrigen Vertreter entfielen auf die Liste des Hauptauschusses.

Eine zweite Wahl zur Angestelltenversicherung in Braunschweig fand erst jetzt statt. Am 30. Oktober hatte der Magistrat eine Wahl angelegt, die jedoch infolge der schlechten Organisation durch den Stadtmagistrat von wüstem Tumult begleitet war und deshalb nach zweifelhafter Dauer abgebrochen werden mußte. Bei der jetzigen Wahl wurden bei über 4000 Wahlberechtigten 2483 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Freie Vereinigung 759 Stimmen. Der Hauptauschuh erhielt 3 Vertrauensmänner und 8 Ersatzmänner, die Freie Vereinigung einen Vertrauensmann und 2 Ersatzmänner.

Ein organisierter Angriff auf das Koalitionsrecht der Angestellten.

Der Verband hannoverscher Metallindustrieller hat an seine Mitgliedsfirmen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, durch Fragebogen festzustellen, welche ihrer Angestellten dem Bund der technisch-industriellen Beamten angehören. Auf Grund dieser Feststellungen soll im Zentralbureau des Verbandes eine schwarze Liste zu dem ausdrücklichen Zwecke hergestellt werden, Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten, wenn nicht überhaupt, so doch von „gehobenen“ Stellungen fernzuhalten. Die Fragebogen (die auch Angaben über Familienstand und Familiengröße, sowie über die etwaige Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation fordern, also von allen Technikern als völlig unbedingtes Einbringen in ihre Privatverhältnisse empfunden werden müssen) sind den Angestellten vielfach bereits vorgelegt worden. Im Werke des Herrn Garbens (Vorsitzender des Verbandes) hat die Weigerung, aus dem Bunde auszutreten, schon zu einer Mahregelung geführt; bei der Hannoverischen Maschinenbauaktiengesellschaft ist eine solche drei Ingenieuren angedroht worden, die die Beantwortung der gestellten Fragen zunächst verweigerten. — Während also die Arbeitgeber sich immer strammer zusammenschließen, von der Aussperrungswaffe immer realer Gebrauch machen, und denjenigen ihrer Brandgenossen gegenüber, die das Recht des sich nicht koalierens in Anspruch nehmen, zu immer schärferen Mitteln des Zwanges greifen, suchen sie auf der anderen Seite die Gegenpartei, die Angestellten durch wirtschaftlichen Boykott an der Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts zu hindern und ihre Gewerkschaft zu spalten. Daß das verlorene Liebesmäh ist, daß solche Methoden schließlich kein anderes Resultat haben kann, als die — leider noch lange nicht genug allgemeine — Erkenntnis der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten bei den Angestellten zu fördern, braucht kaum gesagt zu werden. Aber das schwere Unrecht muß laut gerufen werden, das den Einzelnen zugesetzt wird, denen der Muth des Arbeitgeberverbandes nur die Wahl zwischen der Hintanhaltung ihrer eigenen materiellen Interessen, Solidaritätsbruch und — Lüge läßt.

Zu den Differenzen in der Halberstädter Wurstfabrik von Christian Förster (Inh. H. Waldeyer) hat nun auch das Gewerkschaftsamt von Halberstadt Stellung genommen und beschlossen, der Fleischerorganisation vollste Unterstützung in ihrem, von der Firma Chr. Förster aufgegebenen Kampfe zu gewähren. Unterdessen wird bei der Firma auch den übrigen organisierten Arbeitern die Entlassung angedroht, falls sie nicht aus der Organisation austreten. Eines der nützlichsten Elemente forderte — sicher im Auftrage der Firma — die Arbeiterinnen auf, aus dem Fleischerverbande auszutreten, anderenfalls würde eine nach der anderen aus dem Betriebe hinausgewiesen. Die Firma will also den Kampf, die organisierte Arbeiterschaft mag hiervon Notiz nehmen.

Ausland.

Das Ende des Mailänder Buchdruckerstreiks.

Nach zwanzigtägiger Dauer ist am 17. d. M. der Streik im Mailänder Druckerergewerbe beigelegt worden. Unter weitgehenden Zugeständnissen der Unternehmer ist der neue Tarifvertrag für die Dauer von fünf Jahren zustande gekommen. Der neue Vertrag schließt nicht unwesentliche Vorteile ein, von denen die Unternehmer allerdings heute erklären, sie hätten sie auch ohne den Streik bewilligt, was den Arbeitern wohl vor dem Ausstand nicht eingeleuchtet haben dürfte, denn aus Übermut werden sie die Arbeit wohl nicht niedergelegt haben. Die wichtigsten Lohn erhöhungen sind die folgenden: Für die Handfeger von 5,20 Lire auf 5,85 pro Tag (12 Proz.), für die Maschinenfeger Typograph und Monotype von 6,70 auf 7,25, für Linotype von 7,80 auf 8,40 (7 1/2 Proz.), für die Drucker, je nach dem Maschinen, von 4,80 auf 4,60 bis 6,80 auf 6,80 (Erhöhung von 8—15 Proz.). Die Stereotypen verbessern sich um 7 Proz., die Lithodrucker um ebenso viel, das Hilfspersonal um 20 Proz. Die Arbeit wird am 19. oder 20. wieder aufgenommen; Mahregelungen finden natürlich nicht statt.

Krankenkassen und Medizin.

Das Reichsgericht hat eine für die Krankenkassen außerordentlich wichtige Entscheidung gefällt.

Zeichenerichtlich geschützte Medikamente sind sehr teuer. Oft kosten Chemikalien, die einer realen Wert von 10 bis 30 Pfennig haben, nach der Zusammensetzung in der chemischen Fabrik zu einem zeichenerichtlich geschützten Präparat 10 Mark und mehr. In wirtschaftlicher Beziehung ist für die Krankenkassen der Umstand von großer Bedeutung, ob sie eine Arznei von gleicher Wirkung mit Pfennigen oder mit Markstücken bezahlen. Aus diesem Interessenkonflikt zwischen Chemikern und Patienten, Apothekern und Krankenkassen ist die Rechtsfrage hervorgegangen, ob die Einwirkung der Krankenkassen auf die Ärzte zum Zwecke der Vermeidung der zeichenerichtlich geschützten teuren medizinischen Waren erlaubt ist oder unterlassen werden kann. Anlässlich des Rechtsstreits des Chemikers Dr. F. in Berlin gegen den Württembergischen Krankenkassenverband und den Pfälzer Delegiertenverband hat das Reichsgericht am Freitag die von den Verbänden betätigte Art der Bekämpfung eines teuren chemischen Präparates nicht gebilligt und deshalb die genannten Verbände in entsprechender Weise verurteilt. Dem Rechtsstreit liegt folgender Tatsachenverhalt zugrunde:

Dem Kläger ist das schmerztreibende Mittel Pyrenol, das aus Benzoesäure, Salicylsäure und Thymol besteht, zeichenerichtlich geschützt. Der Württembergische Krankenkassenverband in Stuttgart behauptet, daß das Mittel mit dem hundertfachen Betrage der Selbstkosten berechnet werde. Er hat das Pyrenol deshalb in das von ihm herausgegebene Buch über Arzneiverordnungen aufgenommen, in dem neben den teuren Mitteln Hinweise auf billigere gleichartig wirkende Mittel zu finden sind. Damit diese Aufstellungen ihren praktischen Wert nicht verlieren, läßt der Krankenkassenverband alle Ärzte die er anstellt, einen Kewers unterschreiben, in dem die Ärzte sich damit einverstanden erklären, daß sie in den Fällen, wo sie Pyrenol verschreiben, damit einverstanden sind, wenn in den Apotheken gleichwertige Arzneimittel abgegeben werden. Nur in den Fällen, wo sie die Abgabe der Arzneimittel mit ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung nicht vereinbaren können, sollen sie hinter das Pyrenol den Vermerk „N. B.“ setzen; dann soll von den Apothekern Pyrenol abgegeben werden. Die Apotheker sind in entsprechender Weise verpflichtet worden, Arzneimittel zu verabfolgen. Bei Verstößen gegen diese ökonomischen Vorschriften soll der Krankenkassenverband das Recht haben, Ärzte und Apotheker zum Teil schadenhaftig zu machen. Der Kläger, der das Präparat Pyrenol in einer chemischen Fabrik in Leipzig herstellen läßt, hat wegen dieser Maßnahmen des Württembergischen Krankenkassenverbandes Klage erhoben und Versätze gegen das Warenschutzgesetz, das Wettbewerbsgesetz, das Strafgesetzbuch und das Bürgerliche Gesetzbuch gerügt.

Das Landesgericht und Oberlandesgericht Stuttgart hatten die Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht führte zur Begründung seines Urteils aus, daß überhaupt kein Verstoß vorliege, wenn die Beklagten die Ueberzeugung erlangt haben, daß ein anderes Mittel genau so gut helfe und wenn sie mit erlaubten Mitteln ihre Ärzte veranlassen zur Anwendung einer gleichartigen Arznei ihre Einwilligung zu geben.

Das Reichsgericht hat aber das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart aufgehoben und die Beklagten verurteilt, es zu unterlassen, aus den ausgestellten Kewers, soweit dadurch das Heilmittel „Pyrenol“ betroffen wird, Rechte herzuleiten. Fernerhin sind die Beklagten verurteilt worden, es zu unterlassen, sich von den Kassenärzten die bezeichneten Kewers ausstellen zu lassen, auch sollen sie in Zukunft kein Recht haben, den Apothekern die Abgabe von Pyrenol dort zu verlangen, wo es der Arzt verordnet. (Aktenzeichen: II 293/12.)

Man wird das schriftliche Urteil abzuwarten haben. Hat das Reichsgericht nur aus dem Wortlaut des württembergischen Kewers heraus geurteilt, so dürfte gegen seine Entscheidung nichts einzuwenden sein. Es ist ein hart an Leistung freies Vergehen gegen das Warenschutzgesetz, auf dem Rezept das Wort Pyrenol zu gebrauchen, wenn die Patienten in den Klauen zu versehen, er erhalte Pyrenol, während er nur ein allerdings vielleicht gleichartiges Gemisch der Grundstoffe des Präparates erhält. Es scheint hier eine Fahrlässigkeit bei Aufstellung des Kewers abgemahnt zu haben, für die die Verbände nun mehr an Gerichtskosten zu zahlen haben, als sie durch ihre Anordnung der Kasse ersparen konnten.

Ganz anders ist die Frage zu beantworten, ob Kassen berechtigt sind zu verlangen, daß statt teurer, weil zeichenerichtlich geschützter Präparate billigere gleichwertige Verschreibungen stattfinden. Dazu sind die Kassen aus finanziellen Gründen gezwungen, weil die zeichenerichtlich geschützten Präparate einen ungeheuer hohen Preis haben. Den Ärzten vorzuschreiben, daß sie solche geschützten Präparate überhaupt nicht verwenden, geht aber viel zu weit. Es darf dem Gewissen und der Ueberzeugung des einzelnen Arztes keine Schranke gezogen werden. Es ist denkbar und kommt nicht selten vor, daß ein Arzt ein Präparat verschreibt, weil er der Ueberzeugung ist, daß die Herstellung gerade durch die begünstigte Fabrik eine einwandfreie ist, während er dieselbe Ueberzeugung von anderen Fabriken vielleicht auf Grund gemachter Erfahrungen nicht hat. Die Herstellung der Präparate geschieht meist nicht durch einfache Mischung seiner Bestandteile. Wesentlich ist vielmehr oft der Hitze-grad, die Dauer der angewendeten Erhitzung oder Abkühlung und dergleichen. Die Kasse darf den Arzt nicht in einem gewissen Konflikt bringen. Deshalb haben wir mit Recht die württembergischen Verbände in ihrem Kewers, daß der Arzt berechtigt ist, das Präparat statt der Arbeitsteile zu verschreiben, wenn die andere Art der Verschreibung seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung widerspricht. Nicht die Kassenverwaltung, sondern der Arzt trägt die moralische Verantwortung für die Art der Behandlung des Kranken. Ein Krankenpatient soll vom Arzt genau so behandelt werden, als ob er ein Privatpatient wäre.

Die Kassen werden durch die ungeheuer hohen Preise der zeichenerichtlich geschützten Präparate zu Umänderungen mit den Ärzten über die Art der Verschreibung gezwungen. Ohne eingehende Beratung mit Ärzten können solche Umänderungen wohl nicht zustande. Die oft exorbitant hohen Preise für Präparate betreffen auf den Widerspruch unserer Gesetzgebung, daß Arzneien zwar nicht patentiert, der Allgemeinheit nicht vorenthalten, aber zeichenerichtlich geschützt werden dürfen. Diefen zeichenerichtlich geschützten haben die kapitalistischen Interessen großer chemischer Fabriken leider durchgesetzt. Die Vereinfachung dieses Schutzes, zum mindesten eine Begrenzung der Höhe des Preises der geschützten Präparate liegt im Interesse der Allgemeinheit, sie ist eigentlich eine Konkurrenz des verständigen Verbots, Arzneien zu patentieren.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht in Tempelhof.

1. Gerichtlich abgelehnte Ablehnung eines Zeigers.

In einem Rechtsstreit, den ein Arbeiter vor dem Gewerbegericht Tempelhof gegen die Firma Hermann u. Ludwig Anhängig gemacht hatte, stellte der Vertreter der Beklagten vor Eintritt in die Verhandlung den Antrag, den Arbeitnehmerbestiller Graul wegen Verstoßes gegen die Befangenheit abzulehnen. Herr Graul habe, so wurde zur Begründung des Antrages angeführt, die Klage-schrift des Klägers verfaßt. Dadurch sei die Unparteilichkeit eines Zeigers nicht mehr gewahrt. Er habe in der Klageschrift beantragt, das Gericht möge die Beklagte verurteilen. Mitin habe er sein Urteil bereits vor der Verhandlung fertig gehabt. Diefeshalb müsse er als befangen abgelehnt werden.

Das Gericht gab nach kurzer Beratung dem Antrage statt.

Daraufhin lehnte der Kläger den Vorstehenden, Syndikus Wiesener, wegen Besorgnis der Befangenheit und Parteilichkeit ab. In dem Sühnetermin habe der Vorstehende die Beklagte ziemlich deutlich darauf hingewiesen, Herrn Graul als Zeiger abzu-
nehmen. Dies übertrug er nach Ansicht des Klägers die Befugnisse des Vorstehenden. Deshalb mußte er ihn als Befangenen ablehnen. Unter Hinzuziehung eines anderen Vorstehenden wurde nunmehr über den Ablehnungsantrag beraten. Syndikus Wiesener erklärte, daß er sich nicht für Befangenen halte. In dem Sühnetermin habe er den Kläger gefragt, wer die Klageschrift geschrieben habe. Dieser habe ihm dann gesagt Herr Graul. Dem Vertreter der Beklagten habe er deshalb gesagt, er könne im Termin ja Anträge stellen.

Das Gericht lehnte den Antrag des Klägers ab. Da dieser auf das ihm zustehende Rechtsmittel der Beschwerde verzichtete, wurde unter Vorbehalt des Syndikus Wiesener in die Verhandlung selbst eingetreten.

Das Klageobjekt betrug 12 M. Diese Summe war dem Kläger nach seinen Angaben bei der Entlassung vom Lohne abgezogen worden. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage und erhob Widerklage in Höhe des vom Kläger geforderten Betrages. Der Rechtsstreit war die Folge von Differenzen, die nach Festsetzung der Affordpreise entstanden waren. Der Kläger gab an, die geforderte Summe setze sich aus einem Affordüberzahl und einigen Lohnstunden zusammen. Die Beklagte behauptete, der Kläger habe bei einem früheren Afford 12 M. zuviel bezahlt erhalten. Diese Summe fordere sie durch die Widerklage.

Nach längerem Verhandeln wurde die Beklagte verurteilt, an den Kläger 12 M. zu zahlen. Der Widerklage wurde insofern stattgegeben, daß Widerbeklagter verurteilt wurde, an die Firma 4,46 M. zurückzugeben.

Dem Ablehnungsantrag ist mit Recht stattgegeben; wer als Vertreter oder als Helfer einer Partei zwecks Durchsetzung des Klageanspruchs tätig war, kann als unbefangenen bei der Urteilsfindung nicht erachtet werden. In der Sache selbst ist Beklagte mit Recht verurteilt: eine Aufrechnung gegen den Lohn ist nach § 394 B. G. B. unzulässig. Hatte die Beklagte zu viel für eine andere Arbeit gezahlt, so kann sie nur auf Rückzahlung wegen ungerechtfertigter Bereicherung Klagen, nicht aber gegenrechnen. Auch in der Exekutionsinstanz ist eine Aufrechnung unzulässig.

2. Vorzeitige Entlassung.

Gegen den Restaurateur Winkelmann in Tempelhof klagte der Koch A. auf Zahlung von 250 M. wegen vorzeitiger Entlassung. Der Kläger war als Koch bei dem Beklagten durch Vertrag bis 1. April 1913 verpflichtet. Am 31. Oktober sei er, führte er aus, ohne gesetzlichen Grund entlassen worden. Deshalb fordere er zunächst für Monat November 250 M. Weitere Ansprüche behalte er sich vor. Der Beklagte wendete ein, der Kläger habe seine Pflicht nicht getan. Die Gäste seines Lokales hätten sich wiederholt über das Essen beschwert. Als das Essen trotz wiederholter Verwarnung des Klägers nicht besser geworden sei, habe er ihn entlassen. — Das Gericht konnte nicht die Überzeugung gewinnen, daß der Beklagte einen Grund hatte, den Kläger ohne Einhaltung der Kündigung zu entlassen. Es verurteilte den Beklagten daher, an den Kläger 250 M. zu zahlen.

Ein kommunalagrarisches Experiment.

In Frankfurt a. M. ist es den wiederholten Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten gelungen, die Gemeinde zu einem Versuch zu bewegen, durch eigene Viehzucht der Fleischnot entgegenzuwirken. Man will zunächst Rinder schlachtreif machen, und zwar im Weidetrieb. Mit dem Kreise Westerburg wurde ein Vertrag geschlossen wegen Ueberlassung einer Fettviehweide auf zunächst sechs Jahre, mit dem Recht der Vertragsverlängerung auf längstens 14 Jahre unter den gleichen Bedingungen, wenn Frankfurt Lust dazu hat. Die Weide wird erst mit 40, dann 70, von 1915 ab mit 100 Rindern besetzt. Weidperiode mindestens 180 Tage. Die ausgegebene Viehzahl im Lebendgewicht von mindestens 8 Zentner das Stück, muß auf der Weide völlige Ernährung finden und in der angegebenen Zeit schlachtreif werden. Die Stadt zahlt 50 M. Weideweg für jedes Stück Vieh, dafür hat der Kreis Westerburg den ganzen Weidetrieb zu leiten, das Personal, einschließlich Tierarzt zu besolden, Schutzhütten für das Vieh zu stellen usw. Richtet der Kreis weitere Fettviehweiden ein, so hat die Stadt darauf das Vorrecht.

Das Experiment ist kommunalpolitisch und agrarwirtschaftlich interessant. Der Westerwald enthält riesige Flächen Oeland und magerer Weide, aus denen sich Fettweiden schaffen ließen, sofern Gemeinden und Kreise zusammenarbeiten und der Staat Hilfe leistet. Jetzt sind die Flächen meist mit Ginster und Wachholder besetzt und von schmalen Waldstreifen eingefast. Ihr Ertrag ist gleich null. Im preussischen Teil des Vogelsbergs waren von ähnlichem Gelände bis zum Vorjahr 1900 preussische Morgen mit rund 60 000 M. Kosten melioriert worden, Gemeinden, Regierungsbezirk und Staat trugen je ein Drittel der Kosten. Es wurden z. B. in einer Gemeinde auf 28 Morgen für Neu 700 M. im ersten Jahr gelöst. Günstiger noch waren die Ergebnisse des Weidetriebs und daselbe hat man auch auf Hof Neeberg bei Hachenburg im Westerwald erfahren, dessen Gelände erst meist Unland in trocknem Zustande war. Der Staat hat den Hof 1902 erworben und dem Landwirtschaftsinspektor Schneider zur Bewirtschaftung überlassen. Wo erst nur Ginster und Dorngebüsch wucherte, gibt es jetzt üppigen Graswuchs. Die Milchviehweiden bringen auf den Morgen durchschnittlich 1050 Liter Milch, auf den Jungviehweiden findet auf dem Morgen eine Lebendgewichtzunahme von 250 bis 300 Pfund statt, bei älteren Tieren auf Fettviehweide 875 bis 400 Pfund. Die Rinder tummeln sich auch im strengsten Winter jeden Tag im Freien. Auch die Schweinezucht ist auf Weidernährung eingerichtet.

Auf gleiche Weise ließen sich im Sieger- und teilweise im Sauerland eine Menge Viehfarmen einrichten. Aber überall müßten die Selbstverwaltung- und Staatsorgane energisch Hand in Hand arbeiten, die Gemeinden armer Gebirgsbauern können sich nicht allein helfen. Die Millionen, die der Staat hier aufwenden würde, trügen der Volkswirtschaft reiche Zinsen und brächten ein Stück Hilfe zur Lösung der Fleischnot. Südbraconia liegt in der deutschen Heimat!

Gerichts-Zeitung.

Sexuelles Messerattentat.

Das mysteriöse Messerattentat, welches am 16. März auf einen in den Brunwald verschleppten jungen Mann verübt worden ist, kam gestern zur Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen vorläufiger Körperverletzung und Mißhandlung mittels eines Messers hatte sich der Braconbauer Ernst August Hütwohl aus Köln, ein 37jähriger Mann, zu verantworten. Da es sich um die Tat eines Sadisten (das ist ein Mensch, der in der Verletzung von Grausamkeiten sexuelles Wohlstand empfindet, während man mit Raschheit jene unglücklich verurteilten Menschen bezogelnet, denen das Erleiden von Grausamkeiten ein wollüstiger Genuß ist) handelte, fand die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Der Angeklagte trat am 16. März nachmittags den 17. Jahre alten Fritz Brästel unter den Bänden in der Passage. Er forderte ihn auf, mit ihm nach dem Brunwald zu fahren und P. erklärte sich dazu bereit. Beide fuhren nach der Station Brunwald und gingen in den Wald hinein. Dort forderte der Angeklagte den

jungen Menschen auf, seine Brust zu entblößen und als dies geschehen war, versetzte er ihm plötzlich einen Stich in den Leib und entfloß. Der Knabe, der stark blutete, würde sich wahrscheinlich verblutet haben, wenn ihn nicht der Wirt des Restaurants „Waldschlößchen“, der ausgebildeter Krankenpfleger ist, gefunden und kunstgerecht verbunden hätte. Der Angeklagte wurde später als der Unhold ermittelt. Bei seiner Verhaftung gab er an, daß er seit langem von einem Traumbild verfolgt werde, in welchem ein Mann einen Knaben mit einem Messer steche. Er behauptete, daß er nicht wisse, wie er zu der Tat gekommen. Es sei ihm plötzlich schwarz vor den Augen geworden, er habe den inneren Drang gefühlt, zuzuschlagen und so sei die Tat geschehen. Danach sei er ohne Verurteilung umhergeirrt. Erst durch die Mitteilung des Vorfalls in den Zeitungen habe er sein Bewußtsein wiedererlangt und habe darauf seiner Wirtin erzählt, daß er selbst das Schreckliche vollbracht habe. Der Angeklagte behauptete, daß er Sadist sei.

Auf Antrag des Medizinalrats Dr. Hoffmann war der Angeklagte zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Anstalt Buch überwiesen, wo er sechs Wochen lang verblieb. Das Gutachten der medizinischen Sachverständigen ging dahin, daß der Angeklagte ein erblich schwer belasteter Mensch sei, mit krankhaftem Sexualempfinden, jedoch kege ein Ausschluß der freien Willensbestimmung nicht vor, wenn auch die Tat in einem Zustande der Erregung begangen sei, die ihm die Bestimmung nahezu geraubt habe. Der verurteilte junge Mann ist inzwischen wieder völlig hergestellt. Sachverständiger Dr. Hirschfeld gab sein Gutachten dahin ab, daß es sich um einen gemeingefährlichen Geisteskranken handle, der nicht in das Gefängnis, sondern in das Irrenhaus gehöre. Der Staatsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen § 175 u. § 223a 3 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. — Der Hofbefeehl wurde aufgehoben. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte bei dem Vergehen gegen § 175 noch bei klarem Bewußtsein gewesen, aber schließlich die Körperverletzung in einem unter § 51 fallenden Zustand verübt hat.

Leute wie der Angeklagte gehören in Heilbehandlung oder in ein Irrenhaus.

Einen umfangreichen Adoptionschwindel

betrieben zu haben, wird dem Kaufmann Alexander Knäuper zur Last gelegt, der gestern aus der Untersuchungshaft der 4. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen versuchten und vollendeten Betruges in über 50 Fällen zu verantworten. — Der Angeklagte, der früher ein Detektiv- und Inflationbureau betrieben hatte, unterteilt seit dem Jahre 1908 in der Damsiger Straße 40 unter der Firma „Zentralnachweis für Adoptions- und Kinderpflegestellen“ ein sog. Adoptionsbureau, welches, wie die Anklage behauptet, auf schwindelhafter Basis gegründet und betrieben wurde. Er erließ in mehreren bürgerlichen Zeitungen Inserate des Inhalts, daß durch seine Vermittlung ein „Kind direkter Geburt“ gegen einen einmaligen Erziehungsbeitrag von 4000 M. zu vergeben sei. Die sich meldenden Personen mußten dann für „Auskünfte, Porti und sonstige Spesen“ den Betrag von 5 bis 650 M. einbringen. Hiermit war für den Angeklagten gewöhnlich die Sache erledigt. Da der vom Rechtsanwalt Dr. Jaffe angeordnete Beweis, daß der Angeklagte tatsächlich viele Adoptionen vermittelt habe, einen recht breiten Raum in der Verhandlung einnimmt und außerdem etwa 40 kommissarische Vernehmungen auswärts wohnhafter Zeugen verlesen werden müssen, sind für die Verhandlung drei Sitzungstage in Aussicht genommen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Mißhandlungen von Gefangenen

im Strafgefängnis Bldhensee kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die die 5. Strafkammer des Landgerichts III längere Zeit beschäftigte. Der Richter Friedrich Thon, der eine Strafe in Bldhensee zu verbüßen hatte, war beschuldigt worden, den Gefängnisinsassen sich widersetzt und Anordnungen nicht befolgt zu haben. Er hatte schon beim Schöffengericht die Behauptung aufgestellt, bei dem in Frage stehenden Vorfalle von Gefangenenaußsehern mißhandelt worden zu sein. Das Schöffengericht hielt ihm jedoch des Widerstandes für überführt und verurteilte ihn unter Berücksichtigung der Erregung, in der er sich befunden, zu 60 M. Geldstrafe. Hiergegen hatte sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Konflikt, in den der Angeklagte mit Außsehern gekommen war, spielte sich so ab: Thon hatte am Tage vor der Verbüßung seiner Strafe im Gefängnis etwas schmutzige Arbeit zu verrichten gehabt und glaubte ein Anrecht darauf zu haben, ein Bad nehmen zu dürfen. Er ersuchte den Aufseher Riefow, dem Inspektor dieses Gefängnisses vorzutragen. Riefow soll aber der Ansicht gewesen sein, daß der Angeklagte ja am nächsten Tage in der Freiheit sein Bad nehmen könne und er verwies Thon wieder in seine Barade. Thon blieb aber vor der Barade auf dem Hofe stehen, um den Inspektor bei dessen Rundgang abzusprechen. Darüber kam es zu Auseinandersetzungen und der Angeklagte behauptet unter Verweisung auf das Zeugnis von Mitgefangenen, daß er nun mit Gewalt in die Arbeitsbarade hineingeschleudert worden sei. Als er dann doch wieder auf den Hof hinausgekommen, kam es abermals zu einem erregten Austritt, der damit endete, daß Thon von mehreren Außsehern gewaltsam in die Barade getragen werden mußte. Er behauptet, daß ihn Riefow bei dieser Gelegenheit mit dem Schlüsselbund direkt ins Gesicht geschlagen, so daß das Blut, welches er verlor, noch einige Zeit nachher auf dem Hofe bemerkbar gewesen, und daß der Aufseher Scharfer ihn mit dem Gewehrkolben mehrere Male in den Rücken gestoßen habe. Seine Behauptungen wurden von mehreren Gefangenen, die als Zeugen aus Bldhensee vorgeführt wurden, im großen und ganzen bestätigt. Sie bekundeten zum Teil, daß sie gesehen hätten, wie der Aufseher Riefow den Angeklagten mit dem Schlüsselbund ins Gesicht geschlagen habe. Zum Beweise dafür, daß dem Riefow so etwas auch zuzutrauen sei, hat sich R. A. Dr. Rosenfeld auch noch auf einige Strafgefangene berufen, die nur über allerlei Vorgänge berichteten, bei denen es „gehörige Dreche“, „Meinung nach Notem“ usw. gesagt haben sollen. Diesen Zeugnissen standen die Aussagen der vernommenen Gefängnisaußseher diametral gegenüber. Diese erklärten die allgemeinen Beschuldigungen für gänzlich unzutreffend und sagten ferner aus, daß der Angeklagte den Aufseher Riefow bei dem unter Anklage stehenden Vorfalle bei der Brust gepackt und der Anweisung, vom Hofe zu gehen, sich widersetzt habe, so daß er mit Gewalt habe entfernt werden müssen. Der Verteidiger machte auf die unvereinbaren Gegensätze in den beiden Aussagen aufmerksam, glaubte, daß die Aussagen der Beamten, die doch ihr eigenes Interesse bei dieser ganzen Sache wahrzunehmen hätten, nicht das Uebergewicht haben können und hielt den vom Angeklagten geleisteten Widerstand nicht für erwiesen. Das Gericht folgte aber der Darstellung der Gefangenenaußseher über den Vorfalle und erkannte auf zwei Wochen Gefängnis.

Recht Euch in acht vor Winkelkassulanten!

In der Rolle eines „Gerichtsinpektors“ hatte der Drechslergehilfe Paul Dietrich zahlreiche Schwindeleien begangen, wegen der er sich, wie wir am 17. d. M. mitteilten, seit einigen Tagen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Nach mehrtägiger Verhandlung wurde gestern das Urteil verkündet. Der Staatsanwalt beantragte unter Einrechnung einer vorher gegen D. erkannten Strafe von 6 Monaten eine Gesamtstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis. Das Gericht ging da es sich um recht gemeingefährliche Schwindeleien handelte, über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 3 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft.

Schmuckereien.

Wichtige Vorgänge in dem „Bülow-Kasino“ bildeten den Gegenstand einer Anklage, welche gestern das Schöffengericht Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bennewitz beschäftigte. Angeklagt wegen Erregung öffentlichen Argernisses, Kuppel, unerlaubter Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten und Uebertretung ist die frühere Inhaberin des „Bülow-Kasinos“, Helene Diller und der Geschäftsführer Walter Siemens.

Nach der Anklage soll die Angeklagte Diller in dem Hause Bülowstraße 27 ein Lokal eröffnet haben, welches lediglich einen Sammelpunkt abnorm veranlagter Menschen bildete. Mehrere derartig veranlagte Männlein und auch zahlreiche Weiblein aus Berlin W. trafen sich seinerzeit zusammen und gründeten mit Hilfe eines Kapitals von 20 000 M. eine G. m. b. H., welche dann den Betrieb jenes Lokals übernahm. In dem „Kasino“ soll es mitunter toll zugegangen sein. In der Verhandlung bestritten die Angeklagten mit aller Entschiedenheit, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Es habe sich keinesfalls um ein öffentliches Lokal gehandelt, sondern das ganze Unternehmen sei eine Gründung von Personen einer bestimmten Sinnerichtung gewesen. Der Eintritt sei auch nur durch besondere Einladungen möglich gewesen, fremde Personen seien stets abgewiesen worden.

Der Vertreter der Anklage beantragte eine Gefängnisstrafe von je 1 Monat. Rechtsanwält Seiten hielt bezüglich der den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen die Freisprechung für geboten, da nicht erwiesen sei, daß sie von dem Treiben in ihrem Lokal Kenntnis gehabt hätten. Das Gericht nahm als festgestellt an, daß in dem Lokal tatsächlich allerlei schmutzige Dinge vorgekommen seien, hielt es jedoch nicht für ausreichend festgestellt, daß die Angeklagten davon soweit Kenntnis hatten, daß sie sich durch die Duldung selbst strafbar machten. Der Angeklagte Siemens wurde freigesprochen, die Angeklagte Diller nur wegen Uebertretung der Polizeistunde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus aller Welt.

Kapitalistischer Raubbau.

In einem in der Womens Political League, San Francisco, gehaltenen Vortrage wurden die Praktiken dargelegt, die es heute möglich machen, auf Kosten hungernder Arbeiter und bewunderter Bauern Riesengewinne zu erzielen. So hat der Buttertrust in New York im vorigen Jahre mehrere hunderttausend Pfund bester Butter vernichtet, um den Preis zu treiben. Bei San Francisco werden täglich ganze Schiffsladungen der besten Trauben und anderer Früchte ins Meer geworfen. Alle kalifornischen Früchte werden im Osten billiger und besser verkauft als in San Francisco selbst, wo der Abfall auf den Markt komme. Ungeheuer sind die Preistreiberien Weintrauben würden zu 5—7 Doll. die Tonne beim Farmer verkauft. Im Baden kosteten sie 5—10 Cents das Pfund, das sind 100—200 Dollars die Tonne! Für Wassermelonen erhalte der Farmer 7 Dollars die Tonne; am Ende kosteten sie 108! So kann der Bauer sich kaum mehr ernähren und leiden, von Kulturansprüchen gar nicht zu reden.

Noch übler ergeht es denen, die das System zur Arbeitslosigkeit verdammt. Deren gab es im letzten Winter nur in San Francisco 50 000, denen alles abging. Ein Mann berichtete von 600 Mann, die alle Nächte in einem engen Verdräng ohne Betten auf dem Boden schliefen und morgens hinausgetrieben wurden, um ihre Nahrung zu suchen. Weist fanden sie sie in den Altkäusen! Solche Arbeitslosen gibt es in der Union sechs Millionen — dafür aber sechs Millionen Kinder unter vierzehn Jahren, die als Fabrikklaven fronden dürfen, weil sie billiger arbeiten als Erwachsene. Und in Kalifornien und in Südamerika liegen ungeheure Strecken besten Landes brach. Die Arbeitslosen dürfen sie nicht bebauen, weil sie im Privateigentum stehen.

Und die Menschen müssen hungern und frieren. Ihre Kinder müssen hungern und in Schmutz und Elend verkommen, weil die Arbeiter einer Handvoll Kapitalisten erlauben zu sagen: „Wir haben das Geld, das Land, die Maschinen. Alles gehört uns. Wir haben dafür bezahlt. Ihr Arbeiter dürft nur essen, wenn wir es Euch erlauben. Das ist Gesetz. Und Ihr Arbeiter wählt ja für uns. Ihr wollt es so haben.“

Ein römisches Panama.

Aus Rom wird geschrieben: Der Bau des römischen Justizpalastes, der lange Jahre hindurch wie ein Abgrund erschien, den die italienischen Staatsfinanzen nicht zu füllen vermochten, scheint das Publikum jetzt für diese Eigenschaft entschädigen zu wollen, indem er zu einem unerhörten Quasi skandalöser Enttaltungen wird! Das von dem Genossen Marvati in Neapel redigierte Wochenblatt, die „Scintilla“, hat Gelegenheit gehabt, die Dokumente einzusehen, die auf Veranlassung der parlamentarischen Enquetekommission bei den verschiedenen Submissionsfirmen beschlagnahmt worden sind. Die Dokumente, die seinerzeit in verschiedenen Gefangenenmagen transportiert werden mußten, sind erst in letzter Zeit einer Durchsicht unterzogen worden. Bekanntlich war der Bau, der anfangs acht Millionen kosten sollte und jetzt bereits 43 Millionen gekostet hat, vor allem dadurch so verhängnisvoll für die Staatsfinanzen, daß alle schiedsgerichtlichen Entscheidungen bei den Konflikten zwischen dem Staate und den Submissionsunternehmen zu ungunsten des Staates ausfielen, der für Gerichtskosten und Entschädigungsummen über 10 Millionen zahlen mußte. Es scheint nun aus den Dokumenten hervorzugehen, daß einer der Schiedsrichter, der Abgeordnete Brunialti das Material für den Bau seiner Villa in Rom von derselben Firma bezogen hat, in deren Angelegenheiten er als unparteiischer Schiedsrichter fungieren sollte. Weiter hätte ein anderer Schiedsrichter, der Abgeordnete Tommaso Rosa der Submissionsfirma ein Darlehen gegeben, hätte sich also in beständiger Geschäftsverbindung mit ihr befunden. Der Abgeordnete Guarcino, der während der Zeit des Baues aus eine Zeitlang Unterstaatssekretär der Justiz war, ist als Rechtsvertreter der Baufirma gegen den Staat tätig gewesen und hat diesem zu überlassen von einigen Millionen verholten. Es wurden auch geheimnisvolle Dokumente beschlagnahmt, so eine Notiz, nach der ein „Präsident G. S.“ im ganzen 30 000 Lire von der Firma erhalten hätte, ferner ein Brief mit unleserlicher Unterschrift, in dem zu lesen war, daß der Besizende mit seinen Ansprüchen gar nicht zufrieden zu stellen ist“. Daß die ganze Sache der Enquetekommission sehr unaußer vorkommt, geht schon daraus hervor, daß A. die römische Polizei mit Nachforschungen betraut hat. Diese soll unter anderem feststellen, ob der Abgeordnete und Kassationsrat Rosa Geld auf Bucher leih, und mit welchen Mitteln er unlängst ein Haus in Rom gekauft hat, ob der Abgeordnete Brunialti die Baumaterialien für seine Villa von der Submissionsfirma bezog, während er seine Tätigkeit als Schiedsrichter zwischen Firma und Staat entfalten mußte usw. Es heißt, daß bei der bevorstehenden Wieder- aufnahme der Kammerarbeiten ein Abgeordneter die Regierung darüber zur Rede stellen werde, daß die parlamentarische Enquetekommission die Polizei mit Verdringung von Material über Abgeordnete beauftragt hat. Wahrscheinlich scheint dem Interpellanten

dies in Widerspruch zur Würde der Kammer zu stehen; dem Unbeteiligten kommt es aber so vor, als ob das Material über die Beziehungen der Abgeordneten mit der Submissionsfirma als solches dazu angetan wäre, der Würde der Kammer Abbruch, und zwar in recht beträchtlichem Maße, zu tun. Merkwürdig ist, daß außer dem „Avanti“ keine einzige italienische Zeitung sich mit den neuen Enthüllungen über den Justizprozeß beschäftigt hat.

Folgeschwere Kesselexplosion.

Eine furchtbare Dampfesselexplosion erfolgte am Sonnabendvormittag in dem in Schwerte a. d. Rh. gelegenen Stahlwerk der Aktiengesellschaft für Eisenindustrie zu Wenden und Schwerte. Durch die Explosion wurden zwei Arbeiter getötet, einer schwer und drei leichter verletzt. Das Gebäude, in dem sich die Kesselanlagen befanden, wurde vollständig zerstört. Vorkünftig mußte der Betrieb eingestellt werden, doch hofft die Verwaltung des Werks, mit den Aufräumungsarbeiten bis Montag zu Ende zu sein.

Ein moderner Robinson.

Vor einigen Tagen lief in Liverpool das englische Handelsschiff „Mih Mary“ an, das einen seltsamen Passagier mit sich brachte. Es handelt sich um einen Mann, der sich im Jahre 1884 bei einem Schiffbruch in der Südsee mittels eines Rettungsballes in Sicherheit bringen konnte, nachdem er lange auf dem weiten Ozean umhergetrieben worden war, endlich auf eine kleine, weitverlorene Insel geriet. Die Insel ist auf den Schiffskarten nicht bezeichnet, und so kam es, daß der Gerettete beinahe drei Jahrzehnte auf seinem Eiland zubringen mußte, ohne einen Menschen zu Gesicht zu bekommen. Der Kapitän der „Mih Mary“ erzählt über die Auffindung dieses modernen Robinson: „Unter Dampf war infolge heftiger Stürme vom Kurs abgelenkt und wir suchten eines Morgens zu unserer Ueberraschung Land. Da an Bord Mangel an Trinkwasser war, sendete ich zwei Boote aus und fuhr selbst mit meinen Leuten mit. Wir fanden eine kleine Insel, deren Oberfläche von üppiger Vegetation bedeckt war. Während wir in das Innere vorzudringen versuchten, erblickten wir plötzlich, wie aus dem Boden gemachen, ein seltsames Menschenwesen vor uns, das Niene machte, davonzugelien. Ersäunt und entsetzt erkannten wir, daß ein Mann vor uns stand — aber wie sah er aus! Das lange Haar fiel ihm auf die Schultern, ein wilder, ungepflegter Bart waltete bis zur Brust herab; er war fast völlig unbekleidet. Wir näherten uns vorsichtig dem Fremden, der unartikulierteste Laut ausstieß, als er aber die ersten englischen Worte vernahm, weinend vor seelischer Erschütterung in die Knie sank. Häßlich gewann er seine Haltung, und langsam, mühsam nach Worten suchend, berichtete er seine Lebensgeschichte. Der Bedauerndste war ein schottischer Matrose namens Mac Kenedy und hauste hier seit 28 Jahren, von aller Welt abgeschnitten, beinahe wie ein wildes Tier. Während der ganzen Zeit hatte er sich nur von Fischen, Muscheln und Früchten genährt. Die Fähigkeit des Sprechens war ihm beinahe abhanden gekommen. Er war überglücklich, als er erfuhr, daß wir ihn nun mit heim nach England nehmen wollten. Mac Kenedy hatte längst alle Hoffnung aufgegeben, jemals von seiner Insel erlöst zu werden. Als er auf dem Schiffe zum erstenmal wiederum gedrohenes Fleisch zu essen bekam, verzehrte er es mit wahrem Behagen. Er will jetzt nach seinem schottischen Geburtsort zurückkehren, um Nachforschungen zu halten, ob von seinen Angehörigen noch jemand am Leben ist.“

Kleine Notizen.

—Typhusepidemie. In Rheindt (Rheinland) ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Bisher sind 30 Erkrankungen zu

verzeichnet. Als Ursache der Erkrankungen vermutet man den Genuß von Milch, die von auswärts eingeführt wurde.

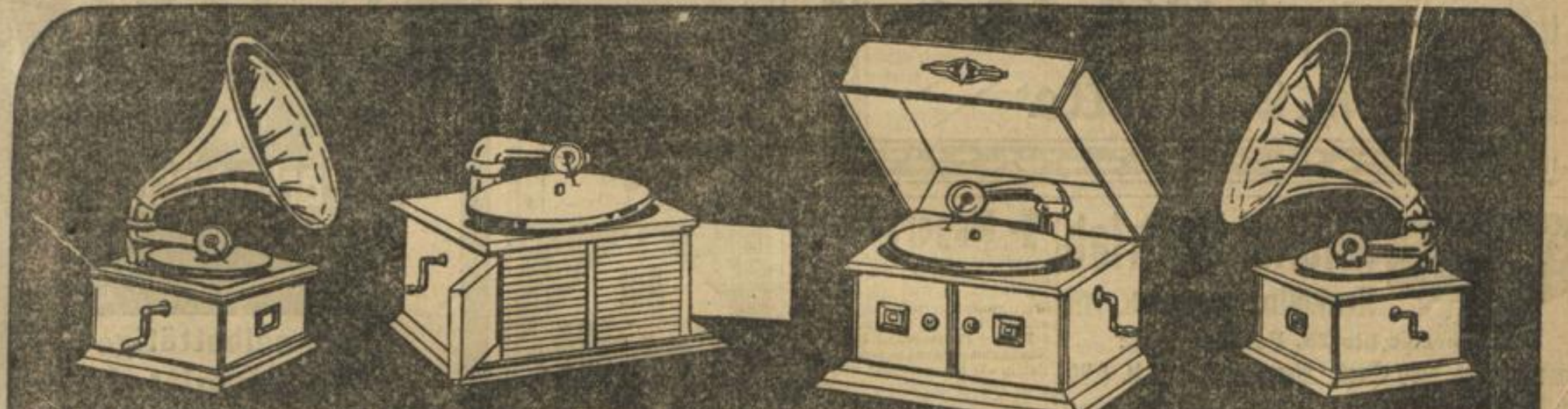
Aus der Schlüßelburg ausgebrochen. Zum zweiten Male seit Menschengedenken ist es zwei Gefangenen gelungen, aus der berühmten Schlüßelburg-Festung zu entweichen. Die Schlüßelburg-Festung ist als das furchtbarste Gefängnis in ganz Rußland bekannt, sie liegt auf einer einsamen Insel in der Nähe von Petersburg. Die beiden Gefangenen töteten ihren Wächter, nahmen ihm die Kleider und Waffen ab und sprangen dann in das Meer. Jedenfalls haben sie schwimmend das Ufer erreicht. Bisher fehlt von ihnen jede Spur.

Schwerer Straßenbahnunfall. In Halberstadt wollten am Sonnabend nachmittag drei dem Arbeiterstand angehörige Leute den Fahrdamm überschreiten, kurz bevor ein in voller Fahrt befindlicher überfüllter Straßenbahnwagen daherkam. Sie kamen zu Fall und wurden alle drei von dem Wagen erfasst und niedergeworfen. Ein Mann wurde vollständig zerrissen und verstückelt. Er blieb sofort tot. Die beiden anderen wurden schwer verletzt. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb noch der eine von ihnen.

Nord im Eisenbahngang. Die aus Clermont-Ferrand berichtet wird, wurde auf dem dortigen Bahnhof in einem Abteil erster Klasse die Leiche eines Oberbeamten einer Versicherungsgesellschaft namens Ulfie Sougon aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Sougon während des Schlafes von einem Reisegefährten durch mehrere Revolver-schüsse getötet und beraubt worden war. Mehrere Stunden später gelang es, den Mörder in St. Etienne festzunehmen. Es ist ein kürzlich wegen Wahnsinns aus dem Militärdienst entlassener junger Mann namens Bobiller-Charrier.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Tristan und Isolde. (Anf. 7 Uhr.) Montag: Nabucco. Dienstag: Simonioleser. Mittwoch: Lohengrin. Donnerstag: Salome. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Nigun. Sonnabend: Ein Wasendorf. Sonntag: Der Rosenkavalier. Montag: Rigoletto. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der große König. Montag: Die Hermannschlacht. Dienstag: Ein Waffengang. Mittwoch: Die Journalisten. Donnerstag: Ein Waffengang. Freitag: Die Hermannschlacht. Sonnabend: Der große König. Sonntag: Ein Waffengang. Montag: Die Rabenkeimerin. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Opern-Theater (Kroß). Sonntag geschlossen. Täglich: Russisches Ballet. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Opernhaus. Sonntag: Fiddio. Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Figaros Hochzeit. Freitag und Sonnabend: Bar und Zimmermann. Sonntag: Figaros Hochzeit. Montag: Bar und Zimmermann. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Hamlet. Montag: König Heinrich IV., 1. Teil. Dienstag: König Heinrich IV., 2. Teil. Mittwoch: König Heinrich IV., 1. Teil. Donnerstag: Tolentanz. Freitag: König Heinrich IV., 1. Teil. Sonnabend: König Heinrich IV., 2. Teil. Sonntag: König Heinrich IV., 1. Teil. Montag: König Heinrich IV., 2. Teil. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kammertheater. Sonntag: Maria Magdalena. Montag: Mein Freund Teddy. Dienstag: Maria Magdalena. Mittwoch: Mein Freund Teddy. Donnerstag: Maria Magdalena. Freitag: Mein Freund Teddy. Sonnabend: Maria Magdalena. Sonntag und Montag: Mein Freund Teddy. (Anfang 8 Uhr.)
Yessing-Theater. Sonntag: Gabriel Schillings Nacht. Montag: Die Weber. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Gabriel Schillings Nacht. Freitag: Tantis der Narr. Sonnabend: Sommer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Sommer. Montag: Gabriel Schillings Nacht. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntag: Der Altenbader. Abends: Hämzander. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntag: Michael Kramer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag, Dienstag und Mittwoch: Michael Kramer. Donnerstag: Professor Bernhardt. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag bis Montag: Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.)
Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: Herodes und Marianna. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Die fünf Frankfurter. Dienstag: Königin Christina. Mittwoch und Donnerstag: Die fünf Frankfurter. Freitag: Hedda Gabler. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Die fünf Frankfurter. Sonntag: Hedda Gabler. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)
Trianon-Theater. Sonntag: Das Ende der Liebe. Montag, Dienstag und Mittwoch: Liebesbarometer. Donnerstag: Das Ende der Liebe. Freitag bis Montag: Liebesbarometer. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntag: König Lear. Montag: Die Kinder der Erziehung. Dienstag: Hedda Gabler. Mittwoch: König Lear. Donnerstag: Hedda Gabler. Freitag: Die Kinder der Erziehung. Sonnabend: Hedda Gabler. Sonntag: Die Kinder der Erziehung. Montag: Im weißen Röhl. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Des Warrers Tochter von Strelsdorf. Montag: Im weißen Röhl. Dienstag: Die Geschwister. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Des Warrers Tochter von Strelsdorf. Donnerstag: Die Geschwister. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Im weißen Röhl. Sonnabend: Des Warrers Tochter von Strelsdorf. Sonntag: Im weißen Röhl. Montag: Die Kinder der Erziehung. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Sonntag: Ein Fallstrick. (Anf. 8 Uhr.) Montag bis Donnerstag: Geigri. Freitag: Ein Fallstrick. Sonnabend: Geigri. Sonntag: Geigri. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Volks-Theater. Sonntag: Michael Kramer. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Liebel. Der Kammerjäger. Dienstag: Lore. Die Spieler. Der Kammerjäger. Mittwoch: Michael Kramer. Donnerstag: Lore. Die Spieler. Der Kammerjäger. Freitag und Sonnabend: Ritter Landstraße. Sonntag: Michael Kramer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thalia-Theater. Sonntag: Der Nilonendauer. Montag und abends: Autolobchen. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonnabend: Sonntag 8 Uhr: Frau Holle.
Vulpietheater. Sonntag: Das große Geheimnis. Abends: Wein alter Herr. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Komödienhaus. Sonntag: Der rote Leutnant. Abends: Die Generaldeke. (Anfang 8 Uhr.)
Reichens-Theater. Sonntag: Fräulein. Abends: Fräulein. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Schauspielhaus. Sonntag und Montag: Kameraden. Dienstag bis Sonntag: Der gußhede Frau. Montag: Kameraden. (Anfang 8 Uhr.)
Theater am Rollenderplatz. Sonntag und Montag: Kömel. Dienstag: Orpheus in der Unterwelt. Mittwoch: Kömel. Donnerstag: Orpheus in der Unterwelt. Sonnabend, Sonntag und Montag: Kömel. (Anfang 8 Uhr.)
Calino-Theater. Sonntag: Die erkaufte Frau. Abends: Der Großfürst. (Anfang 8 Uhr.)
Monte-Cyrenen-Theater. Sonntag: Der Hele Bauer. Abends: Der Frauenkaiser. (Anfang 8 Uhr.)
Kurfürsten-Oper. Mittwoch und Sonnabend: Der Dornröschen. Abends: Der Rührer. (Anfang 8 Uhr.)
Kofe-Theater. Sonntag: Die größte Sünde. Montag: Die Sünden der oberen Himmels. Dienstag: Die größte Sünde. Mittwoch bis Montag: Die Sünden der oberen Himmels. (Anfang 8 Uhr.)
Vaisen-Theater. Sonntag und Montag: Die Jungfrau von Orleans. Dienstag: Des andern Ehre. Mittwoch: Raffles. Donnerstag und Freitag: Des andern Ehre. Sonnabend: Figaros Hochzeit. Sonntag und Montag: Raffles. (Anfang 8 Uhr.)
Herrnsfeld-Theater. Sonntag: Hausfrau Jodel. Die letzte Ehre. Das Scheidungs-Souper. Abends: Die Alpenbräuer. Endlich allein. (Anfang 8 Uhr.)
Urania-Theater. Sonntag: Auf's Ratterhorn. Montag: Abhaltung von Organen. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag und Mittwoch: Am Golf von Neapel. Donnerstag bis Sonntag: Auf's Ratterhorn. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)
Admiral-palast. Abends: Phönix. (Anfang 10 Uhr.)
Reichshallen-Theater. Abends: Die Nacht der Töne. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.)
Birtus Busch. Sonntagsnachmittag 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr: Galavorstellung.
Birtus Schumann. Sonntagsnachmittag 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: Galavorstellung.
Metropol-Theater. Sonntag: Schuldig. Abends: Chansar — ins Metropol! (Anfang 8 Uhr.)
Polles Caprice. Sonntag: Komiker Schnitzel. Der Dorfmusikant. Abends: Der teufliche Joseph. Der Rehdorf. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Hollo-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Königshof-Kasino. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Ballage-Theater. Abends: Spezialitäten.
Wintergarten. Abends: Spezialitäten.



Tausende Sprech-Apparate Hunderttausende Platten
 verkauft wir im Jahre 1911.

Wir liefern auf **Teilzahlung**

Unsere Original Goldora-Sprech-Apparate u. Schallplatten

bilden das Entzücken jedes Musikfreundes. Nicht grell schreiend, haben sie doch eine hervorragende Tenstärke.

Wir leisten Garantie bei allen vorkommenden Schäden, selbst für Federbruch. Denn dadurch, daß wir keine Mühe und keine Kosten scheuen, um die neuesten Erfindungen und nur das allerbeste Material für unsere Apparate zu verwenden, haben diese eine so wunderbare Reinheit des Tones, eine so hervorragend deutliche Wiedergabe der einzelnen Gesangs- und Orchester-Vorträge erreicht, daß unser Original-Goldora-Sprechapparat heute unerreicht in der Welt dasteht!

Tausende Anerkennungen! — **Kleine Anzahlung!** — **Kleine Monatsraten!**

Die Vorteile bei dem Einkauf gegen Katenzahlung sind für jeden denkenden Menschen von der größten Wichtigkeit. Denn während man in anderen Geschäften die Ware erst prüfen kann, nachdem das Geld dafür bezahlt ist, hat man bei uns Gelegenheit, die Güte und Preiswürdigkeit der Waren genau zu prüfen. Wir haben hunderttausende Kunden in dreißigtausend Orten des Deutschen Reiches. Unsere Original-Goldora-Platten finden derartige Anerkennung, daß wirkliche Sachverständige uns erklärt haben, daß sie an Tonreinheit und Klangfülle die teuersten Marken übertreffen. Wir liefern jede Sprechmaschine portofrei und ohne Berechnung der Verpackung. Die größten Künstler, die berühmtesten Militär-Kapellen und die beliebtesten Humoristen wetteifern, ihnen jeden Augenblick ihre besten Leistungen zu bieten. Unsere ORIGINAL-GOLDORA-PLATTEN sind auf jedem Nadel-Apparat zu spielen.

Unsere Original-Goldora-Platte (ca. 25 1/2 cm groß) kostet auf beiden Seiten **Mk. 2,25** Besondere Spezialitäten: Goldora-Platten mit 4 Musik- oder Gesangsstücken in großer Auswahl ebenfalls nur **Mk. 2,25**

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse umsonst und portofrei ohne jeden Kaufzwang unseren KATALOG über GOLDORA-SPRECH-APPARATE und PLATTEN. Sie werden in diesem Katalog die Militär-Kapellen und Künstler finden, die vor Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und den ersten Fürstlichkeiten der Welt gespielt haben.

Außerdem führen wir **Apparate für nadellose Pathé-Platten mit echter Pathé-Saphir-Schalldose!** Vergleichen Sie unter allen Umständen die Preise, bevor Sie Ihre Wahl treffen.

Überzeugen Sie sich daher von unserer Reellität und Leistungsfähigkeit und fordern Sie ohne jede Kaufverpflichtung umsonst und portofrei Katalog mit ca. 4000 Abbildungen von Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmucksachen aller Art, photographischen Apparaten, Geschenkartikeln für den praktischen Gebrauch und Luxus, Sprechmaschinen, Musikinstrumenten und Spielwaren.

JONASS & CO., BERLIN SW. 91, BELLE-ALLIANCESTR. 3

CNAGEL 332

Soeben eingetroffen 1 Posten
Teppiche mit kleinen Webefehlern!
 Verkauf diese Woche nur vormittags!
 Teppich-Haus **Emil Lefèvre** seit 1882
 nur Berlin S., Oranienstr. 158.

Vertrauensmänner etc. aller Betriebe
 werden zwecks gemeinschaftl. Bezugs von Lebensmitteln zu enorm niedrigen Preisen u. gr. Extra-Rabatt
 um gefl. Angabe ihrer Adresse gebeten.
 Die Warenablieferung kann event. auch direkt an die Adressen der Unterbesteller erfolgen.
 Ref. zahlreicher Arbeiter- u. Konsum-Vereine zu Diensten.
 Ein Verein erteilte uns in letzter Zeit allein für 8000 M. Konservenaufträge etc.
Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin. Am Tempelhof, Berg 5a.
 Gegründet 1904. G. m. b. H. (11985) Bezirksliste gratis.

Er schwanfte lange
 doch endlich fand er
3 die „Vera“ pfg. Cigarette

Auf Credit
 erhält **Jede Dame**
 zu äusserst leichten Zahlungsbedingungen
 elegante Garderobe.
 Ulster, Mäntel
 Kostüme, Kleider
 Blusen, Röcke
 Jupons, Schirme
 Stiefel, Wäsche
 Pelzwaren
 Mit **1** Mark wöchentl. Abzahlung
 bei **Richard Krumbek**
 Frankfurter Allee **154**
 Sonntags von 12-2

Auf Credit
 erhält **Jedermann**
 zu äusserst leichten Zahlungsbedingungen
Möbel
 jeder Art,
 ganze Einrichtungen,
 wie auch einz. Stücke
 Lieferung diskret
 durch Wagen ohne Firma
 Anzahlung von **5.-** M.
 Abzahlung von **1.-** M.
Richard Krumbek
 Frankfurter Allee **154**
 Sonntags von 12-2

Auf Credit
 erhält **Jeder Herr**
 zu äusserst leichten Zahlungsbedingungen
 elegante Garderobe.
 Ulster, hochmodern
 Winter - Paletots
 Sakko - Anzüge
 Rock - Anzüge
 Jünglings- und Knab.-Garderobe
 Mit **1** Mark wöchentl. Abzahlung
 bei **Richard Krumbek**
 Frankfurter Allee **154**
 Sonntags von 12-2

Der Riesen-Glogau
 am **Kottbuser Tor**
 liefert in modernster, tadelloser Ausführung
Herren - Garderobe auf Kredit!
 Anz. v. **5** M. an
 Gesellschafts-, Rock- und Jackett-Anzüge, Paletots und Ulster
 Ersatz für Massarbeit
 Abz. v. **1** M. an
Umsonst
 erhält jeder Käufer geg. Vorzeigung dieses Inscr. eine Unfall-Police über **1000 M.**
 Achtung Sie auf die alte Firma
Julius Glogau
 G. m. b. H.
 Kottbuser Str. 28, Ecke Hallescher-Platz
 direkt am **Kottbuser Tor.**
 Sonntags v. 12-2 geöffnet!

Frauen-Schönheit
 verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**
 v. Bergmann & Co., Habebul. Str. 50 W. Überall zu haben.
 Berner macht der Lilienmilch-Cream „Saba“ rote und gelbe Haut in einem Nacht weis und sammetweich.
 Tube 50 Pf.

Persil
 für **Stärkewäsche**
 (Wichtig - lesen!)
Das selbsttätige Waschmittel.
 Stärkewäsche wird prachtvoll klar, blütenweiß, wie auf dem
Rasen gebleicht!
 Kein Reiben und Bürsten, daher kein Raubwerden der Ränder und Kanten bei Kragen und Manschetten. Größte Schonung des Gewebes bei garantierter Unschädlichkeit.
Erprobt u. gelobt!
 Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
 Alleinige Fabrikanten auch der beliebtesten
Henkels Bleich-Soda
 Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.
 Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Michel-Vertrieb
 Neukölln, Knefelerstr. 148.
 Tel.: 1610.
 Winterpreise bis 28. Februar 1913:
 Salonbriketts pr. 1000 Stück, Riesenformat 7", M. 8.90.
 Industrie-Halbstein-Briketts M. 0.85 pro 1 Zentner
 Oberschlesische Steinkohlen Nuß II . M. 1.65 " 1 "
 Gebrochener Berliner Gaskoks . . . M. 1.65 " 1 "
 Brennholz, grob oder fein gespalten . M. 1.25 für einen großen Sack.
 Alles frei Geläß jeder Etage. 4646L*

+ Magerkeit +
 schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thilosin“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstr. 50, Elefant-Apothek, Leipzigerstr. 74, Weidenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Turmstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstraße 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1, Charlottenburg: Bismarckstr. 81, Spandau: Potsdamer Str. 40.

Möbel auf Credit
 Sie erhalten bei uns:
Stube und Küche und zwar:
 2 Bettstellen von **15** Mark
 1 Kleiderschrank
 1 Spiegel
 1 Spiegelspind
 1 Tisch, 2 Stühle
 1 Küchenschrank
 1 Küchentisch
 1 Küchenstuhl
 1 Küchenrahmen
 Wochenrate **1.50** M. an
Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
 in jeder gewünschten Art **1116 L.**
 von **40** Mark Anzahlung an.
 Lieferung nach allen Plätzen Deutschlands.
Gebr. Lieber,
 Alexanderstr. 16 I vis-à-vis der Holzmarktstraße,
 an dir. a. Bahnh. Jannowitzbrücke
 Bitte genau auf blaue Hiesenschilde zu achten!
 Ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark!
 Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Pelzwaren
 Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.
 Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
 Kürschnermstr.
 nur Kommandantenstr. 15, 1. Et., h. d. Seuthstr.
 Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894.

Für Restaurateure!
 Zum Antriebe von elektrischen Klavieren und Orchestriern ist die
Universal-Wasserturbine D.-R.-P. 238 403
 am billigsten. Fünfmal billiger als Akkumulatoren.
Karl Sieber, N. 65, Liebenwalder Str. 55.

Montag, den 25. November, Frauen-Leseabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Auf vielfachen Wunsch findet der heitere Künstlerabend noch einmal am Sonntag, den 1. Dezember, im „Kellers Festsaal“, Köpenicker Str. 29, statt. Neues Programm. Nach der Vorstellung Tanz. Eröffnung 3 1/2 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billetts 60 Pf. Abendkasse findet nicht statt. Billetts sind in den Bezirkslokalen sowie im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz Nr. 1/2, zu haben. Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Abteilung 1a. Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr: Abteilungsverammlung in den „Unions-Festsaal“, Greifswalder Str. 222. Vortrag des Genossen Wermuth über: „Das Erfurter Programm“.

Charlottenburg. Die öffentliche Versammlung am Dienstag, den 26. November, mit der Tagesordnung: „Das Volkshaus wie es ist und wie es sein soll“, findet an einem späteren Tage, der noch bekannt gegeben wird, statt.

Reutlitz. Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, in Bartschs Festsaal, Hermannstr. 49, beginnt der Vortragskursus (mit Lichtbildern) des Genossen Dr. med. S. Drucker über: „Menschenkunde“. Die nächsten Vorträge finden am 3., 10. und 17. Dezember statt. Da eine größere Anzahl von Billetts a 40 Pf. noch vorhanden ist, bitten wir, dieselben im Restaurant des Gen. Pfeiffer, Hermannstr. 49, oder bei den Funktionären entnommen zu wollen. Der Bildungsausschuss.

Steglitz. Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 12a: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Reorganisation der Jahrlabende. 2. Antrag des 3. Bezirks. 3. Bericht von der Verbandsgemeinschaft. 4. Verschiedenes. Es wird gebeten sämtliche ausgeliehenen Bücher zurückzubringen.

Wilmersdorf. Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Wähndorf, Wälschtr. 7: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Spandau. Dienstag, den 26. November, findet der zweite diesjährige Theateabend des Bildungsausschusses statt. Aufgeführt wird: „Kabal“ und „Liebe“.

Wilmersdorf. Dienstag, den 26. November, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Weißensee. Am Dienstag, den 26. November, abends pünktlich 8 Uhr, beginnt im Lokale von Peukert, Berliner Allee 251, der Vortragskursus des Genossen A. W. in K. über: „Die Rechte aus dem Arbeitsvertrag“. Alle Gruppenführer des Wahlvereins müssen daran teilnehmen. Die Eintrittskarten werden ihnen von den Bezirksleitern rechtzeitig zugestellt werden. Alles Nähere ist aus den Karten zu ersehen.

Schmargendorf. Am Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im „Waldplatz“, Bornemünder Str. 15/16: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Genosse August Reumann, Vorsitzender des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes, spricht über: „Der Schnapsbock“. Gäste willkommen.

Pankow. Am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Kurfürsten“: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Rose über: „Der allzu reiche Kinderjunge im Arbeiterhaus“. 2. Wahlen. 3. Ortsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert! Wer länger wie 3 Monate im Rückstand ist, hat keinen Zutritt.

Reinickendorf-Ost. Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, findet im „Seebad“, Residenzstr. 49, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jugendliteratur und Wanderschmud im proletarischen Heim (Referent Genosse Jakobson). 2. Wahl eines Zeitungs-Kommissionsmitgliedes. Mit der Versammlung verbunden ist im selben Lokale eine Jugendschriften- und Wanderschmudausstellung. Sie ist geöffnet vom 26. bis 29. November täglich abends von 6 bis 9 Uhr.

Grünau. Heute Sonntag, den 24. November, veranstaltet der Bildungsausschuss im „Jägerhaus“ einen Lichtbildervortrag. Gen. Roth spricht über: „Die deutsche Revolution 1848/49“. Mit vielen farbigen Lichtbildern. Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Berliner Nachrichten.

Toten Sonntag.

Nur ein Gewisses gibt es im Leben — das ist der Tod. Den pietätvollsten Ausdruck findet die Erkenntnis des Todesproblems, daß der ewige Kreislauf des Sterbens zugleich ein unaufhaltsames Werden bedeutet, an jenem Novembersonntag, der seit gerade einem Jahrhundert den seltsamen Namen „Totenfest“ führt. Wohl das ergreifendste Bild bietet die stumme Totenklage Lebender alljährlich am Gedenktag für die Verstorbenen auf dem mächtigen Leichenfelde, wo „der Menschheit ganzer Jammer“ in Rebutausenden, die ausgerungen haben, unter der Erde ruht, auf dem städtischen Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde. Jede schmale, kaum fußhohe Grasnarbe, unter der ein verfehltes, in Armut gemühtes Menschenleben schlummert, birgt ein Meer von Erdelend. Wie Ankläger hocken die lebenden Armen auf den niedrigen, dürftigen, gerade dem geringsten Pietätgefühl der Allgemeinheit gerecht werdenden Massenbügeln, schmüden sie mit kärglichen Zeichen der Liebe und sehen es im Angesicht des Todes vor Augen, daß auch sie dereinst wohl das gleiche Los des Verscharrtwerdens im märkischen Sande zwischen sechs dünnen Brettern treffen wird. Und ungetüm treibt es die lebende Armut, am Totensonntag auch jenen Volkshelden unvergängliche Verehrung zu zollen, die der Tod ganz in der Nähe bettete, allen den großen Proletariatsführern, die zu früh von der Sense des Knodemanns hingemäht wurden, die Früchte ihrer Arbeit am Volke nicht mehr reifen sahen.

Schau zurück auf dem Totenfelde in das volle Menschenleben! Wird mit den Toten heutzutage von den Lebenden nicht fast zuviel Kult getrieben? Ohne Frage hat der Verdigungsdruck, der Gräberschmuck gegen frühere Zeiten, vielleicht unter dem Einfluß unseres anspruchsvolleren modernen Lebens, gewaltig zugenommen. Menschen, die etwas vorstellen im Leben und doch herzlich wenig bedeuteten, werden mit ungeheurer Pomp zu Grabe getragen, und über Menschen, die nur Geltung hatten durch kalten Reichtum, wölben sich Grüste und Stapellenbauten, deren starrer, kostbarer Glanz den Tod nicht leichter macht. Die goldene Inschrift, die den Reichen und doch so armen Toten feiert, steht oft wenig im Einklang mit seinen eigenen Taten, und auch an mandem nicht so prunkvoll geschmückten Hügel, wo man den Toten mit allen Fingern unter dem grünen Rosen hervorgraben möchte, mahnt des Dichters Freiligrath ernstes Wort:

„Die Stunde kommt, wo du an Gräbern stehst und klagst! Weniger Totenkult, dessen Schaugepräge so oft unecht ist — mehr Tatkraft für die Lebenden! Das ehrt die Menschen besser als hohe, äußerliche Trauer, der das Verinnerlichte fehlt.“

Der Totensonntag wird von der Kirche auch benutzt, um Profekten zu machen. Der wahre Charakter der christlichen Kirche kann nicht treffender illustriert werden als durch die vielen fahlen, dem Erdboden gleichgemachten Grabstellen, wo es unsichtbar geschrieben steht: Du bist im Totenregister nur noch eine Nummer, dein Grab wird nicht gehegt und gepflegt, weil niemand Geld für dich in unseren Beutel tut! Wo bleibt da die Pietät, die unsere Frommen von allen Kanzeln predigen? Pietät dieser unwahren Seelen ist Schall und Rauch. Jämmerlich wird sie verleugnet um ein paar Silberlinge.

Wer seiner verstorbenen Lieben gedenken will, bedarf nicht besonderer feierlicher Tage und Stunden. Er kann das jederzeit tun; sollte aber nicht vergessen, daß er den Lebenden gegenüber Verpflichtungen hat, die darin bestehen, im Leben Zustände und Verhältnisse herbeizuführen zu helfen, unter denen die große Masse der Ausgeburteten nicht einem frühzeitigen Siedtum und dem frühen Tode entgegengeht.

Der städtische Fleischverkauf.

Der Verkauf von russischem Fleisch, der besonders in den letzten Tagen sehr flott war, hat seit dem letzten Dienstag eine Erweiterung erfahren. Der Verkauf, der bisher nur in den Markthallen stattfand, ist seit diesem Tage nach und nach noch in folgenden 22 von der Arbeiterkonsumgenossenschaft eingerichteten Verkaufsstellen eröffnet worden: Bankstr. 71, Bolliner Str. 33, Lorstr. 28a, Nirbachstr. 26, Luchener Straße 31, Rodenbergstr. 39, Gohlerstr. 33, Cuvrstr. 47, Verlichingenstr. 6, Dirschauer Str. 2, Antwerpener Str. 48, Sonnenburger Str. 23, Justerberger Str. 16, Stralauer Straße 31, Weddingstr. 5, Brandenburgstr. 23, Kochhannstraße 12, Naugarder Str. 7, Liebigstr. 8, Utrechtstr. 25, Briezener Str. 32, Weinstr. 13.

Der Verkauf findet in diesen Verkaufsstellen an allen Wochentagen von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags statt.

Außer in den vorgenannten Verkaufsstellen gelangt noch in folgenden Privatläden russisches Fleisch zum Verkauf: Rigoer Str. 11, Liehmannstr. 22, Stralauer Platz 1, Bellermannstraße 12, Rebaler Str. 15, Weidenweg 4, Korjörer Straße 22, Marienburger Str. 29, Oderberger Str. 46, Hufelandstraße 49, Billauer Str. 4, Erzgerichtstr. 7, Straßburger Straße 14, Stolpische Str. 3, Rheinsberger Str. 10, Cötheniusstraße 15, Gubener Str. 37.

Es ist für genügende Zufuhr an Rind- wie an Schweinefleisch gesorgt, um eine ausreichende Versorgung sämtlicher Verkaufsstellen ständig bewirken zu können. Am letzten Donnerstag und Freitag sind insgesamt 644 Rinderquartier und 300 ganze Schweine zum Verkauf an das Publikum an die Verkäufer zum Absatz gelangt. Hierbei ist der an die Vororte abgegebene Teil nicht mit eingerechnet.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendbücher im Gewerkschaftshause ist heute von 4 bis 8 Uhr geöffnet. In einem Nebenraum der Ausstellung befindet sich eine Ausgabestelle von Büchern zur Bekämpfung der Schundliteratur; diese Bücher werden bekanntlich leihweise an jeden Interessenten ausgeliefert. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Kinder nur in Begleitung Erwachsener Zutritt haben.

Feuerwehrene und Stadtverordnete. Am Freitagabend tagte im Berliner Rathaus der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung des sozialdemokratischen Antrages über das Vereinsgesetz der Berliner Feuerwehrmänner und die Übernahme der Berliner Feuerwehr bezw. der Feuerpolizei in städtische Verwaltung. Der Magistrat war durch den Stadtrat Hamburger vertreten. Der Ausschuss beschloß, den ersten Teil des Antrages bis zum Eingang des in Aussicht gestellten neuen Materials zu vertagen. Zu Punkt 2 des Antrages wurde folgender Antrag angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung geht über den Antrag, die Staatsregierung durch den Magistrat zu ersuchen, die Verwaltung des Berliner Feuerlöschwesens der Stadt Berlin zu übertragen, in der Erwägung zur Tagesordnung über, daß dieser Antrag, trotz seiner Berechtigung, gegenwärtig eine Aussicht auf Erfolg nicht hat.“

Der Eisport auf dem Rüggefließ geht einer erfreulichen Regelung entgegen. Das ist um so mehr zu begrüßen, als die bisherigen Zustände immer unheimlicher wurden. Seit 5 Jahren ist der wechliche Teil der Eisfläche bei Friedrichshagen, gut ein Drittel der ganzen Fläche, an einen Privatunternehmer verpachtet, der jährlich, je nach dem die Eisbahn schon vor dem 1. Januar benutzt werden kann oder nicht 1000 oder 1500 Mark dem Fiskus zahlt. Dieser Pächter ist natürlich darauf bedacht, möglichst gute Geschäfte zu machen. Das ist ihm auch durch Erhebung eines hohen Eintrittsgeldes durchaus gelungen. Der Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu seinen Leistungen und seinem Risiko. Unter diesen Verhältnissen litt der Eisport, besonders auch der großen Massen Sportfläche trotzdem unmöglich. Jetzt hat nun der Bürgermeister von Rahnsdorf in diese Dinge mit Erfolg eingegriffen. Nach schriftlichen und mündlichen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen konnte er in der Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag mitteilen, daß nunmehr bei den Behörden die Klage besteht, die ganze Eisfläche an die angrenzenden Gemeinden Friedrichshagen und Rahnsdorf zu verpachten. Der Vertrag mit dem bisherigen Friedrichshagener Privatpächter läuft noch bis Ende 1913. Bis dahin hat nun der Bürgermeister vorgeschlagen, die Ostfläche des Sees, das ist die Fläche östlich der Linie Wasserwerke—Nübbach, an die Gemeinde Rahnsdorf zu verpachten. Unterdessen hat sich nun Friedrichshagen um die Pachtung der ganzen Fläche bemüht. Möglich ist es, daß es bis zum Ablauf des Jahres 1913 zu einem Zwischenschritt zwischen den beiden Gemeinden kommt; wahrscheinlicher aber, daß vom Jahre 1914 an jede Gemeinde etwa die Hälfte der Fläche in Pacht bekommt. Jedenfalls hört für die Ostfläche schon jetzt die Ausbeutung des Sports für die Interessen einer Privatperson auf. Die Gemeindevertretung von Rahnsdorf beschloß einstimmig nach dem Vorschlage des Bürgermeisters, dem Fiskus eine jährliche Pacht von 300 Mark zu bieten, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Vertrag auf dieser Grundlage zustande kommt. Die Gemeinde Rahnsdorf kann aus zwei Gründen eine höhere Pacht nicht zahlen. Sie will vor allem, nach einmütiger Anschauung der Vertretung, mit der Pachtung unter keinen Umständen ein Geschäft machen, sondern alles durchaus auf eine gemeinnützige Grundlage stellen. Was sie an sehr mäßigen Zutritts-

geldern erhebt, soll vor allen Dingen der Sicherung der Eisbahn dienen. Ein Teil der Fläche am Rahnsdorfer Spreckemünde ist besonders gefährlich. Unfälle, auch mit tödlichem Ausgang, ereigneten sich dort bisher jedes Jahr. Das kam daher, daß der Privatpächter von Friedrichshagen sich um diesen Teil, der in seine Pachtung ja nicht eingeschlossen ist, gar nicht zu kümmern brauchte, obwohl viele Sportlustige, die ihm sein Eintrittsgeld bezahlt hatten, auch nach Rahnsdorf hinüberliefen. Dort waren sie dann schuldlos allen Gefahren ausgesetzt. Das soll nun aufhören. Die Gemeinde Rahnsdorf wird mit einem erheblichen Kostenaufwand für eine absolut sichere Abgrenzung der gefährlichen Stellen sorgen und außerdem noch die wohlausgebildete Samariterkolonne ihrer freiwilligen Feuerwehr in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Daß sie für diese Leistungen und die Herstellung guter Zugänge von der Rahnsdorfer Seite her ein kleines Eintrittsgeld erheben muß, ist nicht zu vermeiden. Aber es soll so gering als möglich sein.

Das Kuratorium des städtischen Obdach- und Arbeitshauses hielt am Sonnabend eine Sitzung zur Beratung der Etats für das Jahr 1913 ab. Bei der Position der Einnahme im Arbeitshaus-Etat wurde von mehreren Seiten energisch Einspruch erhoben dagegen, daß heute noch für die Beschäftigung eines Korrigenden der unglaublich niedrige Satz von 44,5 Pfennig pro Tag eingeleitet werden sollte. Es entspann sich eine sehr lebhaft Debatt über diesen Punkt. Im Verlauf derselben mußte auf Herausforderung der Herr Direktor der Anstalt selbst zugeben, daß der Festsatz zur Abendstuppe nur 5 Gramm Margarine pro Person beträgt, für die Mittagration höchstens 20 Gramm. Der Vorsitzende der Deputation war sofort bereit, wenn die Dinge so ständen, eine Aufbesserung als selbstverständlich vorzunehmen und bedauerte nur, daß der Herr Direktor nicht längst dazu eine Anregung gegeben habe. Es wurde beschlossen, diese Position „Einnahme“ im Etat offen zu lassen und eine Subkommission einzusetzen, welche diese Frage schleunigst untersuchen und dem Kuratorium Bericht erstatten soll.

Zu bemerken ist noch, daß für das Obdach (Hospitaliten-Abteilung) der Etat auf 73 Pf. festgelegt ist, für das Familien-Obdach auf 67 Pf., dagegen 2. V. für das Hospital im Arbeitshaus und in Reinickendorf nur auf 57, Pf. Auch dieser Posten wurde aufbessert und der gewählten Kommission mit überwiesen. Bei dem Etat des Obdach erhielten — wenn auch nur eine ganz kleine Aufbesserung ihres Einkommens: die Oberpflegerin, Pflegerinnen, Nachhelferinnen, Desinfektoren und Schloffer, dagegen war für die Hausdiener nichts zu erlangen, sie sorgen auch ferner mit einem Monatsgehalt von 40 M. an, der allerdings nach einem halben Jahre auf 45 und nach einem weiteren Jahr auf 50 M. steigt. Schließlich wurde noch der Betrag für einen neuen Desinfektionsapparat in den Etat eingeleitet, welcher dringend notwendig ist für die täglich zu reinigenden Schlafdecken, die unter der Reinigung mit den alten Apparaten bald wie Hundstod zerfallen. Es soll ferner geprüft werden, ob es möglich sein wird, einen solchen neuen Apparat auch zum Desinfizieren der Wäsche und Garderobensätze der Obdachlosen zu verwenden.

„Handschellen im Kampf gegen die Arbeiterjugend.“

In Nr. 271 und Nr. 272 berichteten wir, daß am letzten Sonntag (17. November) nach einer in Reutlitz (Gohentausenfelde, Kottbusser Damm) abgehaltenen Jugendversammlung die Polizei einige Jugendliche festhielt und mit Handschellen gefesselt zur Wache geschleppt habe. Hierzu schreibt uns jetzt der Berliner Polizeipräsident:

Berlin, den 22. November 1912.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erlaube ich, in die nächste Nummer Ihres Blattes folgende Verurteilung aufzunehmen: Laut Nr. 271, 272 Ihres Blattes vom 19./20. November dieses Jahres sollen bei Gelegenheit einer öffentlichen Jugendversammlung in Reutlitz Jugendliche unter Anwendung von Handschellen zur Wache gebracht worden sein. Die Angabe widerspricht den Tatsachen, weil Handschellen bei dieser Gelegenheit nicht zur Anwendung gekommen sind. Jagow.

Gleichzeitig verbreitet eine der Polizei dienende und von ihr bediente Zeitungs-Korrespondenz folgende Meldung:

Es ist festgestellt worden, daß die Beamten die jungen Leute lediglich am untersten Zipfel des Kermels angefaßt und so zur Wache gebracht haben. Das geschah, weil eine Menge von etwa 500 Personen den Beamten nachdrückte und weil einer der Sifstieren zu entwickeln versuchte. Dieses Verfahren, das ja unter solchen Umständen üblich ist, konnte wohl den Schein erwecken, als ob die Beamten Handschellen oder Stempel angewendet hätten. Es ist aber eben weiter nichts als Schein gewesen.

Untere Darstellung stützte sich auf Angaben von Augenzeugen. Da der Polizeipräsident um sofortige Veröffentlichung seiner Zustift ersuchte, so haben wir unseren Gewährsmann jetzt nicht noch einmal befragen können. Wenn dieser sich durch den Augenzeugen hat täuschen lassen, so erklärt sich das wohl aus der Häufigkeit der Beobachtung, daß Polizisten bei Sifstierungen sehr zum Gebrauch der Handschellen neigen. Man durfte es der Polizei vertrauen, daß sie auch gegenüber den Jugendlichen zu den Handfesseln neigen. Wertwärtig ist übrigens der Eifer, mit dem der Polizeipräsident diesen Verdacht zurückweist. Es ist schon schlimmeres über Polizisten gesagt worden, was er auf ihnen sitzen lassen mußte.

Die Allgemeinen Bestimmungen für das Volksschulwesen, die nun schon volle 40 Jahre in Geltung sind, bedürfen einer zeitgemäßen Reform. Der Berliner Lehrerverein formulierte seine Wünsche zu dieser Reform in einer Versammlung, die Freitag im großen Festsaal des Lehrervereinshauses stattfand. An der Versammlung nahm als Vertreter der Behörde der Vizepräsident des Provinzial-Schulkollegiums Dr. Lüdtke teil.

Voran stellte er die allgemeine Forderung, daß die Bestimmungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziele der Volksschule nicht von der Auffassung ausgehen dürften, als ob die Volksschule eine Sonderstufe für die Kinder der niederen Volksklassen sei, sondern daß sie von dem Gesichtspunkt aus zu treffen seien, daß die Volksschule die Grundlage für alle weiterführenden Bildungsanstalten ist. — In bezug auf die Schulorganisation wurde gefordert: Auf einen Lehrer dürfen nicht mehr als 40 Schüler kommen.

Als normale Schuleinrichtungen können nur solche gelten, in denen mindestens so viele Lehrer als Klassen vorhanden sind. Überall, wo die Schülerzahl es ermöglicht, ist die Schule so zu organisieren, daß jeder Jahrgang eine Klasse mit einem eigenen Lehrer bildet.

Die Trennung der Geschlechter darf nur eintreten, wenn die Zahl der ausreißenden Klassen dadurch nicht vermindert wird. Um die Zahl unvollkommen organisierter Schulen zu beschränken, sind nach Möglichkeit benachbarte Gemeinden zu einem Schulverbande mit gemeinsamer Schule zu vereinigen.

Für schwachbegabte Kinder ist ebenso wie für nicht vollstündige überall besondere unterrichtliche Fürsorge zu treffen.

Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden darf für das erste Schuljahr nicht mehr als 18 betragen, nimmt allmählich, dem Wachstum der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit der Kinder entsprechend zu, darf aber im Höchstfalle für die Vffichtsjäger 32 — einschließlich der Stunden für wachstfreie Pächter — 36 nicht überschreiten.

Von den Forderungen in Bezug auf die Ausstattung der Schulen sind folgende bemerkenswert:

Die Größe der Schulzimmer ist so zu bemessen, daß für jedes Kind eine Bodenfläche von 1 Quadratmeter vorhanden ist und die Zimmerhöhe nicht unter 3 1/2 Meter beträgt.

Für alle Schulen müssen Trinkgelegenheiten, Kleiderablagen, Wascheinrichtungen und Aborte vorhanden sein, die den Forderungen der Gesundheitslehre entsprechen.

Alle Schulen müssen über Turn- und Spielplätze sowie über die notwendigen Turn- und Spielgeräte verfügen können. Jede größere Schule muß außerdem eine Turnhalle haben.

Für alle Schulen muß eine Schülerbücherei vorhanden sein. Für alle Schulen sind auf Kosten der Schulunterhaltungspflichtigen Lehrerbibliotheken einzurichten.

In Bezug auf die Festsetzung der Lehraufgabe wurde gefordert:

Für die Gestaltung der Lehrpläne im einzelnen ist möglichste Freiheit zu gewähren.

Soweit allgemeine Forderungen aufgestellt werden, müssen sie dahin gerichtet sein, daß alles äußerlich Ein- und Anlernen vermieden werden kann, und daß aller Unterricht sich auf die Selbsttätigkeit der Kinder gründet, von der Heimat, der unmittelbaren Umwelt der Kinder, ausgeht und in ihr immer aufs neue seine anschauliche Grundlage findet.

Zum Schluß wurden Forderungen in Bezug auf die Lehrziele einzelner Unterrichtsfächer erhoben.

„Die Mängel der Fleischversorgung!“ war das Thema, das der Fleischmeister F. Frisch in einer öffentlichen Versammlung am Freitag behandelte. Der Redner versuchte in unbeholfener Weise den Anwesenden klarzumachen, daß die Fleischmeister die unschuldigsten Menschen seien. Er schimpfte auf die Stadtverwaltung, die mit dem Geld der Steuerzahler ihren Bürgern billiges Fleisch besorgt, hielt es jedoch für in der Ordnung, daß dieselbe Stadtverwaltung Tausende für Fürsteneinfänge aus dem Steuerfiskus nimmt. Das kaufende Publikum soll nach Herrn Frisch von der Fleischlieferung keinen Nutzen haben, da es nicht ausgeschlossen sei, daß die Einfuhr bald aufgehoben werde. Das Verkaufssystem der Stadt demängelte er, da die Fleischmeister nicht alle mit dem Verkauf betraut seien; es gehe denselben dadurch viel verloren. Die in der Halle das Fleisch der Stadt verkaufen, sparten 200 M. Unkosten, machten also ein sehr gutes Geschäft. Ferner erklärte er: die Fleischmeister brauchen niemand, sie seien kräftig genug, um sich mit den Fährten durchs Leben zu schlagen; was Herrn Frisch jedoch nicht abhielt, im selben Atemzuge vom Staat und der Gemeinde Hilfe zu verlangen. Die Arbeitslosigkeit der Weisellen streifte er ebenfalls, meinte jedoch, als er auf die lange Arbeitszeit aufmerksam gemacht wurde, das gehöre nicht hierher. Zum Schluß bemerkte er, der Zweck der Versammlung sei, das Publikum über das russische Fleisch aufzuklären.

In der Diskussion widerlegte Genosse Bergmann vom Verband der Fleischer die Ausführungen des Referenten. Er verwies auf die wirklichen Ursachen der Vieh- und Fleischnot, an der die Fleischmeister nicht ganz unschuldig seien. Bei den Wahlen traten die Herren stets für die Parteien ein, die für Ausherrliche und Viebesorgen sind. Von allen Parteien seien nur die Sozialdemokraten für die Öffnung der Grenzen rücksichtslos eingetreten. Wenn die Herren Fleischmeister jetzt das Volk, das sie sonst nicht beachten, vor ihren Karren zu spannen gedenken, so werden sie sich wohl täuschen. (Lebhaftes Bravo!)

Eine Frau schilderte ihre Erfahrungen mit dem russischen Fleisch und betonte, daß dasselbe ebenfalls so gut sei wie das hiesige, was sie früher für bedeutend höheren Preis gekauft. Einige Fleischmeister versuchten die Ausführungen Bergmanns zu widerlegen, erwiesen ihrem Handwerk aber einen sehr schlechten Dienst.

Eine von Bergmann vorgeschlagene Resolution wurde, obgleich der Referent auch eine vorgelegene, einstimmig angenommen.

Zu der geplanten Vereinsgründung kam es nicht. Der Einberufer und Referent war froh, als er die Versammlung schließen konnte. Es hatte sich alles anders gedacht.

Ueber den Selbstmord der Handlungsgehilfin Marta Kielbas, dem wir am Montag meldeten, ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Die erst fünfzehnjährige machte am Sonntagmorgen durch einen Sprung aus dem Fenster der elterlichen Wohnung ihrem Leben ein Ende, nachdem sie von einem Fest heimgekehrt war, das für die Angestellten und Arbeiter der Schreiberei Kunschfärberei und Waschanstalt in Schmargendorf von der Firma veranstaltet worden war. Ein an die Eltern gerichteter Brief, den die Lebensmüde hinterließ, enthielt gegen den erst seit wenigen Wochen verheirateten Säwiger Sohn des Firmeneinhabers, einen in dem Geschäft mitwirkenden Dr. Streubel, den schweren Vorwurf, daß während des Festes er ihr gegenüber zu sehr weitgehenden Intimitäten geschritten sei. Ueber den Inhalt des Briefes erfahren wir jetzt einiges Nähere. Dr. S. habe, als Marta den Tanzsaal verlassen habe, draußen sie in eine Ecke gezogen und sie geküßt und habe verlangt, daß sie ihn wiederküsse. „Ich war schwach“, heißt es dann in dem Brief, „und sagte ja und ließ es geschehen.“ Da sei Frau Dr. S. dazugekommen und habe wie toll auf sie eingeschlagen, so daß der Gatte sie habe losreißen müssen. Nachher habe Frau Dr. S. sie gefragt, was er mit ihr gemacht habe, und habe, als Marta es sagte, sie nachmals ins Gesicht geschlagen. Der Brief fährt fort: „Ich habe nicht den Mut, das auszusuchen. Drum lebt wohl auf ewig. Ade, ade, ade!“ Diesen Brief haben die Eltern dem Staatsanwalt übergeben, und inzwischen ist der Herr Doktor bereits vernommen worden. Das beschuldigte Opfer wurde am gestrigen Sonnabend von den bekümmerten Eltern zu Grabe geleitet. An der Beerdigung nahmen mehrere hundert Personen teil, neben den Verwandten und näheren Freunden der Familie auch viele Fernverwandte, Bewohner des Hauses und der Nachbarschaft. Die Leichenhalle war zu klein, alle Leidtragenden auszunehmen. Am Grabe wurden zahlreiche Kränze niedergelegt.

Einen alten Genossen aus der Zeit des Sozialistengesetzes, aus der Schar jener Kämpfer, die auch unter schweren Verhältnissen treu ihre Pflicht erfüllten, hat der Altbewohner Tod aberufen. Der Schriftsteller Bruno Weise verstarb in der Nacht zum Sonnabend im 88. Lebensjahre. Seit der ersten Nummer des „Berliner Volksblattes“ bis jetzt war er ununterbrochen bei der Herstellung unseres Blattes beschäftigt. In den achtziger Jahren war er im vierten Posten eines Schriftführers. Er war auch an der denkwürdigen Enttarnung des Spießhirsches Fring-Rablow beteiligt. Mit ihm ist ein braver, beschreibener und opferwilliger Genosse von uns gegangen, der sich im Kreise seiner Kollegen großer Beliebtheit erfreute.

Das Verfahren eingestellt. Wie erinnertlich, hat am 4. Oktober der Schutzmann Hartmann den 32 Jahre alten kaiserlichen Johann Thiele erschossen, der auf Verlangen eines Gastwirts in der Jwinglstraße wegen Jochstellerei festgehalten werden sollte. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen den Schutzmann Hartmann ist jetzt beendet worden. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß der Beamte in der Notwehr gehandelt hat.

Neue Lichtspieltheater entließen trotz ihrer erheblichen Anzahl noch hier und dort. Am Freitag wurde in Schöneberg das Lichtspieltheater „Mittelbach“ der Öffentlichkeit übergeben. Inweit des Panzerischen Platzes gelegen, repräsentiert sich der lediglich zur Veranstaltung von Lichtspielen hergerichtete Bau in recht geschmackvoller Art. Besonders die Inneneinrichtung trägt einen sehr intimen Charakter. In situ sind Sesselbezüge, Fußbelag und Vorhang gehalten, während die Wände mit grünem Tuch überzogen sind. Keine Gardendekoration ist sichtbar. Gläserne Figuren, die den Humor, das Drama usw. versinnbildlichen und auf die Darstellungen hinweisen,

sind in das grüne Wandbild eingestickt. Das ganze Unternehmen macht einen recht vornehmen Eindruck.

In der Nollstraße hat sich in den Pharusälen ein neues größeres Lichtspieltheater aufgetan, das natürlich erheblich schlichter und einfacher gehalten ist. Unsere Genossen verlieren hier einen Versammlungssaal, der bei größeren Versammlungen als zweiter Versammlungssaal gern benutzt wurde.

Ausstellung neuer Schriftgießereierzeugnisse. Im Berliner Buchgewerbeamt, Dessauer Str. 2, sind zahlreiche Probenblätter von Erzeugnissen Berliner und anderer deutscher Schriftgießereien zur Schau gestellt. Die Ausstellung, die auch das Interesse weiterer Kreise beanspruchen darf, ist täglich (auch Sonntags) von 11-2 Uhr mittags unentgeltlich zu besichtigen. In dem Saale sind auch die neuesten Nummern der namhaftesten buchgewerblichen Fachzeitschriften zur Einsicht ausgelegt.

Der Gesangsverein „Luisenstädtischer Männerchor“ veranstaltet am Sonntag, den 24. November (Totensonntag), in Aellers Philharmonie, Köpenicker Str. 90/97, sein Herbstkonzert. Mitwirkende: Kammermusikvereinigung, Potsdamer Trio, Königl. Hoforganist Professor Veder, Frau Danka Veder - Samoszewa Violine, Walter Schmidt Violoncello, Konzertfänger Eugen Söhlin, Bassbariton. Anfang 6 Uhr. Eintritt 60 Pf.

Der Sängerkor „Vorwärts Südost“ (M. d. D. A. S. V.), Chorleiter Herr Otto Kowaloff, veranstaltet am Sonntag, den 24. November (Totensonntag), im Marinehaus, Brandenburger Ufer (an der Janowibridge), ein Konzert unter Mitwirkung des gesamten Orchesters des Kapellmeisters Herrn Fritz Honigmann. Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Karten inkl. Tanz 60 Pf.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet am 20. November, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses einen Vortragsabend, an welchem Herr Senatspräsident Schmölber aus Hamm über „Die Prostitution einst und jetzt“ sprechen wird. Die Gesellschaft hat diesen Vortrag zu einem öffentlichen gestaltet, der Eintritt ist frei. Gaste willkommen.

Wer ist die Tote? Unter freiem Himmel gestorben ist eine Frau, deren Leiche Freitag abend auf der Weidewiese an der Ecke der Franzfurter Allee und Remeler Straße aufgefunden und nach dem Schauhaus gebracht wurde. Die Tote, die etwa 55-60 Jahre alt, mittelgroß und schwächlich, trug eine schwarzbraune gestreifte Bluse, einen schwarzen Rock, schwarze Halbschuhe, ein schwarzes Kopftuch und ein dunkelrotes Umschlagetuch. In der Hand hielt sie eine braune Ledertasche.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 Uhr und 3-6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 599 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Reugen gesucht. Am Dienstagmittag wurde in der Liebaustraße durch die Elektrische ein 2 1/2-jähriges Mädchen überfahren und getötet. Der Vater bittet die Augenzeugen um freundliche Angabe ihrer Adressen. Otto Riß, Eldersstr. 57, Sif. I.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Stichwahlen in der zweiten Abteilung, deren Ergebnis wir in der gestrigen Nummer bereits kurz mitgeteilt, haben den Begnern mit zum Teil erheblichen Mehrheiten den Sieg gebracht. Daß sie dieses Resultat erzielen konnten, verdanken sie nicht zum mindesten dem Umstande, daß ihnen ein überwiegender Teil des Beamtentums eine rege Wahl- und Schlepptour leistete. Nicht allein, daß die aus allgemeinen Steuermitteln bezahlten Beamten schon vorher umfangreiche Arbeiten zur Wahl in den Amtsbüros für die Bürgerlichen ausführten, schritten dieselben am Wahltag auch vollzählig an den Wahlstätten, um den bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme zu geben; alsdann stellten sie sich den ganzen Tag als Schleppter zur Verfügung. Unter solchen Umständen, über die an anderer Stelle noch ein Wortchen zu sprechen sein wird, haben die Bürgerlichen keine Ursache, sich ihres Sieges besonders zu freuen.

Das dem Herrn Glasmann gehörige „Neuköllner Tageblatt“ ist natürlich über die Wahl seiner Vertriebsverwandten höchst entzückt. Es schreibt:

„Die vereinigten bürgerlichen Parteien haben gestern einen glänzenden Sieg errungen, was in erster Linie der unermüdbaren Tätigkeit all derjenigen Herren zu verdanken ist, welche sich den Wahlkomitees in dankenswertester Weise zur Verfügung gestellt hatten und eine große Zahl stämmiger Wähler zur Wahl heranzogen. Auch die vorhergegangene persönliche Agitation war eine weit intensivere als bei der Hauptwahl, wodurch vielen Wählern die Wichtigkeit der Wahlbeteiligung vor Augen geführt worden war. Jedenfalls ist im Interesse unserer Stadt das geistige Stichwahrheits mit Freude zu begrüßen.“

Vielleicht setzt das Blatt seinen Lesern einmal des näheren auseinander, wie so das Stichwahrheits „im Interesse der Stadt“ mit Freude zu begrüßen ist. Eine solche Belehrung wäre namentlich für die Arbeiterleser, die auf das Blatt leider immer noch in beträchtlicher Zahl abonnieren, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wir befürchten jedoch, daß das Blatt aus wohlbedachten Geschäftsinteressen hiervon Abstand nehmen wird.

Der Aufruf des Magistrats zur Abonnementsbeteiligung an dem geplanten Schiller-Theater vor kaum 2 Wochen hat bereits bis zum 23. November den Einlauf von 1698 Neuköllner Vorkäufern mit insgesamt 2705 Abonnementsbestellungen ergeben. Seitens der Freien Volksbühne in Berlin ist bereits jetzt der Direktion des Schiller-Theaters bindende Offerte gemacht worden, 80 Nachmittagsvorstellungen am dem Schiller-Theater der Stadt Neukölln für die Arbeiterklasse zu einem festen Preise zu übernehmen. Es besteht, da ferner die Sonnabend- und Sonntagabendvorstellungen des Schiller-Theaters in allen seinen bisherigen Amisitäten fast gänzlich oder wenigstens nahezu anderwärts sind, an einem vollen Erfolg des Unternehmens in unserer Stadt, die bei der Eröffnung des Theaters voraussichtlich an 800 000 Einwohner zählen wird, kein Zweifel mehr.

Neukölln.

Am heutigen Totensonntag veranstaltet der Männerchor „Neukölln“ im neuen Konzertsaal der „Neuen Welt“ ein Solokonzert. Als Mitwirkende sind Frau Hilde Jordan-Elgers (Vokalistin) und Fr. W. Krowitz (Konzertfängerin) gewonnen. Da auch der Verein sein Bestes bieten will, so stehen jedem Teilnehmer einige gemächliche Stunden bevor.

Schöneberg.

Die mit erheblichen Härten behaftete Kinossteuer soll nunmehr eine Abänderung erfahren insofern als nebenbei die Einführung einer Kartenssteuer geplant wird, welche letztere von den Besuchern zu zahlen wäre.

Auf den Eintrittskarten soll der Eintrittspreis und ferner der zu zahlende Betrag der Steuer vermerkt sein. Es sollen erhoben werden bei einem Eintrittspreis bis zu 10 Pf. = 1 Pf., von mehr als 10-20 Pf. = 2 Pf., 20-30 Pf. = 3 Pf., 30-40 Pf. = 4 Pf., 40-50 Pf. = 5 Pf., 50-75 Pf. = 10 Pf., 75-100 Pf. = 15 Pf., 100-150 Pf. = 20 Pf., 150-200 Pf. = 25 Pf., 200-250 Pf. = 30 Pf., 250-300 Pf. = 40 Pf., 300-350 Pf. = 50 Pf. und für jede weiteren 50 Pf. sollen 10 Pf. mehr Steuern erhoben werden. Für Abonnements, Blocks, Dufendarten, sowie Tages-, Monats-, Saison- und Jahreskarten wird eine Steuer von 10 Prozent des Gesamtpreises erhoben. Eintrittskarten, die unentgeltlich abgegeben

werden, unterliegen einer Steuer nicht. Damit nun bei der Kartenssteuer einzelne Kinobesitzer nicht auf den Gedanken kommen könnten, ohne Ausgabe von Billetts oder Karten die Besucher gegen Entgelt eintreten zu lassen, so wird in diesen Fällen eine Pauschalsteuer erhoben, die erheblich höhere Sätze hat als die bisherige. Es sollen erhoben werden bei einer Gesamtzahl von Plätzen für jeden Tag der Veranstaltung: bis zu 100 Plätzen 5 M., bei mehr als 100-150 = 10 M., 150-200 = 15 M., 200-250 = 20 M., 250 bis 300 = 25 M., 300-350 = 30 M., 350-400 = 40 M., 400-450 = 50 M., 450-500 = 60 M., 500-550 = 70 M. und über 550 Plätze für je 1-50 weitere Plätze ein Zuschlag von je 15 M. Für die Steuer hastet der Unternehmer. Neben ihm haften bei den Karten gemeinschaftlich auch die Besucher der Vorstellungen für den auf ihre Eintrittskarte entfallenden Steuerbetrag. Die Zahlung der Pauschalsteuer erfolgt bei der Anmeldung innerhalb der Geschäftsstunden in der Stadthauptkasse, während die Kartenssteuer von dem Unternehmer an dem der Veranstaltung folgenden Werktag zu entrichten ist, doch kann der Magistrat bei ständig wiederkehrenden Veranstaltungen die Zahlungsfrist bis auf zehn Tage verlängern. Die Besucher der Kinos haben jedoch sofort zu zahlen. Jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Steuerordnung unterliegt einer Ordnungstrafe bis zu 30 M.

Dadurch, daß der Magistrat nunmehr außer den Kinobesitzern auch noch die Besucher zu dieser Steuer heranzieht, ist dieselbe für unsere Genossen nur noch unannehbarer geworden. Neben dem Charakter der Sondersteuer für einzelne Gewerbe hat jetzt die Kinossteuer den einer indirekten Steuerart für das Publikum erhalten.

Der Arbeitergesangsverein Schöneberger Männerchor, M. d. A. S. V., veranstaltet am heutigen Totensonntag, abends 8 1/2 Uhr, in dem Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 80/81, ein Instrumental- und Solokonzert unter der Leitung des Dirigenten Fritz Stempel. Ferner haben ihre Mitwirkung zugesagt: Berliner Sinfonie-Orchester, Dirigent Willi Rosenthal, Fr. Erna Hofsch, Cello, und Frau Langen-Linden, Sopran. Billetts zum Preise von 60 Pf. sind bei den Mitgliedern sowie in den bekannten Stellen zu haben. Den Parteigenossen empfiehlt der Wahlvereinsvorstand diesen Verein, der bei allen Parteifunktionen mitwirkt und auch bei anderen Veranstaltungen stets seine Schuldigkeit getan hat, Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Steglich.

Eine Preidemähigung für russisches Rindfleisch hat der Gemeindevorstand eintreten lassen. Es kosten jetzt: Herz 40 Pf., Ramm und Bug 70 Pf., Suppenfleisch 40 Pf., Brust und Quersippe 65 Pf., Hesse 50 Pf., Zehrsippe 80 Pf. pro Pfund. Als neue Verkaufsstelle ist hinzugekommen: Schlächtermeister Schulze, Marktstr. 2. Am Montag, den 25. November, ist Verkaufszeit von 9-12 Uhr.

Britz-Duckow.

Endlich hat auch die hiesige Gemeinde den Verkauf russischen Rind- und Schweinefleisches in die Wege geleitet. Der erste Verkauf hat bereits am Sonnabend, den 23. d. M., in dem an der Gammemanns-, Ecke Runginstrasse, gelegenen Laden, der von der Wagnersgesellschaft „Ideal“ für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden ist, stattgefunden. Die Preise sind an den Anschlagtafeln bekanntgegeben.

Für den am Montag, den 18. November, infolge Schmutzwiergeräten unterbrochenen Projektionsvortrag findet am Dienstag, den 24. November, abends 8 Uhr, in Feders Gesellschaftshaus, Chauffeestr. 97, ein Vortrag über „Die Entwicklung des Menschengeschlechts“ statt. Vortragender ist Herr Kurt Wigieng. Die Billetts vom Montag behalten Gültigkeit.

Ober-Schöneweide.

Der zweite Experimentalvortrag des Genossen R. Wiffel findet am Montag, den 25. d. Mts. statt. Behandelt wird das Thema: „Vierhundert Jahre Entwicklung.“ Da auch dieser Vortrag sehr lehrreich für die Besucher sein wird, wollen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sich rege daran beteiligen. Eintrittskarten sind zu haben bei den Gewerkschaftsvorständen am Orte und bei den Bezirksführern des Wahlvereins, sowie bei dem Obmann des Gewerkschaftsartikels, dem Genossen Behrendt, Wilhelmminenhofstr. 45. Die Vorträge finden im Ober-Schöneweider Vereinskauf (Prochowsk), Rathenstr. 18, statt.

Friedrichsfelde.

Ein Freund der Affordmanerei ist der jetzige Gemeindebaumeister. Das Verbot der Affordmanerei bei Gemeindebauten, so betont der Herr, legt dem Unternehmer überhöhte Fesseln an. Unterstützung in seiner Auffassung findet der Leiter des Bauamtes beim Bürgermeister Angewitter. Beim Bau der Gemeindeschule in der Augusta-Viktoria-Straße entstand bekanntlich wegen der Affordmanerei ein großer Bruch. Die Baukommission hatte damals einstimmig beschlossen, daß in Afford nicht gemauert werden dürfe. Einstimmig war man auch der Meinung, daß dieser Beschluß für alle Gemeindebauten Geltung habe, bis eine Aufhebung erfolgt. Der Bürgermeister sowie der Baumeister der Gemeinde dachten anders und ließen beim Bau der höheren Schule dem Unternehmer durch Ausherrschlösung dieser Bestimmung freie Hand. Erst später, als die Öffentlichkeit darauf aufmerksam wurde, daß auf dem Bau in Afford gearbeitet wird, wurde zur Lohnmanerei übergegangen. Der Gemeindebaumeister befreit auch jetzt noch die Widerwertigkeit der Affordmanerei und will noch eine Rundfrage bei anderen Gemeindebauämtern veranstalten. Hoffentlich wird dem Herrn die nötige Belehrung zuteil. Wenn nicht, so wird es Aufgabe der Gemeindevertretung sein müssen, ihm unabweislich das nötige zu sagen. Nebenbei bemerkt, steht dieser Baueintrag auch auf dem feststehenden Standpunkt, daß eine eigene Gasaufstalt für die Gemeinde nicht so vorteilhaft sei, wie die Gaslieferung durch eine Privat-anstalt. Glücklicherweise ist die Gemeindevertretung diesem Wunschen des Gemeindefachverständigen auch hierin nicht gefolgt.

Wittenau.

In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde bei nichtöffentlicher Verhandlung beschlossen, vier Grundstücke am nördlichen Zipfel der Gemeinde, an der Oranienburger Chaussee am Bahnhof Wittenau der Nordbahn zum 1. Januar 1913 zu erwerben. Sie verlaufen, beträgt der Preis 168 000 M.; es soll dort ein Bahnhofs-vorplatz angelegt und eine Wartehalle für die Große Berliner Straßenbahn nebst Erfrischungshalle errichtet werden. Eine Wartehalle an anderer Stelle ist bekanntlich vor kurzem in der Vertretung abgelehnt worden.

Bruchmühle.

Der letzten Gemeindevertretung lag wieder einmal der Bauungsplan vor, der diesmal nach einigen Veränderungen genehmigt wurde. Aus dem Bericht, den der Gemeindevorsteher von der Oberpostdirektion gab, ist zu entnehmen, daß unser Ort zum 1. April eine Postagentur erhält. Um den Omnibusverkehr halten zu können, wurden 100 M. Zuschuß bewilligt. Das Angebot des Postbüros, 25 Morgen der Gemeinde zum Preise von 2 M. pro Quadratmeter zu überlassen, fand keine Zustimmung, dagegen soll das Gelände steuerfrei bis zum Verkauf oder der eventuellen Bebauung eingegeben werden. Ein Gehuch an den Fiskus, der Gemeinde ein Stück Land zum Mißabdeplatz bzw. eine Allee zur Verfügung zu stellen, ist abgelehnt worden. Da der Ortsteuererheber für seine Arbeit ein Entgelt begehrt, verlangte unser Vertreter, daß er das Amt als Gemeindevertreter niederlegen müsse. Dem widersprach der Gemeindevorsteher mit der Bemerkung, daß es sich hier nur um eine Dienstauswendigkeitsabgabe handelte, nach einer Auskunft des Landrats wäre derselbe als Steuererheber kein Beamter im Sinne der Landgemeindeordnung. Der Seerischvertaus findet infolge geringer Nachfrage von jetzt ab nur noch alle 14 Tage statt.

Allgemeine Familienherbekasse. Heute Zahl- und Aufnahmetag von 5-6 Uhr im Restaurant Adersstr. 123 und Sebastianstr. 34.



Leiser

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Jeder Käufer erhält ein Geschenk

Voranzeige Eröffnung

unserer 9. Verkaufsstelle •
Moabit, Turm str. 50
Donnerstag, den 28. Nov.
 Nachm: 4 Uhr.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. — Nur erste Künstler!



Sie brauchen kein Geld dazu Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemeinen auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark veräußert wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., also täglich nur 10 Pf. zu zahlen.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlosen Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto **20 Mark** laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfein poliertes Eichengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, s wie Reguliervorrichtung Plattenteller 25 cm Dia.

Bial & Freund
 Breslau II, Postf. 120/340

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/340

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten, **5 Tage zur Probe.** Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franco zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose **Mark 40.** — und für die 10 Pathé-Doppelplatten **Mark 3.30** in **1000 Abzahlungen** der Preiszahlungsart monatlichen Raten von **Mark 3.** — **1000 Abzahlungen** der Preiszahlungsart monatlichen Raten von **Mark 3.** —

Bei Nichtzutreffen für meinen alten Sprechapparat vergüte Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt Ihrer Sendung franco abschicke, nach Empfang **Mark 30.** — Dieser Betrag wird erst am Schlusse meiner Zahlungen verrechnet.

Vor- und Zuname: _____
 Beruf: _____ Ort u. Datum: _____
 Straße • Platz • Nr. _____

Eine 10-Pfennig-Zigarre für 5 Pfennig.



Um Sie davon zu überzeugen, daß eine alte, renommierte Zigarrenfabrik, die ohne Zwischenhandel ihre Fabrikate absetzt, eine in Geschmack und Aroma vorzügliche Zigarre liefern kann, offeriere ich ausnahmsweise:

ein Kistchen 50 Stück Grat Holke mit Ring, ff. Qualitätszigarre, Größe wie Abbild.,	mit 2.40 M.
ein Kistchen 50 Stück Aquila .	mit 2.60
10 Stück Rheingold	mit 0.45
10 Stück Flor de Isla } in Zigarrenkistchen-Taschenformat	mit 0.45

einschl. Porto mit **6.50 M.** per Nachnahme. Garantiert Umtausch od. Rücknahme, daher kein Risiko. Preisliste gratis.

P. Pokora, Zigarren- und Zigarettenfabrik **Neustadt Westpr. 141A.** ■ Gegründet 1888. Ca. 300 Arbeiter.



„Landhaus-Baukasten“
 „bunte Glasfenster für Steinbaukasten“
 Sind letzte Neuheiten in meiner weitberühmten Abteilung für Steinbaukasten; daselbst zuverlässige Auskunft über alle Fragen der Baukastensysteme.
327 fertige Bauten ausgestellt!
 Anker, Panteon, Brücken, Münchener, Fröbel- und gewöhnliche Holz-Baukasten.

Vorbildliche Wohnungs-Einrichtungen
 1 und 2 Zimmer, verkauft direkt Fabrikgebäude **Stübbe & Schmidt,** **Stalitzer Str. 101** (Hochbahn Oranienstraße). Sonntags geöffnet.

Café Meyer
 Dresdener Str. 128/129.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, Bräu u. bunt, 10 Pf., ca. 50 Zeitungen; Billard 15 Pf. 60 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. H. R.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Anzüge
 Ulster u. Winterpaletots
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maß-Anfertigung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

Heute von 12—2 Uhr geöffnet.

Kasperle- und Puppentheater
 25 Sorten 85 Pf., 1.40, 2.90—65.00 M.

Theaterfiguren plastisch, beweglich gekleidet! 120 Charaktere, eigenes Fabrikat 50, 60 Pf.

Kasperlefiguren 10, 25, 50 Pfennig; mit hochinteressanten, lustigen, in Holz geschnittenen Köpfen, selten schön und sehr billig 60 Pf., 1.25, 1.65, 2.00, 4.00, 6.00 M.

49 Sorten **Festungen** von 50 Pf. bis 125 M.

Zinn- Lineol- Holz- Soldaten
 in hervorragend, einzig dastehender Auswahl; dazu einzelne Teile zum Aufbauen von Schlachtfeldern, so reizende Sachen, dass jedem Jungen das Herz lachen muss. Zusammenlegbare Schlachtfelder, der Firma geschützt.

Bernhard Keilich
 Spielwaren-Welthaus
 Puppen-Fabrik
 Besichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.
 Jahraus, jahrein **19** Schaufenster
Gr. Hamburger Straße 21-23. Hochbahn Oranienburger Str. 11. beim Hackeschen Markt. Bahnhof Böse, Zirkus Busch.
 Freier Versand nach den Vororten.

Grünfeld's Weihnachts- Wäsche



Nr. 85 M. Reinleinen Jacquard-Handtuch Gr. 45x110 cm Dutzend 620



Nr. 2490 Reinleinen Jacquard-Handtuch Gr. 45x115 cm Dutzend 690



Nr. 2495 Reinleinen Jacquard-Handtuch Gr. 45x110 cm Dutzend 840



Nr. 3015 Reinleinen Jacquard-Handtuch Gr. 45x120 cm Dutzend 1280

Alle Handtücher sind gesäumt und gebündelt.



Fertige Bettbezüge mit Knopfschluss, 1 Satz = 1 Oberbett 130 x 200 2 Klassen - 88 x 88

Nr. 1040 Weiss gestreift, 900 Der Satz

Nr. 1250 Weiss glanzreich seidendam., 1050 Der Satz

Marke NB. Weiss - rot oder weiss - blau kariert, mit gewebter Kreuzstichborde, 950 Der Satz

Farbig karierte Bettbezüge mit Knopfschluss: Marke NO. 600 Der Satz, Marke NR. 700 Der Satz, Marke NG. 800 Der Satz



Marke TWC Schiefdecken, halbwollen Jacquard, grau oder mode mit verschiedenen farbigen Borden, Gr. 140x190 M. 625

Marke WW Weiss Schiefdecken, reine Wolle; glatt, weiss oder mit rot- oder mit blauer Borde. Grösse 140x190 1250, 150x200 1450



Nr. 2544 Erbstoff-Bettdecken, alleinfarbig, mit reicher Band- und Spachtelarbeit.

Gr. 150x200 850, 220x230 1200

Bettwand, dazu passend Grösse 220x230 1350

Landeshuter Leinen- und Gehild-Weberel

F. V. Grünfeld

Grösstes Leinen- u. Wäsche-Haus
Berlin W, Leipziger Strasse 20/21

Nr. 1527 Reinleinen Hausmacher-Jacquard-Gedeck; in Karton-Geschenkaufmachung.

Gedecke:

Grösse 130x130 cm, mit 6 Mundtüchern, 680

Grösse 100x170 cm, mit 6 Mundtüchern, 750

Nr. 474 Kaffeegedeck, weiss mit a) roter, b) blauer, c) gold-, d) erdbeerfarbig. Borden; gesäumt.

Gedecke:

Grösse 125x125 cm, mit 6 Mundtüchern, 340

Grösse 125x145 cm, mit 6 Mundtüchern, 420

Grösse 125x200 cm, mit 12 Mundtüchern, 600



Nr. 474

Einstimmig

urteilen
Arzt und Publikum
über

Lebertran-Emulsion

Marke F. B. (geistlich geschützt).
Der Arzt: Die mir von Ihnen zur Verfügung gestellte Lebertran-Emulsion hat bei einer Anzahl meiner Patienten sehr zufriedenstellende Erfolge gehabt. Ich werde die Emulsion schon ihres angenehmen Geschmacks wegen besonders bei Kindern gern verwenden.
Dr. C., Berlin.

Die Kundin: Meine Enkelin habe ich mehr mit meiner Kindern, seitdem ich Ihre Lebertran-Emulsion gebrauchte. Ebenfalls gut wie ihr Geschmack ist, so glänzend ist ihre Wirkung und bitte ich um weitere 7 Flaschen.

1 Flasche 1.50 M., 7 Flaschen 9 M.

Zentral-Apotheke
Berlin-Friedrichsfelde a.

Schallplatten

Verleih-Institut.
Auch nach auswärts. Prospekt gratis.
Karl Sobba, Berlin 31
Neue Königstrasse 34.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc. Velour du Nord, Persianer, Imit. Seal-Plüsch, Seiden-Seal Mtr. 5.50, 6.50, 9.50, 15.- M. Plüschfutter, Fell imit. für eleg. Damen-Paletots Mtr. 4.50 M. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Die neue Manoli Kardasch das Beste für 3 M

Gegründet 1864

Pelz-waren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordnonanzhaus.
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen.
Pelz-Stolas
Muffen
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.

Gegr. 1873

METZNER
Kinderwagen - Welthaus
Metall-Bettstellen, Puppenwagen u. Kindermöbel
Grösste Auswahl
Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)
Brunnenstr. 95 || Leipziger Str. 54
Beusselstr. 67 || Neukölln, Bergstr. 133

Auf Teilzahlung

Sprechmaschinen jeder Art
echte Menzenhauer Zithern, Golgen, Mandolinen, Gitarren.
M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte
1. Geschäft: Brunnenstr. 117
2. Reinickendorfer Str. 107
3. Moabit, Gatzkowskystr. 31
4. Veteranenstr. 8.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.
Joppen in jeder Preislage. Allerbilligste, streng feste Preise.

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidemeister,
Lindenstr. 110.
(Billige Preise.) Verlässliche Preisermäßigung.
g. gut. St. w. garant., eigenes Stofflag.

50% Rabatt.
Inhalt 11 Wert nur
5 1/2 Mark
Wiener Harmonika, 10 Taster, schräge Klaviatur, Doppelbälge, Balg 12tätig, mit Leder-Zubehör und Genschoner, Gehäuse mahagonifarbig poliert, alles genau wie Abbildung. Preis mit Selbstlernlehre nur 5.50 Mark. Preisliste gratis.
Hch. Suhr, Neuenrade Nr. 765.
Erste und älteste Reinhardt Harmonikfabrik. 208/10*

Reste

Damentuche, (Schwarz u. farbig), Kostümfabrik, neue! Braut, Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev - Kammgarne zu Strahlen-Anzügen.
Konfektion:
Paletots, Kostüme, Röcke, Kinder-Konfektion, auch gediegene Maß-Anfertigung.
Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Waidhauerstr. 18.

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kaufen Sie von Kavaliere getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in eleganter neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjackets, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 15-75 M. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig.
Moritzplatz 58a.

Verfammlungen.

Nißhände in den Betriebskrankenkassen der Berliner städtischen Betriebe

wurden am Freitag in einer vom Gemeindearbeiterverband einberufenen Versammlung von Mitgliedern der genannten Kassen besprochen. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Genossen Eugen Brückner, der das Krankenkassenwesen und die demselben anhaftenden Mängel im Allgemeinen behandelte. — Eine Reihe von Diskussionsrednern beleuchteten dann auf Grund eigener Erfahrungen gewisse Mißstände in den Betriebskassen der Stadt Berlin. Zwei Grundübel sind es hauptsächlich, auf welche die Redner nach Besprechung zahlreicher Einzelfälle immer wieder zurückkamen. Erstens wird darüber geflagt, daß die in den Statuten der drei städtischen Betriebskrankenkassen festgesetzte freie Arztwahl für die Angestellten der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten durch Privatvertrag ausgeschlossen ist. Diese Angestellten müssen sich ausschließlich durch einen dazu bestimmten Anstaltsarzt behandeln lassen. Das wird allgemein als eine ungeschickliche Beschränkung des Rechts der Versicherten empfunden. Der zweite Grund zur Klage ist der, daß neben der von den Kontrollleuten der Krankenkassen ausgeübten Krankenkontrolle noch eine besondere Kontrolle durch die Betriebsverwaltungen ausgeübt wird. Die Verwaltungen haben zu diesem Zweck sogenannte Werkkontrollleure eingesetzt. Die von diesen ausgeübte Kontrolle wird als eine geradezu schändliche bezeichnet. Es wird behauptet, die Tätigkeit der Werkkontrollleure gehe von der falschen Voraussetzung aus, daß die Kranken zum Teil Simulanten seien. Es sei vorgekommen, daß Patienten in 10 Tagen 10 mal, in 4 Tagen 7 mal, in 9 Tagen 11 mal, in 18 Tagen 23 mal, ja an einem Tage sogar 6 bis 7 mal von den Werkkontrollleuren besucht wurden. Das sei keine Kontrolle, sondern eine Schikantierung und Verpöschung aus. Die Kranken würden dadurch geirrt und aufgeregt, wodurch die Heilung erschwert, verzögert, und die Interessen der Kasse also geschädigt werden. In den Delegiertenversammlungen der Betriebskrankenkassen seien diese Mißstände schon oft besprochen worden, aber die Organe der betreffenden Kassen hätten nicht die Möglichkeit, etwas gegen diese Mißstände zu tun, da sie ja keinen Einfluß auf die Betriebsverwaltungen haben. Deshalb habe man sich veranlaßt gesehen, die gerügten Mißstände öffentlich zu besprechen, um auf diesem Wege Abhilfe herbeizuführen. — Ferner wurde geflagt über das Verhalten des Filialleiters der Betriebskasse im städtischen Gaswerk in Schmargendorf. Dieser Herr, ein ehemaliger Schuhmann, mache oft große Schwierigkeiten, wenn Kassenmitglieder einen Reklamschein fordern. Zum Empfang des Krankengeldes mühen sich die Patienten des Schmargendorfer Gaswerkes Mittwochs pünktlich 1/3 Uhr einzufinden. Wer später eintreffe werde so behandelt, als wenn ein Soldat nicht pünktlich zum Appell antreffe. Um dieser Unannehmlichkeit zu entgehen, fänden sich die Kranken, die meist weite Wege zu machen hätten, zum großen Teil schon vor der festgesetzten Zeit ein. Aber erst um 1/3 Uhr werde das Tor geöffnet. Bis dahin mühen die Kranken in Wind und Wetter draußen stehen, was natürlich zur Verschlimmerung des Zustandes der Patienten beitragen müsse.

Einmütig erhob die Versammlung Protest gegen die gerügten Mißstände. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 22. November 1912 in den „Konfordia-Festsälen“ versammelten Mitglieder der städtischen Betriebskrankenkassen geben ihrer Empörung Ausdruck über die schändlichen und widerrechtlichen Maßnahmen städtischer Betriebsverwaltungen gegen erkrankte Kollegen und Kolleginnen.“

Die Versammelten kennzeichnen die Ausschaltung der durch die Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin gewährleisteten freien Arztwahl in den städtischen Pflegeanstalten als einen Verstoß gegen das Krankenversicherungsgesetz und erheben dagegen entschiedenen Protest. Ebenso protestieren die Mitglieder aller drei Betriebskrankenkassen gegen die von unsinniger Simulantenkontrolle distanzierte beleidigende Art der Krankenkontrolle durch Beauftragte der Betriebsleitungen.

Die Einberuferin der Versammlung, die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wird beauftragt, das in der Diskussion vorgetragene Material dem Magistrat zu übermitteln und zur Abstellung der Mißstände die notwendigen Schritte zu unternehmen.

In Würdigung und Anerkennung der Ausführungen des Referenten, Stadtverordneten Eugen Brückner, sprechen die Versammelten sich rückhaltlos für die Zentralisierung der Krankenversicherung in großen leistungsfähigen Krankenkassen aus und fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, energisch die Zusammenlegung der städtischen Betriebskrankenkassen anzustreben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im 2. Stockwerk des Treppenturms, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterschrift beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man zu der Sprechstunde vor.

Streitfrage Treptow. Rein. — S. 23. 86. 1. Das ist zulässig. Es besteht kein Anspruch, wenn die Straßengeländer zugunsten der Arbeiter verwendet sind. — S. 23. 22. 1. Wenn das Statut eine Karenzzeit vorschreibt, so ist das maßgebend. Der Anlaufschutz ist vom Beginn der 5. Woche bis zum Ablauf der 13. Woche so weit zu gewähren, als das Krankengeld 2/3 des Grundlohnes ausmacht. — S. 23. 27. 1. Zunächst muß beim Hinreichenden der Erlaßkommission ein Reklamschein beifolgt werden. Die Meldung erfolgt dann bei dem betreffenden Truppenstamm, wo der Eintritt erfolgen soll. Besondere Schulkenntnisse werden nicht gefordert, jedoch wird gute Führung im Zivilleben gefordert. — S. 23. 20. Die Verpflichtung bezieht sich nur dann, wenn sie allerdings üblich, im Mietvertrag vorgelesen. — S. 23. 5. 1. Läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietvertrag beantworten. 2. Die Entfugungserklärung muß vor Ablauf von sechs Wochen zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklärt und dem Nachlassgericht eingereicht werden. — S. 24 und S. 33. Es besteht keine Gefahr. — S. 24. 42. Stellen Sie den Antrag, maßgebend wird ärztliches Gutachten sein. — S. 27. 1. Vollzeitliche Erlaubnis ist erforderlich. 2. Das Gehalt ist bei dem Polizeirevier oder beim Präsidium anzubringen. 3. Kostenlos. 4. 1—30 Mark. — S. 26. 26. Nachteilig ist in finanzieller Richtung nicht bekannt. — S. 26. 26. Sie müssen außer dem Primatzen noch eine Erlaubnis der Erlaßkommission haben. Eine Verpflichtung letzterer Behörde zur Erteilung besteht nicht, immerhin kann der Verlaß gemacht werden. Falls Ihnen der Erlaubnischein erteilt wird, erhalten Sie weitere Instruktion beim Konjunkt. — S. 26. 21. Zur Beschaffung der notwendigen Aussteuer kann mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts das Vermögen oder ein Teil desselben abgehoben werden. Im übrigen tritt das Recht, über das Vermögen selbst zu verfügen, erst mit der Großjährigkeit ein. — S. 24. 240. 15 1/2 Proz. — S. 24. 121. Ein derartiges Recht hat der Unternehmer nicht. Stellt derselbe ein Zeugnis mit einem solchen Vermerk aus, so kann auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses Klage erhoben werden. Eine strafbare Handlung stellt es nicht dar. — 100 Rubel. Die Abmahnung ist rechtswirksam. Eine Zahlungsfrist besteht seitens des Vaters nicht. — S. 24. 50. Ja, sofern das Vermögen 6000 M. übersteigt. Es bleibt jedoch ein Betrag bis zu 20 000 M. steuerfrei, sofern der Besizer nicht mehr als 600 M. jährliches steuerpflichtiges Einkommen hat. — S. 24. 100. Der Vertrag muß dem Willen der Parteien entsprechen formuliert werden. Notarielle Beglaubigung ist nicht notwendig. — S. 24. 18. 1. Sofern sich Ihre Darlegung bewerkstelligen läßt, ist Ihre Tochter zur Herausgabe nicht verpflichtet, kann aber die von ihr gemachten Rechte zurückverlangen. 2. Falls Ernstlichkeit anzunehmen ist, ja. 3. Auch diese Aufwendungen können Sie erstattet verlangen. — S. 24. 32. Die Klage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Schneiderin wohnt, anhängig zu machen. — Helmhagen. Jurzeit nicht. Der Mann kann aber Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft verlangen, eventuell auf Wiederherstellung klagen. Falls die Frau einem dahingehenden Urteil nicht binnen Jahresfrist Folge leistet, bekommt der Mann einen Scheidungsgrund und kann die Scheidungsklage erheben. Wird die Frau für schuldig erklärt und ist der Mann außerstande, seinen Unterhalt zu bestreiten, so wird die Frau unterhaltspflichtig. — S. 24. 100. Schwere. Ruhr. Das Verfahren der Steuerbehörde ist nach § 10 des Einkommensteuergesetzes begründet. — S. 24. 65. 1. Nein. 2. Es kann Strafklage wegen Verletzung des Briefgeheimnisses bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden. 3. Ja, sofern die geschiedene oder verheiratete Kündigungserklärung eingehalten wird. — S. 24. 100. 1. Die Frage läßt sich erst nach Kenntnis des Inhalts des Scheidungsurteils beantworten. Nur soweit der Lohn 25,85 M. die Woche übersteigt. — Paul G. 7. 1. Ja, bei dem Gemeindevorstand. 2. Dafür ist das Statut der Berufsgenossenschaft maßgebend. 3. Nur dann, wenn für den Bezirk eine Präsenzordnung besteht. — S. 24. 14. Wir halten Sie zur Instandhaltung der Dede und der Wand für verpflichtet. Wenn sich der Fleck und die Streifen beseitigen lassen, ohne daß dadurch der übrige Teil der Dede bzw. der Wand unannehmlich wird, so genügt das, andernfalls müssen Sie die ganze Dede und die Wand streifen lassen. — S. 24. 200. 1. Die Heurichtung enthält eine Beleidigung, wenn der Sie, falls sich der Bemerkel führen läßt, mit Aussicht auf Erfolg klagen können. 2. Als Entwertungstag soll derjenige Tag des letzten Zeitraumes angegeben werden, für welchen die Marke gilt. Bei den sogenannten Vierteljahresmarken, deren Bewertung zulässig ist für den Fall, daß der Dienstvertrag für mindestens 1/4 Jahr geschlossen ist, würde also die Marke am letzten Tage des Vierteljahres entwertet werden können. — S. 24. 100. Nur dann, wenn Sie vorher den Handwerker von dem Erwerbe des Handwerks in Kenntnis gesetzt haben. — S. 24. 13. 1. Sie haben Anspruch auf letztwöchentliche Kündigung, die nur vor jedem Ende eines Kalenderquartals zulässig ist. 2. Falls Sie freiwilliges Mitglied der Krankenkasse sind, brauchen Sie sich das Krankengeld nicht anrechnen lassen, haben vielmehr für die Dauer von 6 Wochen Anspruch auf Zahlung des vollen Gehalts. — S. 24. Wir halten Sie zur Zahlung der Vollstreckungskosten nicht für verpflichtet. — S. 24. 2. Nicht. Sie eine Anfrage an das Polizeipräsidium. — S. 24. 5. 3. Wie wir annehmen, der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung spätestens am 15. mit Wirkung zum darauffolgenden ersten zulässig. — S. 24. 16. 1. Erinnern Sie nochmals, eventuell beschweren Sie sich bei dem zuständigen Bezirksamt. — S. 24. 50. Ein Recht, sofort auszuscheiden, haben Sie nicht, Sie können aber auf Beilegung der Mängel klagen oder nach vorheriger Anbrohung die Mängel selber beseitigen lassen und die dadurch auswendigenden Kosten, falls der Vermieter diese nicht in Höhe erstatet, einlangen. — S. 24. 165. Der Betroffene bleibt versicherungspflichtig, sofern er zu den gewerblichen Arbeitern gehört. Ist es ein Angestellter oder Handlungsgehilfe, erlischt die Versicherungspflicht, er kann aber innerhalb einer Woche nach Auslösen der Versicherungspflicht bei der Kasse die Erklärung abgeben, daß er freiwilliges Mitglied bleibt. — S. 24. 15. Sie haben Anspruch auf Herausgabe des Kindes, sind aber andererseits verpflichtet, bis zur Uebernahme des Kindes an die Mütter zu zahlen. Falls Ihnen das Kind nicht freiwillig herausgegeben wird, müssen Sie Klage auf Herausgabe erheben. 2. Darüber hat die Mutter in Gemeinschaft mit dem Vormundschaftsgericht zu bestimmen. — S. 24. 100. Es besteht nur Anspruch auf Unfallsrente und, falls Sie einer Krankenkasse angehören, Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse. — Winter. Neufeld. Berlin ist zur Einforderung der Gemeindevorstandeinstellung für Oktober noch berechtigt, falls Ihre Anmeldung oder Abmeldung nicht schon vor dem 1. Oktober erfolgt ist. Es empfiehlt sich in solchen Fällen immer, daß der Steuerpflichtige sich bei der Steuerbehörde direkt vor Ablauf des Umsatzmonats abmeldet. — S. 24. 5000. 1. bis 3. Falls Ihr Schuldner unzulängliche Arbeit nachweisen kann, sind Sie für den Schaden verantwortlich. Die Jurisdiktion der 13 M. für anderweit geleistete Arbeiten ist unzulässig, deswegen können Sie beim Gewerbegericht klagen.



3 Dinge

die zusamm'n gehören!



C&A
BRENNINKMEYER GMBH
Spezialhaus für
Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfekt

Weihnachten

das Fest der Gaben und Ueber-
raschungen das vor der Tür
steht, und zu dem man schon jetzt
allenthalben mit den Einkäufen
und Vorbereitungen beginnt,



Nur
11⁵⁰!

Ein schöner Ulster

oder ein schickes Kostüm, ein
eleganter Samtmantel, eine
praktische Bluse etc., die noch
immer als eins der schönsten und
praktischsten Geschenke gelten

C&A

BRENNINKMEYER GMBH

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Das bekannte Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion, wo Sie nicht nur eine unvergleichliche Auswahl finden sondern auch, infolge der zu Weihnachten ganz bedeutend ermässigten Preise, Ihre Einkäufe ganz unvergleichlich billig und mit ganz bedeutenden Ersparnissen vornehmen können

Sonntags geschlossen

